
Oktober 1937
IV. Jahrg. · 10. Folge

Der Schulungsbrief

Das zentrale Monatsblatt der NSDAP. und DAF. (Hauptschulungsamt der NSDAP. und Schulungsamt der DAF.) Herausgeber: Der Reichsorganisationsleiter

Als aber nach dem großen Kriege das Haus Habsburg mit letzter Entschlossenheit daranging, das gefährliche Deutschtum der Doppelmonarchie (dessen innere Gesinnung nicht zweifelhaft sein konnte) langsam, aber unerbittlich auszurotten – denn dies mußte das Ende der Slawisierungspolitik sein –, da brannte der Widerstand des zum Ende bestimmten Volkes empor in einer Art, wie die deutsche Geschichte der neueren Zeit dies noch nicht kannte.

Zum ersten Male wurden national und patriotisch gesinnte Männer Rebellen.

Rebellen nicht gegen die Nation, auch nicht gegen den Staat an sich, sondern Rebellen gegen eine Art der Regierung, die ihrer Überzeugung nach zum Untergang des eigenen Volkstums führen mußte.

Der Führer („Mein Kampf")

F. H. WOWERIES:

Heiligtum der Arbeit

Die Sorge der anderen und unser Kampf

„Enorm arbeiten, das ist die Grundlage alles Besser- und Glücklicherwerdens" H. St. Chamberlain

Wochen liegen bereits zwischen dem Parteitag der Arbeit und dem Heute unserer täglichen Pflicht, der wir alljährlich am Parteitag eine totale Ausrichtung geben. Wir gewannen den Abstand, der notwendig ist, um zurückblickend überragend Großes richtiger zu erfassen.

Man muß den Kampf der NSDAP. kennen, um den Namen des diesjährigen Parteitages ganz erfassen zu können. Als wir um die Macht kämpften, rangen wir um den Arbeiter. Die anderen verloren den Arbeiter, weil sie ihm die Arbeit nahmen und nicht erkannten oder wahrhaben wollten, daß Arbeit und Macht in entscheidender Beziehung zueinander stehen. Die Macht gewinnen ist nie das Schwerste, sie durch Arbeit schöpferisch behaupten zu können das allein Entscheidende.

Was anderen ein Fluch ist und eine Strafe bedeutet, über die sie „seufzten und schrien" seit den fernsten Anfängen ihres völkischen Daseins, das ist von uns gefeiert und geheiligt worden. Nürnberg war eine dieses Jahr und unsere Zeit weit überdauernde Heiligsprechung der Arbeit, wie sie nie zuvor auf dieser Erde von Menschen ähnlich vollbracht wurde und nur von den besten Sehern unserer Zeit geahnt worden ist, wie etwa in Heinrich von Treitschkes Wort vom „Adel der Arbeit"*), oder in dem stolzen Wort Lagardes: „Da ist die Macht, wo die Arbeit ist!" In der Tat, dieses völkischen Sehers Behauptung hat in Nürnberg ihre einzigartige Bestätigung gefunden. Hier fand das Zusammenstehen von Arbeit und Macht seinen höchsten Ausdruck.

Was anderen unter hunderterlei verschiedenen Namen in gleicher Weise Angst und Ratlosigkeit bereitet, weil man nicht wagte, in der Begegnung einer alten und einer neuen Welt Partei zu ergreifen, das löste in uns auf diesem Parteitag mehr als je zuvor den klar entschlossenen Willen zum Kampf aus, zum Weiterkämpfen — also zum Kämpfen in größeren Weiten. So kam in Nürnberg zum Ausdruck der in vier Jahren vom ganzen Volk gemeinsam zurückgelegte geistige Weg von der neuen Staatsanschauung zu einer neuen Weltbetrachtung. Der Führer hat nun der Welt gezeigt, daß es uns nicht mehr allein um die eigenen inneren Sorgen geht, die wir mindestens so sehr wie jedes andere Volk auch haben, sondern daß wir stark genug sind, den uns seither vorenthaltenen Anteil an den Sorgen Europas zu übernehmen.

Was anderen Reichen heute die größte und immer ausschließlichere Lebensaufgabe ihrer Staaten scheint und ihnen in wachsendem Maße die Möglichkeit nimmt, von der alten Staatsanschauung zur zeitgerechten Weltbetrachtung zu kommen, die drückende Sorge um den Alltag ihrer Völker, das nimmt unserem Reiche die Partei als ihre Aufgabe von den Schultern. — Wohl ist es eine Lebensaufgabe der Partei, aber gerade deswegen nur noch eine Teilaufgabe des Reiches. Zwar eine sehr wichtige Aufgabe, aber eine nicht den Blick der Nation über die Grenzen des Reiches hinaus hemmende. In dieser Tatsache liegt die europäische Bedeutung des neuen Deutschlands verankert. Unser Volk trägt über allen Alltagssorgen Mann für Mann immer bewußter die vom Führer proklamierte und mit stolzer Bereitschaft aufgenommene europäische Verantwortung, wie sie, das darf hier ohne Überheblichkeit gesagt werden, kein anderes europäisches Volk trägt. Wir tragen sie ohne Dünkel, aber auch ohne Neid auf die an dieser Verantwortung Beteiligten, nicht um eines patriotischen Prestiges willen, aber mit dem Recht der stärksten nationalen Leistung und Haltung in der Völkerfamilie unseres Kontinents und aus der Pflicht unserer geopolitischen Lage sowie kraft der nationalpolitischen Mobilisierung der besten Kräfte Europas.

Was andere trennt und auseinanderführt, soziale Probleme, Standesfragen, Generationenfragen, konfessionelle Vorbehalte und Rechtsfragen der Geschlechter, das ist im Deutschland des Nationalsozialismus immer wieder, und nirgends stärker als in Nürnberg, Anreiz für die Vertiefung und Festigung einer leidenschaftlich erstrebten Volkskameradschaft, die, wohlgemerkt, frei vom Kollektivbegriff herdenmäßigen Denkens, im Wetteifer einer stolzen Leistungsgemeinschaft der Generationen und der Geschlechter steht; es gibt keine

*) Anläßlich der Rede Treitschkes zur Erinnerung an die Leipziger Völkerschlacht beim Dritten Deutschen Turnfest in Leipzig am 5. August 1863.

Vorbehalte. — Das Vorbild der Partei, die von Rudolf Heß als die beste Kameradschaft der Welt bezeichnet wurde, hat Schule gemacht im gesamten Volk. Die Möglichkeiten noch engeren Zusammenschließens der Bewegung wurden auch gezeigt und mit ihrer Übergabe an die Bewußtseinsgemeinschaft der Parteitags-Teilnehmer der praktischen Gestaltung entgegengeführt. So bildet, um ein hervorragendes Beispiel zu nennen, die vom Reichsorganisationsleiter proklamierte Einheit der Hauptämter, Organisation, Schulung und Personal in ihrer Gemeinschaft mit dem ihnen angegliederten Apparat der DAF. einen besonders kompakten Kern der Bewegung. Ebenso wird die enge Verbundenheit zwischen der NSV. und den NS.-Frauenorganisationen immer segensreicher wirksam im Dienste einer positiven Nächstenliebe und Volkskameradschaft. Und wenn sich sofort nach dem Parteitag die Schulleiter der Partei und die Schulungsreferenten und -referentinnen sämtlicher Gliederungen zur einheitlichen Ausrichtung der Winterschulungsarbeit auf Erwitte zusammenfanden, so liegt in dieser Arbeitskameradschaft ebenfalls eine kraftvolle Bestätigung des bewußten Zusammenstrebens der gesamten Bewegungsarbeit.

Was andere wünschten und was Zeitungen als „Überraschung" wittern wollten, ist beim Parteitag der Arbeit mit sensationslosem Schweigen übergangen, jedoch nicht übersehen worden. Das Gefühl, größere Aufgaben zu haben, und der aus jedem Kongreßbericht und jedem Appell spürbare Segen des Höchsten, ließen keiner Dogmenfrage Raum. Das Marschtempo der Auslese des in unserer Weltanschauung mobilisierten Volkes ist durch Bekenntnisruinen, mögen sie auch noch so festgefügt erscheinen, nicht von den gegebenen Lebensnotwendigkeiten abzulenken, schon gar nicht bei den in Nürnberg versammelten „Hunderttausenden, die öfter als einmal nicht mehr unter dem Eindruck einer politischen Kundgebung, sondern im Banne eines tiefen Gebetes standen". Das Gros der Bewegung ist an dem alten Gemäuer vorbeimarschiert. Mit den Flankensicherungen und der Nachhut können sich die, die es angeht, nunmehr genau so stellen, wie es die Bewohner jedes anderen Durchmarschgeländes zu allen Kampfzeiten der Geschichte auch getan haben. So oder so. In Nürnbergs Nachbarstadt, dem ehrwürdigen Rothenburg im Taubertal, zeigt die Ende des 14. Jahrhunderts erbaute Schäfer- oder Sankt-Wolfgang-Kirche, ein mächtiger alter Wehrkirchenbau, der gleichzeitig Gotteshaus, Festung und Straßentor ist, wie sich solche Bauten in das Gemeinschaftsleben einfügen können, ohne Marschierende zu hemmen.

Was andere hofften, wurde enttäuscht. Die hämische Propagandalüge von der „Saison-Bewegung Hitlers" ist vernichtet. Wie nie zuvor ist auf dem Parteitag der Arbeit über eine stolze Jahresbilanz vorhandener Leistungen der Wille zum kompromißlosen Weitermarschieren in den Vordergrund fast aller Arbeitstagungen der Gliederungen und Ämter gestellt worden, indem die maßgeblichen Männer bei ihren allen Krisen-Theorien der „Herren Weltdemokraten" hohnsprechenden Leistungsberichten des Jahres immer wieder betonten, erst am Anfange zu stehen, erst jetzt die volle Wirkungsmöglichkeit erkennen zu können und ihre Inangriffnahme nicht zu scheuen. Das begann bereits auf der Reichstagung der mächtig fortentwickelten Auslandsorganisation der NSDAP. in Stuttgart mit der Proklamierung des Willens zur Erfassung aller im Ausland lebenden Reichsdeutschen und der Festigung ihrer Beziehungen zum Reich. Dort proklamierte der Chef der deutschen Polizei auch den erstmals systematisch begonnenen Kampf gegen das Laster der widernatürlichen Unzucht. Die gleiche Entschlossenheit zum Ausgriff auf ein weiteres Arbeitsfeld war für den aufmerksamen Kongreßteilnehmer in Nürnberg immer wieder zu spüren. Nur Beispiele können hier Platz finden, so etwa die eindeutige Kennzeichnung noch vorhandener Bürokratenkasernen und einzelner ehemaliger Freimaurernester, wie überhaupt die Unerbittlichkeit gegenüber diesen Maulwürfen der Nation eindeutig festgestellt wurde, ferner die Fortführung der überraschend erfolgreichen Anfänge zur Entjudung der deutschen Außenhandelsvertretungen, die Wahrung der ursprünglichen Erziehungsaufgabe des Arbeitsdienstes sowie die Forderung ihrer Ausnahmslosigkeit und Vollendung in der weiblichen Arbeitsdienstpflicht, dann die Zuweisung der gesamten Lehrlingsausbildung an die Partei bzw. DAF. (Göring); die Forderung nach noch stärkerem Verantwortungsbewußtsein in der Rechtsprechung, die „im Stolz ihrer rechtlich gesicherten Unabhängigkeit" (Reichsleiter Frank) wirken darf und die auch vom Reichsärzteführer hinsichtlich der Rassenschutzrechtsprechung ebenso klare Ermunterungen erhielt, wie sie Hauptdienstleiter Wagner außerdem auch in der Geltendmachung einer von Dr. Ley bereits vor zwei Jahren proklamierten Neugestaltung des deutschen Sozialversicherungswesens verlautbaren ließ. Ebenso wären hier unter den nur aus Raummangel übergangenen ähnlich weiten Zielabgrenzungen der Bewegungs-Ämter noch als Beispiele zu nennen: die Proklamierung der Totalität der Partei in der Volkswohl-

fahrt und Fürsorgearbeit (Hilgenfeldt), wie überhaupt die Totalität im Gesundheitswesen zur Forderung der Partei gemacht wurde mit der gewiß nicht widerlegbaren Feststellung, daß „es nicht die Aufgabe eines Krankenhauses ist, die Menschen für den Himmel fertig zu machen" (stellv. Gauleiter Fr. Schmidt), die Kampfansage gegen das Freistudententum (Dr. Scheel), die Schaffung von Kreismütterschulen in jedem Kreis (Reichsfrauenführerin Scholtz-Klink), die Erweiterung der Kinderreichenhilfe und schließlich ihre totale staatliche Sicherung (Hauptdienstleiter Reinhardt) sowie die beachtliche Forderung nach immer moderneren Mitteln der Volkserziehung (Scholtz-Klink), die sowohl in der hervorragenden Nürnberger Ausstellung „Einsatz der Frau" wie auch in den Ausstellungen der A. O. in Stuttgart ganz vorbildlich gezeigt wurden und die große Liebe zur Arbeit am schaffenden Volk besonders klar erkennen ließen. Ebenso eindeutig erfolgte die Verwahrung gegen jeden Versuch, der Partei gegenüber „Selbstgesetzlichkeiten der Wissenschaft" geltend machen zu wollen. (Stellv. Gauleiter Fr. Schmidt). Es sind Forderungen, die neben vielen anderen nicht weniger starken Proklamationen die unwiderlegbaren Zeugnisse der ungeminderten Dynamik unserer herrlichen Bewegung sind.

Und immer wieder bildet das Programm der Arbeit den Kristallisationspunkt der Arbeit am Neuen. Nicht sein Wortlaut, aber sein Inhalt offenbart sich in den meisten Vorträgen ganz im Sinne jenes Appells zur Erinnerung an die alten programmatischen Grundsätze, den der Führer im Schlußkongreß 1936 an die Bewegung gerichtet hatte. Die Wahrung des vor 18 Jahren vom Führer gegebenen Programms war heuer auch dort besonders fühlbar, wo nicht einzelne Programmpunkte so ausdrücklich genannt wurden, wie das etwa Reichsleiter Amann zum Programmpunkt 23 tat, indem er diesen charakterisierte als „Richtlinie und Kraftquelle" oder wie es Reichsleiter Frank bezüglich des Programmpunktes 19 mit den Worten tat „eine einzig dastehende große Mission für den deutschen Rechtsstand" oder Hauptamtsleiter Hilgenfeldt mit der Feststellung „in der Verwirklichung des Programmpunktes 21 die vornehmste Pflicht der NSV. zu sehen".

Die Zentralstellung des Parteiprogramms hat sich neben der Persönlichkeit des Führers als dem wahrhaft ersten Arbeiter der Nation so fest in der Bewegung verankert, daß das Programm in der Gestaltung des Reiches offenbar stärker wird als alle noch gegebenen bzw. in den ersten Jahren der Machtübernahme durch die vorgefundenen Verhältnisse bedingt gewesenen „höheren Gesichtspunkte". In der Erkenntnis des unerbittlichen Verharrens bei den auf den ersten Parteitagen proklamierten Grundsätzen liegt wohl auch eine Begründung mehr für die Feststellung des Führers, daß die Reichsparteitage „nur unter sich selbst verglichen werden können". Das Festhalten am Gestalten der alten Grundsätze der Partei und dann die hinzugekommene neue Proklamierung unserer europäischen Rechte hat alle alten Nationalsozialisten in diesem Jahre so besonders froh, ja, es darf gesagt werden, glücklich gemacht, weil das an „unseres Glaubens erstes Gebot, die kämpferische Treue" (R. Heß) appellierte. Es hat auch vielen neuen Teilnehmern etwas mitgegeben von dem, was uns einst die ersten Parteitage an unbändigem Selbstvertrauen, Gläubigkeit und Härte geschenkt hatten. Der Parteitag der Arbeit hat so den unvergessenen, außergewöhnlichen Ernst der Führerproklamation von 1936 fortgeführt zu einem über alles bisher Erlebte herausragenden, unübersehbaren Stolz und Kraftbewußtsein.

Unendlich groß und leuchtend, wie die Strahlensäulen über dem Appell der 140000 Politischen Willensträger der neuen Nation, steht dieser Parteitag in der Geschichte Deutschlands und Europas, ein historisches Fanal über der schwarzen Ratlosigkeit beiseitegeschobener Vorurteile. Ein blitzender Wegweiser nicht allein für unser Volk, sondern in dem gleichen Maße auch für alle in der Welt, die ein Erinnerungsvermögen an das vom Führer angesprochene beste völkische Erbgut ihrer Völker besitzen und sich nun ihrer völkischen Art entsprechend politisch ausrichten wollen auf die angebrochene Epoche der Wiedergeburt des nordischen Blutes.

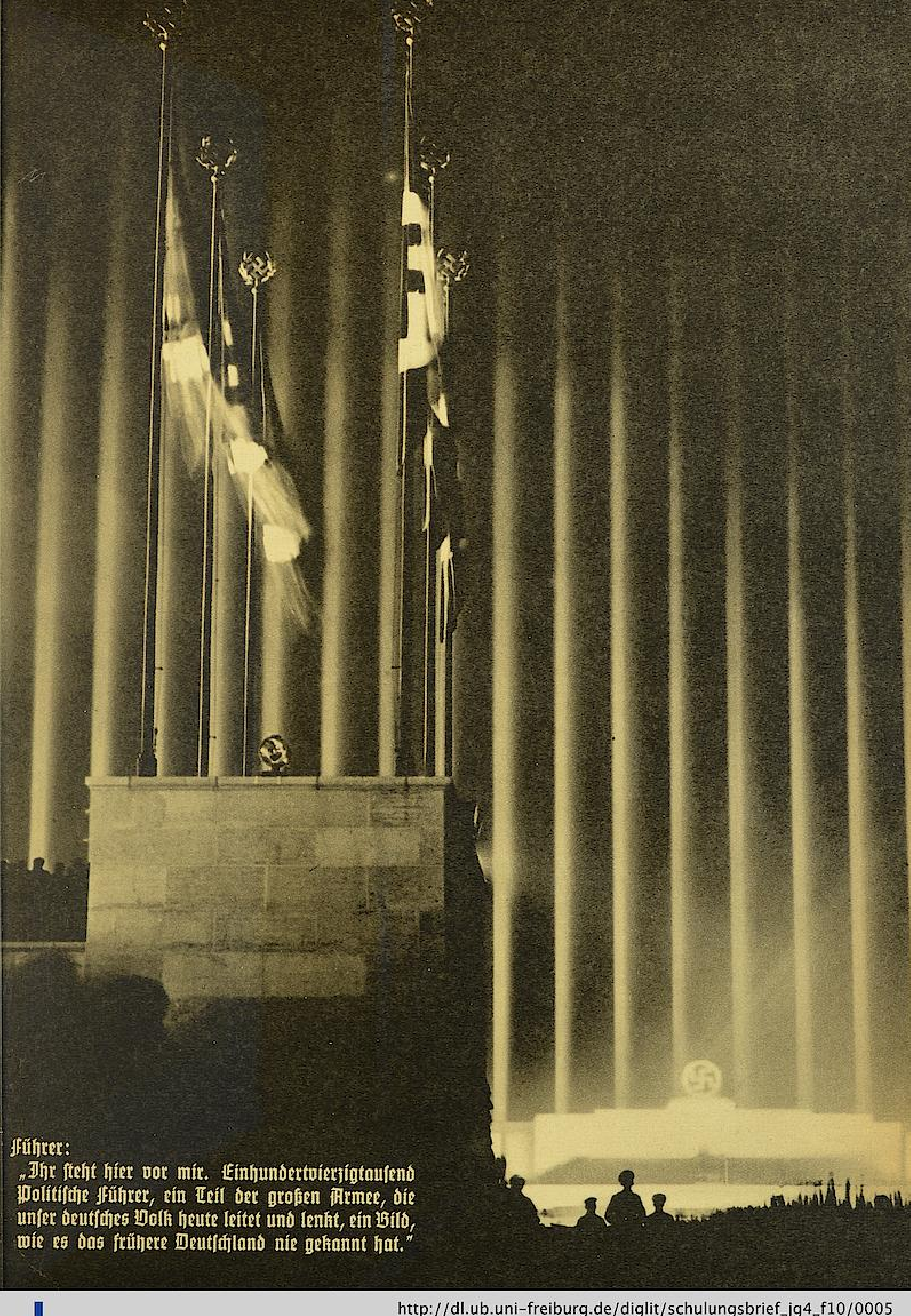
Es ist der Weg der Erziehung durch Arbeit, den die Partei beschritten hat, um die Mobilisierung aller Lebenskräfte der Nation zur geistigen Ausrichtung und körperlichen Gestaltung der Nationalkraft des Volkes zu erreichen. Der Weg wird um so leichter sein für alle, je stärker jeder von uns an sich und zu seinem Teil bemüht ist, die vom Führer geforderte Synthese zwischen Kraft, Schönheit und Geist im Alltag zu verwirklichen, das heißt für die Parteigenossenschaft als Minderheit an Zahl immer Mehrheit an Leistung und Zucht zu sein.

Zu nebenstehendem Bild:

Blick auf die am 10. 9. 37 vor dem Führer angetretenen 110000 Politischen Leiter und 32000 Fahnen der Bewegung unter der 8000 Meter hohen Strahlenwölbung des Lichtdomes über dem Zeppelin-Feld.

Es gibt nur wenige Bilder, die der Größe dieser Weihestunde gerecht zu werden vermochten.

Aufn.: Eichhorn



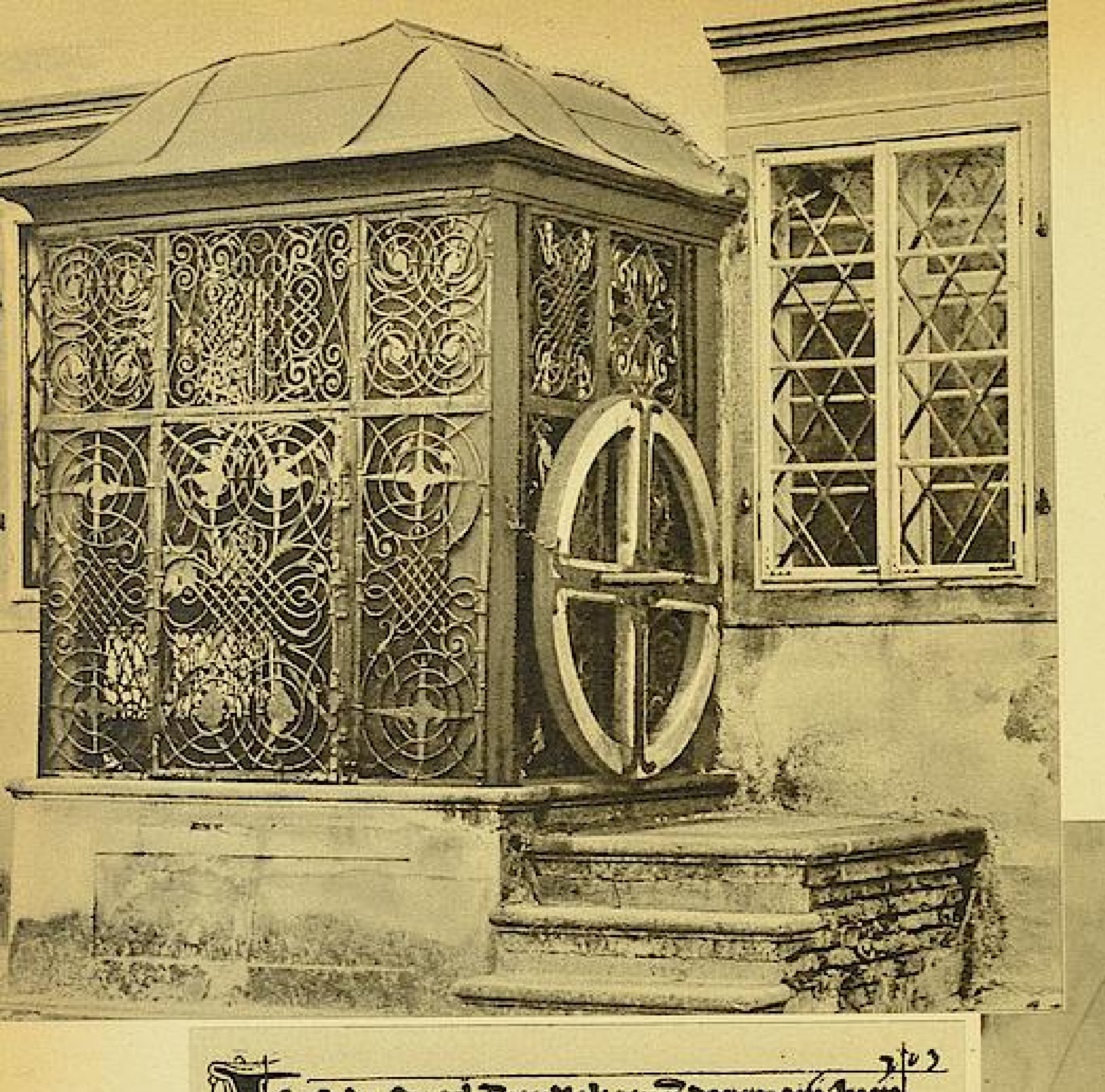
Führer:
„Ihr steht hier vor mir. Einhundertvierzigtausend Politische Führer, ein Teil der großen Armee, die unser deutsches Volk heute leitet und lenkt, ein Bild, wie es das frühere Deutschland nie gekannt hat."

Urdeutsches Volkstum
im Donaugau und Alpenland

Brunnenhaus zu St. Florian

Gittertor, handgearbeitet an der Kapelle im Stephansdom zu Wien (1731)

Das erste Deutschlandlied Walthers v. d. Vogelweide (um 1200), Manessische Liederhandschrift



Ir sult sprechē willekomē der mere brin 203
get dc bin ich· alles dc ir habent vnomē·
dast gar ein wint nv fraget mich· ich
wil miete· vn̄ wirt min lon iht gůt·
ich sage liht dc iv sanfte tůt· seht wc
man mir eren biete· 204
Ich wil tütschen frowē sage· solhu mere
dc si deste bas· al der welte suln behagen·
ane grosse miete tůn ich dc· zerichems
lone sint si mir zehere· so bin ich gefů
ge vn̄ bitte si nihtes mere· wan dc si mih
grůssen schone· 205
Tütsche man sint wol gezogē· als en
gel sint dü wib getan· swer si schil
der der ist betrogen· ich enkan sin anders
niht v̉stan· tugent vn̄ reine minne· swer
die sůchen wil· der sol komē in vnser
lant da ist wünne vil· lange müsse ich le
ben dar inne· 206
Ich han lande vil gesehen· vn̄ nam d̉ be
sten gerne war· übel müsse mir gesche
hen· kunde ich ie min herze bringe dar· dc
im wolde wol gevallen· frömder site·
Nv was hulfe mich ob ich vnrehte strite· tü
tschü zuht gat vor in allen· 207
Von der elbe vnz an den rin· vn̄ wid
vnz in vngerlant· so mvgen wol di
besten sin· die ich in der welte han bekāt·
kan ich schöwen· gůt gelesse vn̄ den lib·
sem mir got so swüre ich wol dc da dü
wib· bester sint danne and'swa die frowē·

Aufn.: Hist. Bilderdienst, Historia-Photo, Dr. Stoedtner



Ir ſult ſprechen willekomen: / der [iu] mere bringet, daz bin ich. / alles daz ir habent vernomen, / daſt [= das iſt] gar ein wint: nu fraget mich. / ich wil [aber] miete: / und wirt min lon icht guot, / ich ſage lihte, daz iu ſanfte tuot. / ſehet, waz man mir eren biete.

Ich wil tiutſchen frouwen ſagen / ſolhiu mere, daz ſi deſte bas / al der werlte ſuln behagen: / ane groſſe miete tuon ich daz. / ze richeme [waz wold' ich ze] lone? / ſint ſi mir ze here: / ſo bin ich geſüge und bitte ſi nihtes mere, / wan daz ſi mih grüſſen ſchone.

Tiutſche man ſint wol gezogen, / als engel ſint diu wib getan. / ſwer ſi ſchildet, der iſt betrogen: / ich enkan ſin anders niht verſtan. / tugent und reine minne, / ſwer die ſuochen wil, / der ſol komen in unſer lant: da iſt wunne vil. / lange müſſe ich leben dar inne.

Ich han lande vil geſehen / und nam der beſten gerne war: / übel müſſe mir geſchehen, / kunde ich ie min herze bringen dar, / daz ime wolde wol gevallen / frömder ſitte. / was hulfe mich, ob ich unrehte ſtritte? / tiutſchiu zuht gat vor in allen.

Von der Elbe unz an den Rin / und wider unz in Ungerlant / ſo mugen wol die beſten ſin, / die ich in der werlte han bekant. / kan ich ſchouwen / guot geleſſe und den lib, / ſem mir got, ſo ſwüre ich wol, daz da diu wib / beſſer ſint danne anderswa die frouwen.

Das erſte Deutſchlandlied — ein Denkmal unſerer Sprache vor ſieben Jahrhunderten

Walthers von der Vogelweide Lied: *„Heißt mich froh willkommen sein"* in der Strophenfolge der nebenſtehend gezeigten Heidelberger (Maneſſiſchen) Handſchrift.



Der deutsche Volkskampf im Habsburgerstaat.

Im Anfang war das Volk. Von dieser Grundwahrheit nationalsozialistischer Welterfassung ausgehend, finden wir in der einzigartigen Entstehung und Entwicklung des Völkerstaates im Südosten eine Fülle völkischer und sozialer Erkenntnisse, die für Gegenwart und Zukunft der Nation von Wert und Bedeutung sind. Das alte Donaureich ist zerfallen und keine monarchistische oder sonstige deutschfeindliche Einkreisungskunst wird das aufgelöste Gebilde wieder zusammenbringen; aber seine über Raum und Zeit währende Bedeutung bestand nicht zum geringsten darin, daß in seinem staatlichen Rahmen sämtliche Probleme der nationalen Frage an sich theoretisch und praktisch empfunden, durchdacht und erprobt wurden. In keinem anderen Gebiet Europas stießen so viele Kulturen, die deutsche, mehrere slawische und romanische, unmittelbar aufeinander, wurden auf verschiedenen Grundlagen, teils in agrarischen, teils in industriellen Verhältnissen, bewußt entwickelt, suchten auf jeden noch teilnahmslosen Blutsgenossen ihre geistige und gefühlsmäßige Anziehungskraft auszuüben und hatten sich in einer verhältnismäßig kurzen geschichtlichen Zeitspanne als freigezimmerte Gemeinschaften im gemeinsamen Staate selbständig und widerstandsfähig auszubauen. Nirgends konnte ein millionenstarkes Grenzdeutschtum so tief in die Seele seiner zeitweiligen natürlichen Gegner hineinblicken, die eigene und fremde rassische Wesenheit und Entfaltung ergründen. Österreich war das Laboratorium des meisten Wissens vom Volkstum, zugleich der Nährboden und Versuchsgarten systematischer Volkwerdung, die vor unseren Augen aus geschichtslosen Stämmen handelnde Staatsvölker in neuen Lebensformen gemacht hat.

Ein zweiter Grund verstärkt bei jedem Nationalsozialisten das Interesse für den keineswegs abgeschlossenen Völkerkampf im Südosten. Wir sehen über dynastische, außenpolitische und kriegerische Erzählung hinüber in lebensvolle deutsche Volksgeschichte. Das Ringen einer völkisch wehrhaften Arbeiterschaft zieht uns an. Sie entrollte frühzeitig die Fahne nationaler und sozialer Pflichterfüllung im Erhaltungskampfe der Nation. Deshalb stellen wir auch eine kurzgefaßte geschichtliche Skizze dieser Bewegung in den Vordergrund unserer Darstellung.

Das große, bunte Reich, das sich von den kulturell hochstehenden sudetendeutschen Industriezentren in Nordböhmen bis zu den südslawischen Karstwüsten an der Adria, vom Bodensee bis zum Übergang in den kulturlosen russischen Osten erstreckte, hatte eine lange, eigenartige Geschichte durchmessen. Als kleine Ostmark des Deutschen Reiches 976 geschaffen, vergrößerten ihre Herrschergeschlechter den Länderbesitz im Laufe von fast sieben Jahrhunderten ohne kriegerische Eroberung durch vorsichtige Heirat und glückliche Erbschaft. Zu den Stammländern an der Donau kamen 1192 die Steiermark, 1335 Kärnten, 1363 Tirol, 1335 Krain, 1382 Triest, 1526 Böhmen, Mähren, Schlesien und Ungarn, 1691 Siebenbürgen, 1772 Galizien, 1775 die Bukowina, 1797 Dalmatien, 1805 Salzburg, 1878 Bosnien und die Herzegowina, um nur die wichtigsten Er-

werbungen anzuführen. Vor dem Weltkriege zählte Österreich-Ungarn rund 52 Millionen Einwohner und stellte ein Wirtschaftsgebiet dar, in dem sich Landwirtschaft und Industrie, Bodenschätze und Arbeitskraft befriedigend ergänzten.

Die politische Einrichtung der Monarchie war aus geschichtlichen Überlieferungen und nationalen Widersprüchen heraus so vielgestaltig und unbrauchbar geworden, daß selbst eine straffe Regierung und Verwaltung daran hätte scheitern müssen. Das Erbreich zerfiel in zwei gleichberechtigte Monarchien, Österreich und Ungarn, sowie die bosnischen Reichslande. Jede Reichshälfte erhielt eine Volksvertretung, bestehend aus je zwei Kammern. Als fünftes Parlament bestanden die Delegationen, die aus den vier Häusern alljährlich gewählt wurden und die gemeinsame auswärtige Politik, Finanzen, Heer, Marine sowie die Reichsländer Bosnien und die Herzegowina zu betreuen hatten. Es gab eine gemeinsame Armee, eine österreichische und eine ungarische Landwehr, erstere mit deutscher, letztere mit magyarischer Dienstsprache. In der sich aus Kroatien ergänzenden Landwehr (Ungarn) bestand die kroatische Dienstsprache. Neben dem österreichischen und dem ungarischen Ministerium amtierte ein drittes, gemeinsames, für die Außenpolitik, die gemeinsamen Finanzen, Wehrmacht und Flotte sowie die Angelegenheiten Bosniens. An Kriegsministern zählte man drei, je einen für die beiden Landwehren und einen für das gemeinsame Heer.

Zu dem Abgeordneten- und dem Magnatenhause in Ungarn kam ein kroatischer Landtag in Agram hinzu. In der österreichischen Hälfte der Monarchie aber stritten nicht weniger als siebzehn Landtage — von Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Tirol, Vorarlberg, Steiermark, Kärnten, Krain, Küstenland, Triest, Istrien, Dalmatien, Böhmen, Mähren, Schlesien, Galizien und der Bukowina — mit den zwei Wiener Parlamenten, dem Abgeordneten- und dem Herrenhause, um den gegenseitigen gesetzmäßigen Befehlsbereich. Da in jeder dieser Körperschaften nicht allein Parteien, sondern ganze Völkergruppen um Macht und Geltung rangen, nimmt es wahrlich nicht wunder, daß der „kranke Mann" an der Donau schließlich an

drei Regierungen,
fünf Parlamenten und
achtzehn Landtagen

sterben mußte.

Mit Joseph II. (1765—1790) war der einzige Habsburger dahingegangen, der eine vernünftig aufgebaute Gemeinde-, Kreis- und Zentralverwaltung unter Zugrundelegung der deutschen Staatssprache sowohl in Österreich wie in Ungarn angebahnt hatte. Allen seinen habsburgischen Nachfolgern dagegen lag die Gunst des bevorrechteten Adels, der Kirche und des Großgrundbesitzes näher als ein tragfähiger großer Staatsgedanke. Solange eine absolute und allmächtige Bürokratie im Dienste der Hausmachtpolitik die Untertanen beherrschte, ruhte das Reich auf Gehorsam und Bequemlichkeit. Als jedoch in den letzten Jahren radikale Parteien und revolutionäre Energien von Völkern in Land und Reich an den Verfassungen zu rütteln begannen, waren Sinn und Zweck des Völkerstaates in seiner alten Form verloren.

Will man die politischen, nationalen und kulturellen Kämpfe Österreich-Ungarns verfolgen, so darf

die absurde Organisation des Staates

nicht aus dem Auge gelassen werden. Sie allein erklärt uns, warum in den meisten der mit beschränkter Selbstverwaltung ausgestatteten Unterstaaten der österreichischen Reichshälfte, den siebzehn Kronländern, sich die verschiedensten Kampffronten für größere und kleinere Volksteile ergaben: in Böhmen und Mähren führten Deutsche und Tschechen durch Jahrhunderte einen nie ruhenden Krieg um ihre Volksinteressen, in dem kleinen Kronland Schlesien standen Tschechen und Polen gegen Deutsche, in Steiermark und Kärnten Slowenen gegen die Deutschen, in Tirol Deutsche gegen Italiener; in Triest und den Küstenländern verbündeten sich wieder Deutsche und Italiener gegen die Slawen. Galizien war der Schauplatz schwerer Kämpfe zwischen Polen und Ruthenen oder Ukrainern, während im östlichsten Reichswinkel, der Bukowina, die Deutschen, Rumänen, Ukrainer, Polen und Juden abwechselnd politische Zweckbündnisse eingingen.

In der ungarischen Reichshälfte, den „Ländern der heiligen ungarischen Krone", führte seit 1867 der reiche magyarische Adel fast unabhängig von der Dynastie und ohne Rücksicht auf die Nationalitäten den Staat, der von rund 10 Millionen Magyaren, 3 Millionen Rumänen, 3 Millionen Kroaten und Serben, 2 Millionen Deutschen, 2 Millionen Slowaken und einer halben Million Ukrainern bevölkert war. Demnach standen hier den 10 Millionen Magyaren 10,5 Millionen Andersvölkische gegenüber, die mit Hilfe eines unerhörten Wahlsystems im Budapester Reichstage nahezu gänzlich um ihre Geltung gebracht wurden. Durch einseitige Gesetze zwang die magyarische Herrschaft den unterworfenen Nationalitäten in Schule und Amt die Staatssprache auf.

Den Süden beider Reichshälften einschließlich Bosniens und der Herzegowina erfüllten nahezu sieben Millionen Slowenen, Kroaten und Serben. Sie sollten nach stillen Absichten der habsburgischen Hausmachtpolitik einmal die Straße nach Saloniki eröffnen. Höflinge und Generalstäbler erörterten den Gedanken des „Trialismus", der aus einem deutschgeleiteten Österreich, dem magyarischen Ungarn und einem südslawischen Krongebiete bestehen sollte und die seit 1866 aus Deutschland und Italien ausgeschiedenen Habsburger auf dem

Balkan entschädigen wollte. Der Thronfolger Franz Ferdinand gedachte nach seiner Thronbesteigung die Kroaten zum dritten Staatsvolke zu machen und ihnen die Slowenen und Serben des Reiches in einem eigenen Staatsgebiete mit Agram als Hauptstadt — neben Österreich und Ungarn — zu unterstellen.

Für unsere folgende Darstellung der nationalen und sozialen Kämpfe des Deutschtums sind nur die Siedlungsverhältnisse der österreichischen Reichshälfte von Bedeutung. Dieses Österreich, das erst nach Königgrätz 1866 den gesamtstaatlichen „Deutschen Bund" verlassen hatte, umfaßte nach der Volkszählung vom Jahre 1910 rund 28 Millionen Einwohner, von denen auf die Deutschen fast zehn Millionen, die Tschechen 6,5, Polen 5, Ukrainer (Ruthenen) 3,5, Slowenen 1,2, Serben und Kroaten 0,8, Rumänen 0,3, Italiener und Ladiner 0,8 Millionen entfielen. Vier vollständig verschiedene, ja einander widerstreitende Kulturen stießen in Österreich-Ungarn aufeinander: die deutsche, die nie den Zusammenhang mit der gesamtdeutschen Bildung verloren und all deren Wandlungen und Schichtungen miterlebt hatte, ja in manchen Zeiten, wie denen der Minnesänger mit Walther von der Vogelweide oder in denen der Befreiungskriege und der politischen Dichter mit A. Grün als Wortführern leuchtend voranging; neben der deutschen gab es die romanische Kultur, die ihre Vertreter in Italienern, Ladinern und Rumänen hatte, also dreigespalten war, wobei die Italiener ebenfalls mit ihrem Mutterlande dauernd in geistiger Verbindung blieben, die slawische und magyarische Volkskultur. Die slawische zerfiel sogar in sieben Zweige: in die der nordslawischen Tschechen, Polen, Slowaken und Ukrainer und die der südslawischen Kroaten, Slowenen und Serben. Die 10 Millionen Deutschen mußten sich der nationalen und wirtschaftlichen Begehrlichkeit von 18 Millionen Slawen und Romanen erwehren. Schon in der Steuerleistung bestand ein schreiendes Mißverhältnis, indem die 35 vom Hundert deutscher Staatsbevölkerung weit über 60 v. H. sämtlicher Steuerlasten zu tragen hatten. Nach streng sachlichen Untersuchungen bezahlte im Durchschnitt jeder Ukrainer nur 3,5 Kronen an direkter Steuer, jeder Südslawe 3,6, hingegen jeder Deutsche 22,4, im reindeutschen Niederösterreich sogar 42,6 Kronen. Über die Kulturunterschiede unter den acht Völkern berichtete die amtliche Statistik 1910: Im Alter von 21—40 Jahren konnten Männer lesen und schreiben: bei den Deutschen und den Tschechen 99 vom Hundert, den Italienern 94, den Slowenen 92, Polen 76, Kroaten und Serben 52, Ukrainern 49 und Rumänen 48 vom Hundert.

Es ist unbestreitbar, daß die Deutschen im alten Österreich für alle aufwärts strebenden slawischen und zum Teil auch für die romanischen Völker infolge der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetze

„Das alte Österreich war mehr als ein anderer Staat gebunden an die Größe seiner Leitung. Hier fehlte ja das Fundament des Nationalstaates, der in der völkischen Grundlage immer noch eine Kraft der Erhaltung besitzt, wenn die Führung als solche auch noch so sehr versagt."

Adolf Hitler in „Mein Kampf"

die schwersten Opfer zu bringen hatten. Dies traf auch in politischer Beziehung bei der Machtverteilung durch das allgemeine, gleiche Wahlrecht zur Volksvertretung zu, die folgende Zusammensetzung aufwies: **von 516 Mandaten waren 232 deutsch, 108 tschechisch, 83 polnisch, 37 südslawisch, 30 ukrainisch, 20 italienisch, 5 rumänisch und 1 jüdisch-national.**

Wenn die 1918 staatlich selbständig gewordenen Tschechen, Polen und Südslawen nach langer kultureller und wirtschaftlicher Sättigung im österreichischen Staate deutscher Kultur und Wirtschaft das verlassene Vaterland als finsteren Kerker ihrer Freiheit hinstellen, muß die Gerechtigkeit der Geschichte auf ihren geradezu beispiellosen Aufstieg hinweisen, dessen sie sich besonders im letzten Jahrhundert innerhalb dieser Gemeinschaft erfreuen konnten. Aus eigener Kraft hätten sie die Stufe ihrer kulturellen Entwicklung im gleichen Zeitraume nie erreichen können. Man braucht kein Anwalt des zertrümmerten Völkerstaates zu sein — und wir haben als Deutsche aus seinem Bestande doch mehr Verlust als Gewinn gezogen —, um festzustellen, daß keinem nichtdeutschen Volke und keinem Volssplitter durch den freigebigen Habsburger-Staat die Wege seiner nationalen Zukunft verlegt worden sind. Im Gegenteil. Jahrzehntelang suchte die habsburgische Hausmachtpolitik in ständiger Angst vor dem deutschen Einheitsgedanken und in Verfolgung katholischer Sonderziele[1]) die Versöhnung der Slawen mit Wien auf Kosten des Deutschtums dauernd zu befestigen.

Deutschgeleiteter Staat?

Bis zur Entfesselung der politischen Massenkräfte als Ergebnis der allgemeinen Schul- und Wehrpflicht, der Industrialisierung, der Pressefreiheit und des allgemeinen Wahlrechtes galt Österreich in der Außenwelt als deutschgeleiteter Staat. Jahrhundertelang war er im Heiligen Römischen Reiche Deutscher Nation dynastisch führend gewesen, seine Sprache vermittelte dem Nichtdeutschen den Zutritt zu einer vorherrschenden Kultur Europas, während manche seiner Völkerschaften noch keine ausgebaute Schriftsprache ihr eigen nannten. Der Entdeutschungsprozeß machte infolge des Druckes von unten und des Entgegenkommens von oben rasche

[1]) Anmerkung: Ausspruch des Bischofs Riccabona von Triest: „Österreich wäre der unnützeste Staat der Welt, wenn es nicht als katholische Vormacht im Auftrag des Papsttums Mitteleuropa vor dem protestantischen Norden und dem glaubenslosen umstürzlerischen Westen verteidigte."

Fortschritte. Zuletzt erhielten sich allein die obere Staatsverwaltung und die Armeesprache deutsch. Selbst dieser Zustand war aber von der Dauer des Privilegienwahlrechtes abhängig. Bis 1901 entsendeten 5431 Großgrundbesitzer 85 Abgeordnete, 556 Handelskammerräte 21, die 500 000 städtischen Steuerzahler 118, die 1 600 000 ländlichen nur 129 Abgeordnete in den Reichsrat, indessen über fünf Millionen Wähler einer allgemeinen Wählerklasse, in die auch die bevorzugten der anderen Gruppen mit eingereiht waren, nur 72 Vertreter zu erwählen hatten. Die rein ziffernmäßige slawisch-romanische Bevölkerungsmehrheit trat erst 1907 durch das allgemeine, gleiche Wahlrecht in politische Erscheinung.

Mit dem Eintritt der im letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts national aufflammenden Slawen und Romanen in das politische Leben Österreichs wurden die Deutschen als bisheriges Staatsvolk schrittweise zurückgedrängt und mußten Abwehrstellungen beziehen, an denen die wilden Wogen fremdvölkischer Eroberungslust emporschäumten. Von diesem Zeitpunkt an gerieten sie gefühlsmäßig in einen tragischen Widerspruch. Auch ihr Volksbewußtsein hatte sich im täglichen Kampfe gegen die auf allen Gebieten vordringenden völkischen Gegner kräftiger entwickelt und hätte am liebsten dem unverläßlichen Staate den Rücken gekehrt. Unbeschwert von Rücksichten auf ihn wäre die Stellung als rücksichtslos forderndes Volk, wie die Beispiele der anderen zeigten, entschieden leichter und einträglicher gewesen. Dagegen bremsten aber die besorgten Deutschen in den höheren Rängen der Reichs- und Länderverwaltung, der Armee und Wirtschaft.

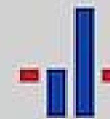
Die staatliche Verwaltung

der österreichischen Reichshälfte fußte nicht vernunftgemäß auf möglichst abgerundeten Völkergebieten, sondern auf historisch abgestorbenen Kronländern, Königreichen, Erzherzogtümern, Markgrafschaften, rein dynastischen Besitzgrenzen, die als solche seit Jahrhunderten im habsburgischen Reiche ohne Bedeutung waren. Durch diese Ländereinteilung sahen sich jedoch die Nationalitäten, ohnehin nur Bruchstücke europäischer Großvölker wie Deutsche, Italiener, Polen, Ukrainer, zum zweiten Male zerrissen. Denn von den siebzehn Kronländern waren nur fünf von einem einheitlichen Volkstum besiedelt, in den restlichen zwölf fanden sich bis zu fünf Völkerschaften nebeneinander. So waren z. B. die Deutschen als zahlenmäßige Minderheit in Böhmen und Mähren den Tschechen ausgeliefert, die Tschechen dagegen den Deutschen in Schlesien. Die Polen beherrschten Millionen Ukrainer in Galizien, die Deutschen behielten Mehrheitsrechte über die Italiener in Tirol und über die Slowenen in Steiermark. Dafür waren die Italiener im Küstenlande und in Triest als Mehrheit gegenüber den Slowenen im Vorteil. So verursachten die überflüssigen Kronländergrenzen zwecklos neue nationale Reibungen, die in der Reichspolitik überhaupt nicht bestanden. Als politisches Musterbeispiel eines Ländchens sei die Bukowina angeführt. Ihre Bevölkerung bestand aus fünf Völkerschaften. In der Hauptstadt Czernowitz, Sitz einer deutschen Universität, zählte man nach Sprachen: Deutsche und Juden 48 vom Hundert, Ukrainer 18 v. H., Polen 17 v. H., Rumänen 16 vom Hundert. Nach Konfessionen: Juden 33, Römische Katholiken 27, Griechisch-Orientalische 24, Griechisch-Katholische 11, deutsche Protestanten 5 v. Hundert. Ein Spiegelbild Österreichs!

Die bloße Aufzählung der babylonischen Gegensätze in den Kronländern, umkämpft von zwölf Völkern, unzählbaren Parteien mit 1350 Landtagsabgeordneten, gibt eine Vorstellung der anhaltenden Verwirrung. Und trotzdem fand die Abschaffung der „historisch-politischen Individualitäten", wie die Länder von den Slawen liebkosend getauft wurden, in keinem nationalen Lager eindeutige Zustimmung, denn man wollte die Länderherrschaft nirgends aufgeben.

Hinter den Kulissen der Unteilbarkeit des antiquarischen Königreichs Böhmen verbargen die Tschechen ihre zeitlich über Österreich hinauszielenden staatsrechtlichen Forderungen. Seit Beginn des zehnten Jahrhunderts stand Böhmen mit seinen Nebenländern Mähren und Schlesien unter der Oberhoheit des Deutschen Reiches. Nach der Niederwerfung des letzten von den böhmischen Ständen gewählten Königs 1620 durch ein habsburgisches Heer fügte es der Sieger als Erbland seiner Hausmacht zu. An diese Niederlage knüpften die Tschechen ihre Ansprüche auf die unversehrte Wiederherstellung des Königreiches. Aus diesem Grunde setzten sie auch der leicht durchführbaren völkischen Zweiteilung des Landes in ein durchaus lebensfähiges Deutschböhmen mit 2,5 Millionen und ein tschechisches Gebiet mit 4,2 Millionen Einwohnern schärfsten Widerstand entgegen. In Steiermark (983 000 Deutsche, 410 00 Slowenen) und in Tirol (525 000 Deutsche, 386 000 Italiener) lehnten dagegen die deutschen Mehrheiten den Rückzug vor der slowenischen und italienischen Irredenta ab. Da schließlich Adel, Großgrundbesitz und die begüterte Kirche in der rückständigen Länderpolitik altersgraue Privilegien und gewichtige Entscheidungen auf Reichsfragen innehatten, scheute auch der konservative Kaiser in Wien vor radikalen Lösungen zugunsten der aufstrebenden Nationalitäten zurück.

Der Stillstand in der Staatsorganisation staute die Leidenschaften des völkischen Lebens so lange auf, bis alle Dämme bersten mußten. Aus der jahrzehntelangen Unentschlossenheit der Krone gegenüber den österreichischen und den damit eng zusammenhängenden südosteuropäischen Völkerbewegungen entwickelten sich so gewaltige Konflikte, daß der fromme Wunsch aller Nationslosen, der Dynastie, des Adels, des Klerus und auch der Sozialdemokratie nach einer „Erneuerung" des



Reiches ohne Umsturz des geschichtlich Gewordenen zu spät kam. Für

das Deutschtum Österreichs

blieb nur das seit 1879 bestehende Militärbündnis Österreich – Deutschland und die Erhaltung dieser gesamtdeutschen Wehrkraft ein gewisser Halt und ein nationales Vermächtnis der Geschichte. **Immer drückender aber wurde die Bejahung eines Staates empfunden, der nicht der eigene war, sondern von einander entfremdeten Volksstämmen umkämpft und als Werkzeug für deren unzweifelhaft reichsfeindliche Politik in Anspruch genommen wurde.** Diesen verderblichen Umtrieben gab die schwankende Haltung der Dynastie immer neue Nahrung, beschleunigte so die außenpolitischen Machenschaften der Slawen und schließlich den Zerfall des Völkerstaates in gegebener Stunde.

Das Erwachen der Völker

Seit 1848 war auch in Österreich nach dem Wortlaute mehrerer Verfassungen und mit kurzen absolutistischen Unterbrechungen die politische Macht zwischen der Krone und den Völkern aufgeteilt. Aber nahezu ein halbes Jahrhundert blieb weiterhin auf Grund des krassesten Privilegienwahlrechtes und gesellschaftlichen Einflusses **neben der völkisch verantwortungslosen Dynastie eine Herrschaft von gesinnungslosem Adel, der Klerisei und dem mit beiden verbündeten Judenkapital** in unverminderter Geltung. Außer Wien gab es keine Großstadt mit dem Gepräge einer solchen, und das Kleinbürgertum erreichte bis in die neunziger Jahre keine erhebliche politische Bedeutung. Ein freier, selbstbewußter Bauernstand wuchs nach der Aufhebung von Zehent und Robot (Zwangsarbeit) im Jahre 1848 nur langsam heran.

Das Aufkommen industrieller Erzeugung vollzog sich von 1870 bis 1880 an in stärkerem Umfange. 1867 bis 1873 wurden 434 Banken, 63 Baugesellschaften, 38 Industrie- und 29 Eisenbahnunternehmungen gegründet. Fabriken, Handel und Verkehr bereicherten auch ein deutsches Großbürgertum, dessen geistiger und politischer Ausdruck der kapitalistische Liberalismus war. Er schuf die freiheitlichen Staatsgrundgesetze und führte die Reichspolitik im österreichischen Parlamente durch nahezu drei Jahrzehnte.

Das schrittweise demokratisierte und industrialisierte Reich wurde der Boden, auf dem sich alle Völker in ihrer Eigenart zu entfalten begannen. Von den Slawen am kräftigsten

die Tschechen.

Nach dem Untergang des böhmischen Wahl-Königtums im Jahre 1620 war die tschechische Sprache nach und nach zu einer Bauernsprache herabgesunken. Sie war zu Ende des achtzehnten Jahrhunderts nahe am Verlöschen, obwohl der zweite Ferdinand von Habsburg in seinem Eifer für Rom nach der Unterwerfung der böhmischen Protestanten in der „vernewerten Landesordnung" 1627 „in Anbetracht der beständigen Treue derjenigen Bewohner des Königreichs Böhmen, welche lieber ihr Vaterland verlassen als dem Kaiser zuwider sein wollen", den katholisch verbliebenen Tschechen die Gleichberechtigung ihrer Sprache mit der deutschen zugesichert hatte (!). Der Bildungsuchende aus dem kleinen Volke mußte mit erborgten Mitteln in der ihn umgebenden deutschen Kulturwelt geistig fortleben. Doch das gefühlsmäßige völkische Erbe lebte auch unter dem Mantel der Fremdsprache fort. Es erstanden im ersten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts Hüter der Volkssprache, Dichter und Geschichtenerzähler, denen bei ihrem zielbedachten Aufbau und der Pflege ursprünglicher Volkskultur die allgemeine Erweiterung des Schulwesens, die Vermehrung der Zeitungen, die Ausbildung in der Armee und ein steigendes Selbstbewußtsein in den breiten Massen des Volkes zu Hilfe kamen. Mit andächtiger Begeisterung wurden Erinnerungen der Vergangenheit und phantastisch verbrämte Legenden des Tschechentums gelesen, der lohende Deutschenhaß der hussitischen Vorfahren sowie die Größenziffern des Slawentums in die Seele aufgenommen. Ein besonderer Eiferer, Hanka, schreckte auch nicht davor zurück, um das hohe Alter der tschechischen Kultur zu erweisen, eine gefälschte Handschrift aus dem Mittelalter zu verfertigen, die Königinhofer Handschrift. Durch das ganze tschechische Volk bis in seine tiefsten Tiefen drang ein neuer Geist allslawischer Eroberungsgelüste, der sich allerdings unter politische und wirtschaftliche Tatsachen wie die deutsche Überlegenheit und Größe beugen mußte. Er trat doppelt in Erscheinung: jeder Tscheche klagte schmerzbewegt über seine nationale Unterdrückung und war in seinen nationalen Ansprüchen brutal und grenzenlos. Dieser Grundzug tschechischen Wesens zeigte sich auch innerhalb der Arbeiterbewegung Österreichs. Dem letzten tschechischen Proletarier galt der Aufstieg seiner Nation tausendmal mehr als jeder persönliche Vorteil.

Die Geschlossenheit des tschechischen Volkswillens bestand auf allen Gebieten seiner Gemeinschaft geradezu ohne Gleichnis. Sie war das Ergebnis einer durchdringenden politisch-nationalen Volkserziehung und völkischen Schulung. Aus allen Fenstern seines engen Hauses blickte der Tscheche in das erdrückend große Leben des Deutschtums, dessen Zeugnisse sämtliche Städtegründungen Böhmens und Mährens gleich den stolzen Bauten des „goldenen Prag" bildeten und dessen millionenstarke sudetendeutsche Volksarme das Tschechentum von drei Seiten her in das Innere Böhmens zurückdrängten. Ein verzehrender Haß gegen alles

Deutsche erfüllte das ehrgeizige Tschechentum, gleichzeitig eine abergläubische Hoffnung auf die Brüderlichkeit aller slawischen Stämme und die sichere Wacht Rußlands an den Brücken in ein großslawisches Zukunftsreich.

Diesem Beispiele folgten auch

die Polen.

In ihrem Machtbereich Galizien standen sie mit 4,5 Millionen Köpfen den 3,2 Millionen Ruthenen oder Ukrainern mit offenen nationalen Ausrottungsplänen entschlossen gegenüber. Die Polonisierung wurde wie die planmäßige Tschechisierung drüben begonnen.

Im Süden Österreichs vollzog sich die nationale Auferstehung der 1,2 Millionen bäuerlichen

Slowenen

binnen wenigen Jahrzehnten geradezu als geschichtliches Musterbeispiel einer Volkwerdung von der Festlegung der Grammatik bis zu staatspolitischen Ansprüchen.

Wir sehen alle slawischen und romanischen Völkerschaften Österreichs völkisch und politisch aufwärtsstreben.

Der Staat Österreich ließ dergestalt seine Völker seinen Lebenszweck nicht mehr erkennen, und die Weisheit seiner Leitung beschränkte sich darauf, in Lesebüchern aller Volksschulen von dynastischer Güte und der glorreichen Vergangenheit rührselige Geschichten zu erzählen. Für das Leben hatte er keinen Blick. Daher formierte sich außerhalb der staatlichen Gesetze, in denen kein Buchstabe ein praktisches nationales Recht behandelte, jedes Volk als Selbstschutzverband und gebietende Körperschaft, deren ungeschriebene Gesetze und Gebote auf den einzelnen stärker wirkten als eine behördliche Drohung mit Polizei und Strafe. Jedes Volk betrachtete den Siedlungsboden mit Menschen, Naturschätzen, Eisenbahnen, Industrien und Ämtern als sein geheiligtes Eigentum, das vom Volksgenossen ohne, aber auch gegen den Staat und dessen Selbstherrlichkeit zu verteidigen war. Immer kraft- und willenloser ergab sich der österreichische Zentralismus den nationalen Forderungen der Unzufriedenen bis zum tränenlosen Auseinandergehen im Jahre 1918.

Dagegen zeigte sich das politische Denken des Deutschtums in völkischen Belangen von rein staatlichen Sorgen und Problemen nicht scharf genug getrennt. Den vielfältigen, immerfort veränderten Staatsfragen war mit einer volksverständlichen allgemeinen Formel nicht beizukommen. In der österreichischen Reichshälfte lebten ganze Nationalitäten, wie Tschechen und Slowenen, in Ungarn die Magyaren, Slowaken und Kroaten. Daraus leiteten dienstbeflissene Hof- und Geschichtsschreiber den Sinn des Staates dahingehend ab, daß er den kleinen Völkern die Selbständigkeit zu gewährleisten und dazu die Zusammenhänge mit den großen Kulturen Europas aufrechtzuerhalten habe. Merkwürdigerweise waren es aber gerade die insularen Tschechen und Magyaren, die von der nützlichen staatlichen Gemeinsamkeit für die Zukunft nichts wissen wollten. Auch Slowaken, Slowenen und Kroaten tauschten bekanntlich nach Ablegung der kaiserlichen Uniform im Jahre 1918 gerne ihre Staatszugehörigkeit. Als nur zeitlich losgerissene Volksteile dagegen betrachteten sich Deutsche, Polen, Ukrainer, Rumänen, Serben und Italiener. Ihre Hauptvölker wohnten Tür an Tür. Der blasse Kreidestrich dynastischer Besitztitel konnte den Kreislauf des Blutes in keinem Volkskörper unterbinden. Wirkliche Gesinnungs- und Gefühlsösterreicher fanden sich nur im rassisch mehrfach gekreuzten Adel, aus aller Herren Länder stammend, im Offiziersstand und in der höheren Beamtenschaft, wie denn die Züchtung einer österreichischen Nationalität nach „Denaturierung" des deutschen Volkstums stets die letzte Weisheit der habsburgisch-lothringischen Staatsmacht war. So schmale, dünne Schichten lieferten jedoch nur unzulängliche Klammern für einen Zusammenhalt von 12 auseinanderlebenden Völkerschaften.

Die Unfähigkeit der Habsburger.

Mit dem Anbruch der neuen Zeit, die jedem Staate Europas neue Entwicklungsziele vorschrieb, wurde es in der Wiener Hofburg nicht heller. Kaiser Franz Joseph betreute 68 Jahre lang seinen Thron. Durch Jahrzehnte kämpfte er hartnäckig gegen das Mitbestimmungsrecht seiner Völker in Staatsfragen, um nach der unumgänglichen Einführung bürgerlicher Freiheiten die berühmt gewordene Methode des politischen „Fortwurstelns" dreißig Jahre hindurch bis zum besiegelten Ende seines Hauses fortzusetzen. In diesem langen Abschnitte österreichischer Entwicklung förderte keine innere Krise und keine äußere Katastrophe ein ernstes Programm der landesväterlichen Oberhoheit für die brennenden Völkerfragen Österreichs und Ungarns zutage. Man besänftigte jeweils die Magyaren, Slawen und Italiener, vertröstete das einzig staatserhaltende Deutschtum und spielte durch höfische Regierungen abwechselnd eine Nationalität gegen die andere aus.

Der politischen Unfähigkeit der Dynastie entsprach andererseits die nie klar erkennbar gezeigte Haltung der Slawen, zu deren geschulten Vorkämpfern die Tschechen zählten. Diese begannen ihre Politik mit der wehleidigen Forderung nach sprachlicher „Gleichberechtigung". Ohne eine gesetzliche Bestimmung mußte nämlich die deutsche Weltsprache in Zentralverwaltung, Verkehr und Wehrmacht eine selbstverständliche Überlegenheit innehaben, aus dem einfachen Grunde, weil es eine andere brauchbare Verständigung unter den zu-

sammenhanglosen Kleinsprachen der Monarchie nicht gab. Noch im Frühling des Jahres 1848 standen die Tschechen auf dem Standpunkte einer räumlichen Selbstverwaltung der einzelnen Völkerschaften. Die Jungtschechen aber beanspruchten im „böhmischen Staatsrecht" die staatliche Unabhängigkeit der drei Länder der Wenzelskrone, Böhmen, Mähren, Schlesien, gleich der Stellung Ungarns im Gesamtstaate.

Die einzige Möglichkeit für eine praktische völkische Organisation des Reiches hätte in der allgemeinen, volksweisen, siedlungsmäßigen, nationalen Autonomie ohne historische Vorbehalte bestanden. Im Sturmjahre 1848 wurde diese Forderung auch von deutscher Seite erhoben, fand jedoch aus den früher angeführten Gründen bei den maßgebenden Tschechen und Polen keinerlei Gegenliebe. In Wahrheit scheiterte die notwendige nationale Abgrenzung für die völkische Selbstverwaltung an den heimlichen Absichten der meisten Slawen, durch ihre wachsenden Arbeiterkolonien in deutschen Industriegegenden dem Deutschtum fortgesetzt Volksboden abzugraben.

Stärker als jeder Wunsch zum gesicherten völkischen Leben mußte immer die Volkszahl sein. Sie war der Stundenzeiger des Endschicksals. Der amtlichen Statistik konnte man nur sprachliche, also unzureichende Ziffern über die Zu- oder Abnahme der Nationalitäten entnehmen. Danach vermehrten sich in dem Jahrzehnt 1901/10 die Deutschen um 8,5 vom Hundert, die Tschechen um 8,07, die Polen um 16,64, Kroaten und Serben um 10,11, Rumänen um 19,2 vom Hundert. Der empfindlichste Abschnitt der völkischen Fronten lag immer bei den zu erobernden oder zu verteidigenden Volksinseln im fremden Lebensraum. Sie waren nur ein geringer Bruchteil der eigenen Gesamt-Volkszahl, aber ihre Kämpfe, Forderungen und Geschicke blieben allen Volksgenossen das anfeuernde Symbol. An den durch Jahrhunderte verhärteten natürlichen Siedlungsgrenzen zweier Völker trat kaum in langen Abständen eine Verschiebung um ein paar Dörfer oder Kleinstädte ein, denn die Ausläufer zehrten doch unmittelbar von ihrem Volkskörper. Anders lagen die Dinge für die Inseln im fremden Lande. Deren Freuden und Leiden bewegten das völkische Denken und Hoffen der Hauptmasse daheim, beeinflußten die Nationalpolitik in allen grundsätzlichen Fragen und ernsten Augenblicken mitunter sehr nachteilig. Kein Muttervolk wollte seine tapfer ringenden Kinder aufgeben, doch geriet sein Staatsprogramm durch die fortwährenden Rücksichten auf grundverschiedene Verhältnisse der Inseln in schwerwiegende Kompromisse und Schwankungen. Von den 28 Millionen Bewohnern Österreichs standen nur einige Hunderttausend unmittelbar im ständigen Trommelfeuer des nationalen Kampfes, aber die Millionen hinter ihnen machten Angriff oder Verteidigung ihrer Vortruppen zur eigenen Sache.

Das Deutschtums Österreichs befand sich mit den alten Stätten seiner Kulturarbeit aus vergangenen Zeiten planmäßiger Kolonisation (Städtegründungen, Bergbau, Bauernsiedlungen)

überall in Verteidigungsstellung.

Alte Industrie- und Stadtkultur hatte Generationen verbraucht, die kräftigende Blutzufuhr aus gesundem Bauerntum reichte nicht mehr aus. Dagegen verfügten vor allem Tschechen und Polen über anscheinend unerschöpfliche Reserven aus üppigen Agrarländern und nahmen für dieses Überangebot an ungelernten Arbeitskräften auch schwere minderentlohnte Handarbeit in deutschen Unternehmungen (Bergbau, Eisen-, Bau-, Textilindustrie) wenigstens als Durchgang hin. Dem arbeitsuchenden Tschechen folgte der Lehrer, Kaufmann, Rechtsanwalt usf. Im Handwerk deutscher Kleinstädte erlernte der vereinzelte fremde Neuling bald die Umgangssprache, schickte seine Kinder in die allein vorhandenen deutschen Schulen, suchte Geselligkeit und büßte mit längerer Seßhaftigkeit sehr oft sein ursprüngliches völkisches Bekenntnis ein. Das gruppenweise in deutsche Großbetriebe eingestellte fremde Maschinenproletariat benötigte aber nicht unbedingt deutsche Sprachkenntnisse, lebte vielfach in Werkswohnungen, Sammelquartieren und Häusergruppen kulturell abgeschlossen, dem deutschen Wirtsvolk feindlich gesinnt, und nützte im Zeichen des Liberalismus das Recht seiner Zahl in Forderungen aus, die von der Zweisprachigkeit des Lohnzettels, der Fabriksordnung, Krankenkasse, städtischer und staatlicher Ämter bis zur Errichtung eigener Schulen, ja Universitäten, neuer Wohnbauten, Krankenhäuser, der Einräumung von Sitzen in der Stadtvertretung und anderen öffentlichen Körperschaften reichten. Das Werden solcher Minderheiten in früher rein deutschen Orten und Gegenden rollte eine endlose Kette von nationalen, rechtlichen und wirtschaftlichen Sorgen für das bodenständige Deutschtum auf, die natürlich in der Landes- und Reichspolitik den Niederschlag fanden.

Alles aus dem Geschick der Minderheiten wurde zu Gefühls- und Machtfragen der Nationalitäten und darum für den Verwaltungsbeamten, den Richter, Gesetzgeber und Staatsmann einfach unlösbar. Selbst kulturell noch so befriedete Volksgemeinschaften entzündeten an ihren verschwindend kleinen Inselproblemen die politischen Leidenschaften. Wir stehen da, so unwahrscheinlich es dem außenstehenden Beobachter scheinen mag, am Sitz der Todeskrankheit des duldsamen Reiches. Auf der Wanderung zum volksstaatlichen Endziel, das keine einzige der 12 Nationen innerhalb des Staates Österreich suchte, gaben die Erfahrungen mit siegreichen, untergehenden oder gewaltmäßig unterdrückten Minderheiten oft die

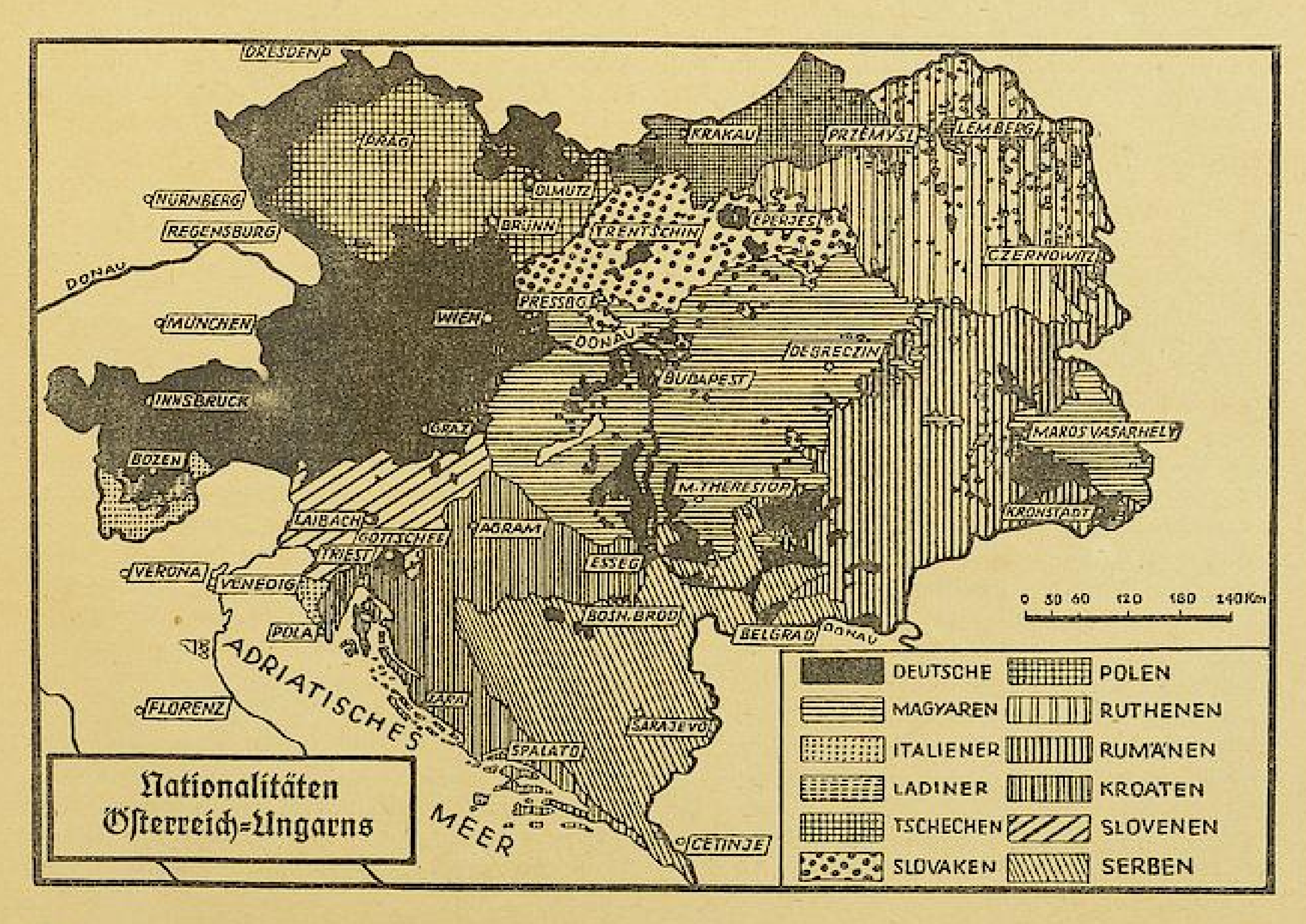
politischen Wege an. Slawen und Romanen kleideten die Bedingungen für eine augenblickliche regierungstreue oder oppositionelle Haltung im Parlamente in die Wunschformeln ihrer völkischen Vortruppen und erreichten damit schließlich immer neue Errungenschaften für ihr Volksganzes. Dadurch erklären sich auch viele im Auslande nie richtig erkannte Zwischenfälle der großen österreichischen Auseinandersetzung. Alljährliche Straßentumulte der Prager Tschechen gegen die 3000 Studenten der dortigen deutschen Hochschulen, slowenische Parallelklassen an einem deutschen Gymnasium, ukrainische und italienische Universitätsfragen, anscheinend nebensächliche Sprachenvorschriften für Beamte, derlei Angelegenheiten stürzten wiederholt Ministerien, veranlaßten hunderte Protestversammlungen von Eger bis Triest, von Bregenz bis Czernowitz und führten mitunter zu förmlichen Aufständen, daß Kavallerie- und Infanterieregimenter gegen die Rebellen in Bewegung gesetzt werden mußten, wobei immer tschechische Truppen gegen die Deutschen, deutsche gegen die Polen, polnische gegen die Italiener usw. eingesetzt wurden. (Siehe mittlere Bildseiten! Schriftltg.)



Ein deutscher Kämpfer.

Aus der kurzen, unklaren Revolution von 1848 war der Liberalismus zur politischen Führung der Deutschen Österreichs emporgestiegen. Der deutschen Nationalversammlung zu Frankfurt am Main gehörten deutsche Abgeordnete Österreichs — die Tschechen lehnten jede Wahlbeteiligung und die Anerkennung Frankfurts ab — sowohl der großdeutschen wie der kleindeutschen Richtung an. — Es kam die zweite schwere Prüfung: Königgrätz 1866, die Trennung Österreichs vom übrigen Deutschland und damit für zehn Millionen Deutsche das drohende Verhängnis des slawisch-klerikalen Völkerstaates. Noch hielt der weltbürgerliche Liberalismus als größte deutsche Partei auf Grund des wirtschaftlich abgestuften Wahlrechtes die wichtigsten Entscheidungen durch seine Parlamentsmehrheit in Händen. Aber die liberale Parlaments-, Presse- und Börsenherrschaft ohne Programm entfremdete die ehrlich arbeitenden Stände in den siebziger und achtziger Jahren der liberalen Führung.

In dieser Lage trat Georg R. v. Schönerer (1842—1921) als freier Kämpfer in die deutsch-österreichische Öffentlichkeit. (Im Schulungsbrief 5/37 ist ihm die verdiente Anerkennung zuteil geworden.) 1873 wurde der 31jährige Schönerer in das Abgeordnetenhaus gewählt. Mutig und rücksichtslos setzte er sich für die reinen Belange des Deutschtums ein und eröffnete mit wenigen Gesinnungsgenossen den schärfsten Kampf gegen den Liberalismus, die jüdische Rassenvorherrschaft, den Klerikalismus und die undeutsche Politik der Dynastie. Das Totschweigen Schönerers durch die feile Presse reichte nicht hin, die befreiende Wirkung seiner Weckrufe in der deutschen Jugend und den



Nationalitäten Österreich-Ungarns

breiteren Volksschichten hintanzuhalten. Soweit es Rede- und Pressefreiheit erlaubten, brach Schönerer offen mit jener „patriotischen" deutschen Ergebenheitspolitik, die sich auf den dunklen Linien der Habsburger bewegte, und forderte die Rückkehr der deutsch-österreichischen Bundesländer — unter staatlicher Sonderstellung Galiziens, der Bukowina und Dalmatiens — in ein gesamtdeutsches Reich. Es war die Fortsetzung des *großdeutschen Kampfes*, für den in den Tagen der Frankfurter Nationalversammlung und später die besten Geister gerungen und gesungen. Ein leuchtendes Lebensziel ging den Deutschfühlenden wieder voran. Für die innere Gesundung des Volkes stellte Schönerer 1879 den Grundsatz auf, daß „den bisher bevorzugt gewesenen Interessen des beweglichen Kapitals und der bisherigen semitischen Herrschaft des Geldes und der Phrase die Interessen des Grundbesitzes und der produktiven Hände sowie die Kräfte und Rechte der *ehrlichen Arbeit* in Hinkunft mit Entschiedenheit entgegenzustellen und zu fördern seien".

Am 10. Dezember 1880 unterbreitete Schönerer dem Abgeordnetenhause den ersten Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, das jedem Staatsbürger nach Vollendung des 24. Lebensjahres zustehen sollte. Im gleichen Jahre veröffentlichte Schönerer das „*Linzer Programm*" der deutschnationalen*) Forderungen an den Staat und die Zukunft. Es eröffnete den Kampf um die nationalstaatliche Einigung, den Schutz heimischer Arbeit, soziale Reformen, obligatorische Arbeitergewerkschaften, die Schaffung eines Volkswirtschaftsrates, die Unabhängigkeit des Staates von den Geldmächten, Forderungen, die zum Teil heute, nach einem halben Jahrhundert, das politische Denken des deutschen Volkes noch immer beschäftigen.

Besonders schwer lastete auf der deutsch-österreichischen Bevölkerung der geistige Druck der politisierenden römischen Klerisei. Sie verleugnete oft ihre deutsche Abstammung bis zur Preisgabe des eigenen Volkstums. Dieser von Rom aus bestimmte Klerikalismus hatte am kaiserlichen Hofe seine Beichtväter, in Adelskreisen seine Jesuiten, in der Beamtenschaft seine Protektionskinder, im Bürgertum und in der Frauenwelt seine Leichtgläubigen, in der abgeschiedenen Gebirgswelt seine gefügigen Kapläne. In jeder Volksschicht gebrauchten die Werkzeuge kirchlicher Machtpolitik andere Lockmittel, sie gaben sich streng dynastisch und wieder radikal demokratisch, international und national, kapitalsfromm und proletarisch, judenfeindlich und judenfreundlich, belogen Städter und Bauern, schmeichelten den Arbeitern, predigten ewigen Frieden und besprengten Kanonen und Kriegsschiffe mit ihrem Weihwasser. Gegen den dauernd fortgesetzten Volksverrat der politisierenden römischen Klerisei glaubte Schönerer die einzige Hilfe in der Losung zu finden: **Los von Rom!** Seinem Aufrufe folgten über hunderttausend Deutsche, die aus der politisierenden Kirche austraten.

Eine Folge der völkischen Arbeit Schönerers, der für die Gründung von Studenten-, Turner-, Schul- und anderen Aufklärungs- und Schutzverbänden große persönliche Opfer brachte, war die *Radikalisierung aller deutschen Parteien*. Je weitgehender die nationalen Bedingungen der anderen für die Duldung der jeweiligen Regierungen und besonders die Bewilligung der „Staatsnotwendigkeiten" im Parlamente wurden, desto mehr mußten die geduldigsten Deutschen zur Überzeugung kommen, daß auch ihre Würfel nicht am grünen Tische der gemeinsamen Völkervertretung, sondern im eigenen Volke fallen würden. Der abgelebte Liberalismus fand in der deutschnationalen und christlichsozialen Bewegung kampflustige Überwinder. Seine hinterlassene Leibesfrucht war die jüdische internationale Sozialdemokratie, die im Zeichen des allgemeinen Wahlrechtes am 14. Mai 1907 einen jähen Aufschwung erlebte, aber schon nach einigen Jahren von den national gewordenen „Genossen" aller Völker — mit Ausnahme der deutschen — in einen Trümmerhaufen verwandelt wurde.

Adolf Hitler sagt in seinen Wiener Lebenserinnerungen über den Kampf der Alldeutschen Partei gegen das deutschfeindliche Habsburgertum: „*Sie hat zum erstenmal die Sonde an diesen faulen Staat gelegt und Hunderttausenden die Augen geöffnet. Es ist ihr Verdienst, den herrlichen Begriff der Vaterlandsliebe aus der Umarmung dieser traurigen Dynastie erlöst zu haben.*"

Anfänge der Gehilfenvereine.

Diese guten Ansätze einer nationalen und sozialen Volksbewegung, die auch den deutschen Arbeiter in seine Rechte gesetzt hätten, wurden durch persönliche Streitigkeiten der Führer, die ihre persönlichen Neigungen nicht zugunsten der großen deutschen Sache zu überwinden vermochten, zunichte.

So sah sich der deutsche Arbeiter wiederum auf sich selbst gestellt und mußte zur Selbsthilfe greifen.

Die Entstehung der deutsch-völkischen Arbeiterbewegung ergab sich aus dem Zusammenfluß zweier Quellen. Die ältere davon kam aus der Gefährdung der Existenz deutscher Handwerksgehilfen durch die Einwanderung von *Lohndrückern* aus den tschechischen Agrargebieten, die jüngere aus der *nationalpolitischen Erhebung*. War es der wirtschaftliche Niedergang des Handwerks überhaupt, daß es nur kärgliche Löhne zahlen konnte und daher vielfach von deutschen Lehrlingen gemieden wurde, war es die Sparsucht der Meister, die den Mitarbeiter unzulänglich bezahlte, gleichviel, man

*) Unter deutschnationaler Parteibewegung verstand man damals die völkische Bewegung Schönerers, die aber in keinerlei Zusammenhang mit der späteren Deutschnationalen Volkspartei im Reich steht.

konnte in den siebziger und achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts eine nationale Umschichtung in den deutschen Gewerben und Kleinindustrien, besonders Wiens und der Sudetenländer, beobachten. Je schwieriger sich die Konkurrenz mit der Maschine und der Übergang vom Gehilfen zum selbständigen Meister gestaltete, desto drückender wurde von den bodenständigen deutschen Gehilfen das Eindringen der Fremden in alle Werkstätten verspürt. Aus dieser unverkennbaren nationalwirtschaftlichen Notlage wurden die ersten Vereinigungen zur völkischen und sozialen Selbstwehr geboren.

Im Mai 1885 gründete sich ohne parteipolitische Anregung der „Deutsche Gesellenverein" in der südböhmischen Stadt Budweis, am 15. Dezember desselben Jahres der Deutsche Gehilfenverein in Reichenberg. Das Beispiel wirkte. Es folgten 1887 die Gründungen in Gablonz und Arnau, 1888 in Tetschen, Hohenelbe, Jungbuch und Mährisch-Trübau. Schon in diesen Anfängen berief der tatkräftige Reichenberger Verein für den 4. November 1888 den ersten deutschen Gehilfentag für Böhmen und Mähren nach Reichenberg ein. Diese bescheidene Tagung vor nahezu 50 Jahren wurde für die Erkenntnis der deutschen Arbeiterfrage von dauerndem Werte. Sie war von keiner politischen Partei besucht oder entfernt beeinflußt und trug daher rein sachlichen Charakter. Der Gehilfe M. Fleck schilderte die Lage folgendermaßen: „Die tschechischen Arbeiter werden bevorzugt, weil sie billiger arbeiten und sich, da sie gar keine Standesehre besitzen, die niederträchtigste Behandlung gefallen lassen. Die deutschen Gehilfen verlangen nichts Ungebührliches, sie wollen nur menschenwürdig existieren. Durch die tschechische Konkurrenz sind heute die Löhne derart herabgedrückt, daß weder Meister noch Gehilfe etwas verdienen können."

Der Gehilfentag beschloß die Gründung eines Zentralverbandes, die Herausgabe eines Fachblattes und die Einführung der Reiseunterstützung.

Dieser deutsche Gehilfentag 1888 in Reichenberg, der noch auf vereinsmäßiger Grundlage aufgebaut ist, wird die Keimzelle der späteren Deutschen Arbeiter-Partei. 1893 gründet der Mechanikergehilfe Franz Stein den politischen „Deutschnationalen Arbeiterbund", der seine Forderungen auf Grund des „Linzer Programms" formulierte und sich als Teilglied der alldeutschen Bewegung fühlte. In den folgenden Jahren gaben Vertretertage des „Verbandes deutscher Gehilfen- und Arbeitervereinigungen Österreichs", dessen Sitz Mährisch-Trübau war, sodann das Erscheinen der ersten nationalen Arbeiterzeitung „Der Hammer" und die deutsch-völkischen Arbeitertagungen in Böhmen, Mähren und in den Alpenländern der völkischen Arbeiterbewegung trotz aller Unterdrückung durch die Regierung und Bekämpfung durch die internationale Sozialdemokratie großen Auftrieb. Die Egerer Tagung 1899 stellte ein nach 25 Sätzen gegliedertes Forderungsprogramm auf und erklärte sich als Glied der von Schönerer gegründeten **Alldeutschen Partei**. Im besonderen wurden folgende Grundsätze aufgestellt:

Die Gesamtheit des Volkes ist verpflichtet, jedem einzelnen ehrlich arbeitenden Volksgenossen ein menschenwürdiges Dasein, gebührenden Anteil an dem Ertrage der nationalen Arbeit und den Mitgenuß der idealen Güter unserer Kultur zu sichern; daher fordern wir:

1. die Wahrung der Freiheit und Ehre der Arbeit und die rechtliche und tatsächliche Anerkennung der Stellung des Arbeiters als eines gleichberechtigten Teiles beim Abschlusse des Arbeitsvertrages; volle und unbeschränkte Koalitionsfreiheit;
2. die Anerkennung des Rechtes auf Arbeit; im Falle der Arbeitslosigkeit oder in jenem der Arbeitsunfähigkeit Gewährung des entsprechenden Unterhaltes;
3. die Sicherung gebührender Entlohnung der Arbeit;
4. die Sicherung des Arbeiters gegen die Gefährdung seines Lebens und seiner Gesundheit;
5. ausreichende Vorkehrungen zur Durchführung aller Maßnahmen, welche zur Erreichung dieser Ziele erforderlich sind.

Ein selbstmörderischer Zwist in der Schönerer-Partei vernichtete viele glänzende Ansätze zu einer großen deutschen Arbeiterbewegung und machte dafür leider die Kräfte frei für die Bildung von Standesvertretungen zunächst auf gewerkschaftlicher Grundlage. 1901 wurde der Gewerkverein deutscher Berg- und Hüttenarbeiter Österreichs gegründet, 1903 der Gau Österreich des D.H.V. (Deutscher Handlungsgehilfen-Verband) und die Gewerkschaft der deutschen Eisenbahner als „Deutscher Rechtsschutz- und Gewerkverein für Österreich" (später Reichsbund deutscher Eisenbahner). Weitere völkische Gewerkschaften der Kellner, Bauarbeiter, Gürtler, Bäcker usw. folgten.

Das erste Gebot des deutschen Arbeitertums war die Erhaltung der kulturellen Geschlossenheit des ganzen bodenständigen Volkes in seinen Lebensansprüchen. Kam diese feste Grundlage ins Wanken, so hing jeglicher wirtschaftliche Fortschritt des Arbeitnehmers in der Luft. Die Abwehr der völkischen Gewerkschaft richtete sich demzufolge in Kontrolle, in öffentlicher Kritik, in dem Aufruf der Öffentlichkeit, ja in wiederholten Ausständen gegen Unternehmer und Aktiengesellschaften, denen fremde Arbeitskräfte, die hilflos und isoliert in der neuen Umgebung dastanden, lieber waren als tüchtigere und vielleicht etwas teuerere Volksgenossen. Es zeigte sich dann allgemein, daß

die Rechnung des Spekulationskapitals mit verbilligten willfährigen Arbeitskräften auf Täuschung fußte. Wohl gaben sich die herangelockten Slawen vorerst mit Lohn und Diktat unter den entwürdigendsten Verhältnissen zufrieden. Bald verwandelte sich indessen die Unterwürfigkeit in stürmische Lohn-, Sprachen-, Schul- und Wohnungsforderungen der durch Nachzügler verstärkten Fremdenkolonien. Nach einem Jahrzehnt oder früher schon verursachten die Einwanderer dem Unternehmen und der ursprünglich rein deutschen Ortsgemeinde höhere Ausgaben als die inzwischen zerstreute oder mit Unlust erfüllte deutsche Arbeiterschaft aus der Gründungszeit. Aber dem verblendeten Industriekapital war mit solchen Überlegungen, völkischen Bitten und Beschwerden kaum in den seltensten Fällen beizukommen. Der nationalbewußte Arbeiter kämpfte hier allein für seine Familie und die Zukunft des Volksganzen.

Zur nationalen Entwicklung der deutschen Industrie Österreichs stellte der „Deutsche Gewerkschaftsführer" folgende Betrachtungen an: „Dem bestehenden oder eingebildeten Interesse an der ‚billigen' slawischen Arbeitskraft ist ein anderes Interesse entgegenzustellen. Es läßt sich nicht erfinden, konstruieren oder beschließen, sondern muß als lebendige Kraft im wirtschaftlichen Leben gegeben und durch Organisation befähigt sein, der ungeheuren Gewalt des Kapitals bei seinem Slawisierungswerke in den Arm zu fallen. Wir haben in der österreichischen Industrie der Sudeten- und Alpenländer 20569 Industrie-Betriebe, davon 17317 oder 84 vom Hundert in ‚deutschen' Händen. In der deutschen Großindustrie, im deutschen Großhandel und Verkehr waren schon im Jahre 1900 über 700000 nichtdeutsche Arbeitnehmer beschäftigt, die rund 1900000 selbstverständlich nichtdeutsche Angehörige erhielten. Mag ein großer Teil des deutschen Industriebesitzes in den Lebensräumen anderer Völker gelegen haben, so ging die Zahl nichtdeutscher Arbeiter in gemischten und rein deutschen Städten und Bezirken doch in die Hunderttausende. Sehr schwer traf auch die Beschäftigung von 100000 Fremden durch das deutsche Gewerbe den Volksbestand. Denn der Standort dieser mehr volkstümlichen Erwerbszweige befand sich nur in seltenen Einzelfällen jenseits der deutschen Sprachgrenzen. Gäbe es nun keine Kraft, welche aus Selbsterhaltungstrieben den Verwüstungen des Kapitalismus im Deutschtum Schranken setzte, dann hätten wir nur die Jahre und Monate zu zählen, bis unsere Industrie von einer Mehrheit slawischer Arbeiter bedient würde. Was unterdessen aus der deutschen Heimat geworden sein müßte, das braucht erst nicht gesagt zu sein." Der Fremde kam unter diesen gegebenen Verhältnissen schrittweise vorwärts, der gastfreundliche Deutsche abwärts. In der deutschen Arbeiterwelt nahm die unsichtbar schleichende Slawisierung den Anfang. Die völkische Berufsorganisation legte als untrügliche Sonde das feinste Geäder der Entdeutschung bloß und ermöglichte so die rechtzeitige Bekämpfung der schwersten Gefahr, die dem überwiegend gewerblich-industriellen Deutschtum von innen heraus mit langsamer Zerstörung drohte. Zudem bewährte sich der völkische Berufswächter gegenüber dem untätigen Staate und der zersetzenden Internationale auch als Erwecker und Erzieher zur eigenen Kulturgemeinschaft.

Überall, wo deutsches Arbeitsvolk in der Welt ohne staatliche Rückendeckung in das Berufs- und Wirtschaftsleben einzugreifen hatte, bildete der völkische Gewerkschaftsgedanke für den Erhalt, die Widerstandsfähigkeit und den sozialen Frieden der Volksgemeinschaft eine feste Stütze. Es war ein Zeichen gesunden Willens, daß die deutschfühlenden Arbeiter der Sudeten- und Alpenländer trotz aller Enttäuschungen mit ihrem Bürgertum, dem Staate und verhetzten Werksgenossen den harten Aufbau nationaler Gewerkschaften auf sich nahmen. Dem einzelnen Kämpfer war einleuchtend, daß mit den Gründungen heftige Widerstände auf allen Seiten hervorgerufen und zahlreiche Existenzen als Opfer fallen würden.

Im „Deutschen Arbeiter" eröffnete 1901 der Verfasser dieser Arbeit mit einer Aufsatzreihe die Werbung. Er schlug als Übergang zu reinen Fachverbänden örtliche Fachgruppen in den allgemeinen Vereinen vor, ferner die Umwandlung des Mährisch-Trübauer Gesamtverbandes der völkischen Arbeitervereine Österreichs in eine zentrale Vereinigung gewerkschaftlich eingerichteter Arbeitervereine und deutscher Berufsverbände. Zwei Broschüren aus seiner Feder traten für die Schaffung eigener Gewerkschaften ein. Das bedeutete ein wagemutiges Beginnen, denn die internationalen Gewerkschaften der Sozialdemokratie hielten zur Zeit rund 100000 Arbeiter unter ihren roten Fahnen und streikten jede schwächere andersgesinnte Vereinigung gleich bei ihrem Erscheinen im Betriebe zu Tode.



Deutsche Arbeiterpartei

Um die Jahrhundertwende konnte im alten Österreich von einer gesellschaftlichen und politischen Gleichberechtigung der besitzlosen arbeitenden Staatsbürger keine Rede sein. Im Deutschen Reiche hatte Bismarck 1871 das allgemeine Stimmrecht in die neue Verfassung eingebaut, der frühere deutsche Bundesstaat Österreich aber hielt weiterhin durch mehr als dreißig Jahre an empörenden Wahlprivilegien starrsinnig fest. Ein Abgeordneter zum Reichsrate entfiel auf 64 Großgrundbesitzer, 27 Handelskammerräte, 4246 städtische und 13190 bäuerliche direkte Steuerzahler, auf 70000 Besitzlose in einer Kurie, der zum Überfluß auch alle privilegierten Wähler mit einem zweiten Stimmzettel als ungebetene Gäste angehörten. In den

siebzehn Landtagen der österreichischen Reichshälfte standen die Dinge noch schlimmer. Dem böhmischen Landtage gehörten 4 katholische Bischöfe, 2 Universitätsrektoren, 70 Abgeordnete des meist adeligen und kirchlichen Großgrundbesitzes, 15 Vertreter der Handelskammern, 87 städtische und 79 ländliche Abgeordnete an. In den Landtagen wie in den Städten und Industriegemeinden ging die weit überwiegende Mehrheit der Arbeiter vollständig leer aus, weil sie keine direkten Steuern, sondern nur die Verbrauchssteuern mit den täglichen Einkaufspreisen bezahlte. Dafür konnte der Arbeiter aus dem Gesamterträgnis der Staatseinnahmen herauslesen, daß die direkten Steuern der politisch Bevorzugten jährlich rund 300 Millionen Kronen, die indirekten Konsum- und Zollsteuern der Masse rund 800 Millionen Kronen dem Staatssäckel eintrugen.

Nicht besser verhielt sich die bürgerliche Gesellschaft, die unter dem Schutze des Kaiseradlers den Staat, die Armee und die Wirtschaft beherrschte. Abkunft und das höhere Schulzeugnis galten alles, gemeinnützige Arbeit, Tüchtigkeit und Lebenserfahrung nicht viel. Klassenhochmut forderte Klassenhaß heraus. Die in Wahlzeiten als zweites Wort des bürgerlichen Wahlwerbers gebrauchte „Arbeiterfreundlichkeit", die dümmste Grimasse der Selbstüberhebung, lockte den Entrechteten über die Abgründe sozialer Unterscheidung nicht herüber. Nicht wirtschaftlicher Neid trieb den gedrückten Arbeiter in anhaltende Gegensätze zu dem oft unwesentlich besser gestellten Handwerksmeister, den kleinen Kaufmann oder Industriellen, vielmehr beleidigte eine immer fühlbare mindere Achtung seitens der bürgerlichen Kreise sein überaus empfindliches Rechtlichkeitsbewußtsein. In keinem Volke entfremdeten sich die Gebildeten und Besitzenden so weit von der Denkweise und dem einfachen Gemütsleben der sogenannten unteren Schichten wie im deutschen. Der lauernde Jude erspähte daher bald, wo er den Hebel der Massenbetörung für seine Macht und sein Geschäft anzusetzen hatte.

Die politische Gleichstellung aller Staatsbürger durch die Verleihung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes bedeutete den Abschied von der legendären deutschen Vormacht in Österreich. Zehn Millionen Deutsche konnten jetzt selbstredend die siebzehn Millionen Slawen und eine Million Romanen weder beherrschen noch verfassungsgemäß bestimmend weiterführen. Ein internationaler Arbeiterstaat hingegen behauptete sich nicht einmal als graue Theorie sozialdemokratischer Literaten und hielt als geschäftskundige Phrase die Organisation ihrer österreichischen Gesamtpartei kaum ein paar Jahre zusammen. Die deutsche Politik mußte sich vor den unabänderlichen Tatsachen der europäischen Entwicklung zur Umkehr entschließen, sich in Staat, Wirtschaft und Kultur nur auf die eigenen Kräfte zurückziehen. Wie einst die wirren Träume eines römisch-deutschen Imperiums, die Kreuzzüge und die zerfleischenden Kriege wegen der Auslegung jüdischer Religionsbücher die deutsche Nation bis an die Wurzel im Bestand gefährdeten und schließlich als furchtbare Täuschungen preisgegeben werden mußten, waren auch die jahrhundertelang gebrachten Opfer im Habsburgerreich für seine nicht mehr gegebene Sendung nach dem Süd-Osten endgültig einzustellen. Eine nationalpolitische Einheitsfront der Deutschen Österreichs scheiterte zunächst an deren räumlich und sozial verschiedenartigen Lebensinteressen. In der Millionenmasse deutscher Arbeiter fand die obrigkeitsfromme, matte Politik des Bürgertums, des bisherigen Wortführers nationaler Hoffnungen, keinen Anklang mehr, und man sehnte sowohl in der Wahrung der volklichen Grundrechte wie in wirtschaftlicher Hinsicht einen radikalen Kurs herbei. Das Beispiel slawischer Erfolge wirkte einleuchtend. Darin lag ja die drückendste Belastung für das werktätige und leistungsfähige deutsche Arbeitsvolk.

Nach der Auflösung der alldeutschen Partei richtete sich der gesunde deutsche Arbeitergedanke auch politisch wieder auf. In einer Entschließung der Arbeitervereine zu Saaz 1902 wurden noch auf „die Schaffung einer großen alldeutschen Partei" zur Durchsetzung der wirtschaftlichen, völkischen und politischen Forderungen der Arbeiterschaft größte Hoffnungen gesetzt. Aber eine gemeinsame völkische Bürger- und Arbeiterpartei kam im alten Österreich nicht mehr zustande.

Der Saazer Tagung folgte am 8. Dezember 1902 in Reichenberg eine weitere, auf der Bergarbeiter Franz Hackel die Ursachen besprach, die zur Gründung einer eigenen Deutschen Arbeiterpartei führen müßten. Nach langem Für und Wider beschloß die Reichskonferenz: „Die heute versammelten Vertreter der deutschnationalen Arbeiterschaft Österreichs erkennen die Notwendigkeit einer freien, selbständigen Organisation und erklären, sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen keiner der politischen Parteien anzuschließen." Die Forderung nach einer staatlichen Alters- und Invaliditätsversicherung, das Vereinigungsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter und andere Fragen beschäftigten weiterhin die Tagung. An der Geschlossenheit der Bewegung scheiterten alle Versuche von rechts und links, in ihren Kreisen parteimäßige Gefolgschaft und Anhang zu werben. In den Alpen- und Sudetenländern reifte der Wille zur Arbeiterpartei, ohne daß man sich über die geringe Zahl geschulter Redner, den Mangel an Geld und Zeitungen, den zu erwartenden Vernichtungskrieg der Sozialdemokratie, die Gehässigkeit bürgerlicher Angriffe u. dgl. im unklaren geblieben wäre.

Am 15. November 1903 fand in Aussig eine neue Reichstagung statt, die restlose Klarheit

schaffte. Am 14. und 15. August 1904 trat zu Trautenau der erste ordentliche Parteitag zusammen. Das einstimmig genehmigte Parteiprogramm erklärte in seinem grundsätzlichen Teil:

„Die Deutsche Arbeiterpartei erstrebt die Hebung und Befreiung der arbeitenden deutschen Volksschichten aus dem Zustande ihrer heutigen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Unterdrückung. Sie geht hierbei von der Überzeugung aus, daß der Arbeiter nur innerhalb der natürlichen Grenzen seines Volkstums sich gegenüber den übrigen Volksklassen der Kulturgemeinschaft zur vollen Geltung seiner Arbeit und Intelligenz emporringen kann. Wir verwerfen die internationale Organisation, weil sie den vorgeschrittenen Arbeiter durch den niedriger stehenden erdrückt und vollends in Österreich jeden wirklichen Fortschritt der deutschen Arbeiterklasse unterbinden muß. Wir bilden keine engherzige Klassenpartei. Die Deutsche Arbeiterpartei vertritt die Interessen aller ehrlichen produktiven Arbeit überhaupt und strebt die gänzliche Beseitigung aller Mißverhältnisse und die Herbeiführung gerechter Zustände auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens an. Wir sind eine freiheitliche nationale Partei, welche mit aller Schärfe die reaktionären Bestrebungen, die feudalen, klerikalen und kapitalistischen Vorrechte sowie jeden fremdvölkischen Einfluß bekämpft. Die Geltendmachung von Arbeit und Wissen in Staat und Gesellschaft ist das Ziel, die wirtschaftliche und politische Organisation des arbeitenden deutschen Volkes das Mittel zur Erreichung dieses Zieles der Deutschen Arbeiterpartei."

Die staatspolitischen, nationalen, freiheitlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Forderungen deckten sich natürlich oft mit den im Linzer und Egerer Programm niedergelegten Forderungen der nationalen Gesamtbewegung. Das Programm vermied rein theoretische Auseinandersetzungen und zeigte in eindeutiger Fassung den Willen und Weg zu einer neuen sittlichen Volksordnung und einem Staat als Mittel zum Schutze aller guten Kräfte des Deutschtums. In der naturgegebenen volkseigenen Kultur sollte sich Arbeit und Wissen entfalten. Jedem Volksgenossen sei für Gemeinschaftsarbeit die persönliche Wertung zu sichern. Der private Kapitalismus dürfe das Gemeinwohl nicht schädigen. Das freie Wahlrecht, durchgreifende politische Selbstverwaltung, nationale Abgrenzung der Völkergebiete, Zollgemeinschaft Österreich-Deutschland u. a. waren Forderungen jener Zeit, doch blieben Bodenreform, die schärfere Besteuerung des Renteneinkommens, ein wahrhaft völkisches Schulwesen, ein Volksheer u. a. Forderungen bis in die Gegenwart hinein.

Den sehr zaghaften und biegsamen Gelegenheitskundgebungen der deutschbürgerlichen Politik im alten Österreich widersprach hier der aufstrebende Geist der zahlenmäßigen Volksmehrheit und unverdorbenen Kraft der deutschen Arbeiter. Sie trugen den Glauben im Herzen, wenn auch nur Rufer in einer müden Epoche, so doch Wegbereiter einer herannahenden kampfesfreudigeren zu sein.

Die bürgerliche Presse, mochte sie noch so nationale Töne pflegen, lehnte in spießerhafter Verbohrtheit die Deutsche Arbeiterpartei stillschweigend ab. So mußten sich deren Apostel mit bescheidensten Kräften und Mitteln durchschlagen. Der Vorsitzende Wilhelm Prediger, aus der Glasarbeiterschaft des deutschböhmischen Isergebirges stammend, eilte als volkstümlicher Redner in Versammlungen durch alle Gaue Deutsch-Österreichs In sämtlichen Organisationen deutschfühlender Arbeiter und Angestellter weckte die neue Botschaft das erschütterte Selbstvertrauen. Bezirks- und Landeskonferenzen unterrichteten die Getreuen und wehrten Angriffe von allen Seiten ab. Im November 1904 übernahm Hans Knirsch die Hauptgeschäftsstelle der Partei in Aussig.

Ein Jahr nach Trautenau geriet die Partei in den ersten Wahlkampf. Es war eine harte Probe aufs Exempel. In einem der industriereichsten Gebiete Österreichs, dem Sitze ältester sozialdemokratischer Organisationen seit den Zeiten Lassalles, mußte sich der Führer der Deutschen Arbeiterpartei dem jüdischen Führer der österreichischen Sozialdemokratie Dr. Viktor Adler zum Kampfe stellen. Es handelte sich um das Reichsratsmandat in dem Riesenwahlkreis Reichenberg, Friedland, Warnsdorf, Rumburg, Kamnitz, Steinschönau, Haida usf. Prediger stand ohne eine verbreitete Zeitung, ohne Geld und mangels freigestellter Kräfte mit nur zwei, drei Parteigenossen als Hilfsrednern allein im Kampfe. Der Wahlgang am 18. Oktober 1905 bot sehr bemerkenswerte Aufschlüsse. Von 90000 Wahlberechtigten gingen nur 49000 zur Urne. Das Bürgertum blieb mit seinen Stimmzetteln und fragwürdigen nationalen Sorgen zu Hause! Gewählt wurde Dr. Adler mit 30000 Stimmen. Prediger erreichte 14000 und hielt in den kaum 20 Arbeitergemeinden, wo bereits Parteigliederungen bestanden, dem Gegner überall die Waage. Zwei Tatsachen lagen zutage: die ehrende Ablehnung der Deutschen Arbeiterpartei durch den feigen Liberalismus, der sich in seinen politischen Privilegien geborgen wähnte, und die Werbekraft ihres Programms in der Industriearbeiterschaft. Nur im Zeichen der neuen nationalen und sozialen Gedanken sollte sich die Erhebung des deutschen Volkes vollziehen. Dieser erste Wahlkampf der Partei war zugleich der letzte in der „fünften Kurie" des alten Österreich. Das gleiche Wahlrecht rückte heran.

Volkbewußtes Arbeitertum

„Die völkische Gewerkschaftsbewegung", schrieb der „Deutsche Eisenbahner" im Februar 1904, „ist eine Kulturbewegung. Sie will die großen Massen des Volkes auf eine höhere Stufe der sozialen Existenz erheben. Millionen sollen Anteil bekommen an den reichen Gütern des Lebens und sich durch eigene Kraft zu Licht und Luft emporringen. „Die Futterfrage ist die erste, aber nicht auch die letzte ... Wenn sich die Organisation darauf beschränken würde, nur um die Vorteile bei Lohn und Arbeitszeit zu streiten, wenn sie Pflichtbewußtsein, Disziplin, Begeisterung, kurz, ihr ganzes sittliches Programm über Bord werfen würde, dann könnte man am Papier vielleicht ein Zusammengehen aller Hungrigen verlangen, die Gewerkschaft würde disziplinlose und untereinander interesselose Scharen anführen, es wäre der Traum des Weltproletariats, der Traum der internationalen Sozialdemokratie. Wir aber träumen nicht und sehen die Welt mit offenen Augen." Kein Zweifel, für den Zukunftsstaat der Sozialdemokratie waren die aufstrebenden nationalen Gewerkschaften nicht zu haben. Ihre positive Arbeit dagegen festigte das Vertrauen der Berufsgenossen. Unverdrossen und nicht fruchtlos bemühten sich brave deutsche Arbeiter ohne Anspruch auf äußerliche Anerkennung und Parteiversorgung um die gewerkschaftliche Erziehung und Kulturarbeit. Am 29. April 1906 hielten die Verbände in Leitmeritz eine Beratung ab, die der Bewegung vier Leitsätze gab, in denen streng nationalwirtschaftliche, unkonfessionelle, gegen den Bürgerkrieg und internationale Ideologie gerichtete Programmforderungen das sozialpolitische Ringen formulierten.

Gleiches Wahlrecht.

Länderweise Parteigliederung.

Die weitere Entwicklung brachte im Jahre 1906 die Erfüllung der schon in Satz 7 des Linzer Programms von Schönerer aufgestellten Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes, das auch die Sozialdemokratie verlangt hatte. Mächtig schoß eine rote Springflut gen Himmel und stürzte jählings ins Meer der Enttäuschung zurück. Das war die Geschichte des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes in Österreich. Zwei Faktoren vor allem versprachen sich von dieser überfälligen Reform einen Wundersegen: die Sozialdemokratie einen fabelhaften Machtzuwachs, der alte Kaiser die Überwindung der nationalen Kämpfe, friedfertige wirtschaftliche Arbeit und neues Interesse der unzufriedenen Völker für das sieche Reich. Tausende Volksversammlungen und Demonstrationen hörten das sichere Versprechen der Internationale, daß mit der Beseitigung der politischen Vorrechte und der Einführung einer wahren Volksvertretung ein sonnigeres Zeitalter der Arbeiter „aller Zungen" beginnen werde. Die Paladine Habsburgs hofften, in dem von Kossuths Rebellengeist widerhallenden Ungarn den Übermut des magyarischen Staatsvolkes durch Entfesselung der dort unterdrückten Deutschen, Slowaken und Rumänen zu bezwingen, in der österreichischen Reichshälfte hingegen die auseinanderstrebenden Völkerschaften für immer an die schwarzgelbe Kette der Dynastie zu legen. Sonderbare Rechnungen, in der Tat!

In Mähren war am 27. November 1905 eine für die Völkerkämpfe Österreichs grundsätzliche Neuerung, der Nationalkataster, mit der Landtagswahlordnung Gesetz geworden. Er verpflichtete jeden Wähler zum Bekenntnis seiner Volkszugehörigkeit. In der städtischen, der ländlichen und der allgemeinen Wählerklasse konnte nunmehr jede Nationalität unbehelligt von der anderen abstimmen. Nur die Kurie des Großgrundbesitzes blieb national gemischt.

Der 14. Mai 1907 war der erste Wahltag. Als Gesamtertrag der Wahlen buchte die rote Internationale 87 Mandate, davon 50 deutsche, 24 tschechische, 6 polnische, 5 italienische und 2 ukrainische. Ein zwölfköpfiger Vorstand sollte diese bunte Gesellschaft im Parlamente führen. Die österreichische Sozialdemokratie stand auf dem höchsten Punkte ihrer Geschichte. In dem überaus heftigen Wettkampfe um die Macht erhielten die Stimmenzähler der Deutschen Arbeiterpartei ohne genügende Werbung immerhin einige tausend Stimmen. Nach dem Abflauen der Wahlstimmung setzten die keineswegs entmutigten nationalen Arbeiter in den Ländern ihre organisatorische Arbeit fort. Der Übergang von der zentralistischen Reichspartei, die sozusagen von oben her in alle Gaue eindringen sollte, zu dem Aufbau von unten her war für die Bewegung sichtlich von Vorteil. Arbeitervereine, Gewerkschaften und politische Gruppen schufen sich in Gauen und Ländern gemeinsame Arbeitsstellen und sehr notwendige Zeitungen.

Die Lebenskraft des deutschen Arbeiterprogramms hatte sich schließlich so weit durchgesetzt, daß den Länderorganisationen wieder eine zentrale Führung gegeben werden mußte. Dazu kam der Anschluß der politisch obdachlos gewordenen Angestellten und Beamten, für deren soziale Bestrebungen die verkapselten bürgerlichen Parteien unzulänglich und lässig geworden waren. Der Eisenbahnassistent Ferdinand Ertl, Vorsitzender der nationalen Eisenbahnergewerkschaft, warf im Oktober 1909 in einer Broschüre die politische Organisationsfrage der Beamten auf und stellte fest, daß die von den Angestellten als Folgewirkung des gleichen Wahlrechtes erhoffte Sozialisierung und Demokratisierung der bestehenden bürgerlichen Fraktionen nicht eingetreten sei.

Verschiedene Kritiken der gegnerischen Presse veranlaßten die Reichsparteileitung am 11. Dezember 1910 zu folgender Erklärung: „Eine Partei, welche sich Arbeiterpartei nennt, hat naturgemäß

die Arbeitnehmerschaft, die Arbeiterklasse, politisch zu vertreten. Wir verwerfen jedoch den Standpunkt der Sozialdemokratie, die den Klassenhaß gegen andere Gesellschaftsschichten lehrt, welche für sich selbst nur das gleiche Recht wie wir in Anspruch nehmen. Für die wirtschaftlichen und politischen Interessen der anderen Klassen des deutschen Volkes tritt unsere Partei nur insoweit ein, als diese mit den Interessen der Arbeiterschaft nicht in Widerspruch stehen. Mitglied der Partei kann natürlich jeder Deutsche sein, der sich ausschließlich zu den Grundsätzen der Deutschen Arbeiterpartei bekennt. Wir verweisen darauf, daß die Betonung des Klassenstandpunktes nur die Folgerung aus dem Bestreben ist, die politische Vertretung nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen der aus Arbeitnehmern bestehenden Mehrheit des deutschen Volkes einzurichten. Als eine nationale und freiheitliche Partei erachten wir ein enges Zusammenarbeiten mit den übrigen deutschfreiheitlichen Parteien in rein völkischen und freiheitlichen Belangen als im Lebensinteresse unseres schwer bedrohten Volkes in Österreich gelegen."

Wirtschaftliche Arbeit.

Noch aus den Anfängen der Bewegung her lebten etwa 150 deutsche Arbeiterbildungs- und Unterstützungsvereine in ganz Österreich fort und durften zumeist auf schöne Leistungen in ihrem engen Wirkungskreise verweisen. Diese brauchbaren Unterlagen für die gewerkschaftliche Zukunft herzurichten und zu erhalten, war Sinn und Zweck von Gau- oder Landesverbänden, die in den Jahren 1907/08 geschaffen und mit den zentralen Berufsverbänden durch eine Zentralstelle in Wien verbunden wurden. Spitzenorganisation dieser Verbände und der Gewerkschaften war die „Zentralkommission deutscher Arbeitnehmervereinigungen Österreichs".

Unaufhaltsam trotz Wirtschaftskrisen, monopolartigen Sperren von Werkstätten und Fabriken durch Tarifabkommen der roten Parteigewerkschaften, offenem Terror und anderen Hemmungen vollzog sich die Stärkung der nationalen Gewerkschaften. Ende Juni 1907 fand in Gegenwart von neun Abgeordneten verschiedener deutschfreiheitlicher Parteien in Wien die Jahresversammlung des Reichsbundes deutscher Eisenbahner statt. In 81 Ortsgruppen zählte man 7500 Mitglieder.

Auch der deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband hielt andauernd die aufsteigende Linie. Von 1906 bis 1910 vergrößerte sich das Ortsgruppennetz von 61 auf 141, der Mitgliederstand von 3169 auf 7982. Zähe Standesarbeit bemühte sich um die Verbesserung der Pensionsversicherung, das Ladenschluß- und das Handlungsgehilfengesetz, den Abschluß kollektiver Verträge u. a. m. Der Berufsausbildung dienten 71 Lehrgänge.

Jude – Arbeiter und Volkstum

Es gab auch in der Sozialdemokratie vereinzelt bodenständige Führer und Geführte, die in einem Zerfall des gesamtdeutschen Kulturwillens, der doch ein wirkliches Lebensbedürfnis jedes deutschen Arbeitsmenschen, die einzige Ausrüstung seiner Kinder im Ringen um Brot, Recht und Zukunft im Vaterlande und in aller Welt bedeutet, ein Unglück und ein Verbrechen erkannten. Bestenfalls beschränkten sich aber diese Leute darauf, ein rein persönliches, ohnehin vorhandenes Volksbewußtsein des Arbeiters zuzugestehen, lehnten aber innerhalb der Arbeiterbewegung den nationalwirtschaftlichen Standpunkt gegenüber fremdvölkischem Lohndruck und das nationale Zusammenwirken mit Bauern und Bürgern rundweg ab. Der ganze Jammer einer solchen auchnationalen Einstellung sprach aus dem Geständnisse des Wiener sozialdemokratischen Führers Pernerstorfer in den „Sozialistischen Monatsheften", wo er folgende Klage erhob: „Unsere italienische Partei in Südösterreich hat einen starken italienisch-nationalen Einschlag, unsere polnische Partei unter der Führung unseres prächtigen Daszynski, unsere tschechische, slowenische Partei sind alle gut national, auch wir deutschen Sozialdemokraten in Österreich dürfen nicht nur, wir müssen uns als gute Deutsche bekennen. Der Sozialismus und der nationale Gedanke sind nicht nur keine Widersprüche, sie gehören notwendig zusammen. Der Sozialismus soll der Menschheit nicht nur die gesicherte materielle Existenz bringen. Jede Kultur aber ist national. Der Sozialismus lehnt es ab, etwa aus hungernden Herdentieren satte Herdentiere machen zu wollen. Er will den freien und selbstbewußten Menschen schaffen. Und da die Menschheit nur in nationalen Formen lebt, muß er naturgemäß die freien, selbständigen und selbstbewußten Nationen wollen. Vor fünfzig Jahren hat man noch geglaubt, der Weltverkehr werde die Nationen verwischen: das Umgekehrte ist eingetreten. Wir leben in einer Zeit starken nationalen Empfindens."[1])

Wahre Worte ohne Folgerung. Wo aber lagen die Hindernisse einer nationalen Organisation und Betätigung, wie sie bei allen anderssprachigen Genossen schon vor der nationalpolitischen Zerstückelung der Internationale Österreichs im Jahre 1897 festzustellen war? Sie bestanden, wie bereits hervorgehoben, einmal in dem schwächer entwickelten Volksbewußtsein der Deutschen überhaupt, dem völkischen Versagen der beispielgebenden deutschen Gebildeten und des Bürgertums und vielleicht am entscheidendsten in dem überragenden Einfluß der überall an der Spitze stehenden jüdischen Führer, Werber und Zeitungsleiter. Wir finden zum Beispiel unter den Abgeordneten deutsch-österreichischer Wahlbezirke die Namen Dr. Adler, Dr. Ellenbogen, Dr. Schacherl, Dr. Verkauf, Auster-

[1]) Heft 8, August 1905.



„Der Schönerer kommt!" Spottbild aus dem Jahre 1888 auf das jüdische „Neue Wiener Tageblatt", dessen Redakteure Ritter von Schönerer wegen der falschen Todesnachricht Kaiser Wilhelms I., züchtigte (Siehe Sch. Br. 5/37.)

Von der Judengasse (oben) zum Warenhauspalast

Wo immer ich ging, sah ich Juden!

Der Führer in Wien 1909-1910

A Aufn.: Dr. Stoedtner (2)

Jüdisches Warenhaus Gerngroß in Wien



Links:
Deutsche Studenten kämpfen um eine deutsche Hochschule in Wien · Zeichnung von Gauße

Rechts:
Polizei unterdrückt im Reichstag den Protest gegen die deutsche Sprachentrechtung Badenis (25. Novemb. 1897)

Aufnahmen: Scherl (4), Histor. Bilderdienst (4)

Unten:
500 Polizisten gegen volkstreue Deutsche (1909 in Wien-Simmering)



Erst heute ... versteht man in größerem
zu müssen. Nun vermag auch vielleic
tums aus der alten Ostmark des Reich
jahrhundertelang das Reich erst nach O
Kleinkrieg die deutsche Sprachgrenze zu
für Kolonien interessierte, aber nicht für







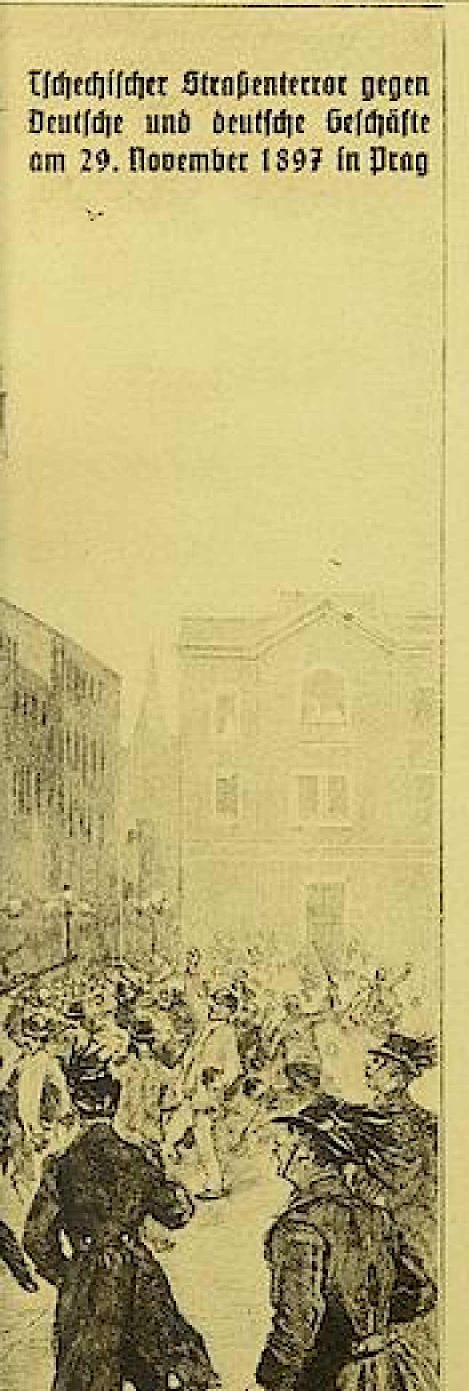
Bosnische Infanterie räumt den Platz vor dem Rathaus in Wien (17. Sept. 1911).



s heißt, für sein Volkstum kämpfen
er andere die Größe des Deutsch-
das, nur auf sich selbst gestellt,
te, um endlich in zermürbendem
ner Zeit, da das Reich sich wohl
eisch und Blut vor seinen Türen.

er Führer, in „Mein Kampf" (Seite 9)

Tschechischer Straßenterror gegen Deutsche und deutsche Geschäfte am 29. November 1897 in Prag





Deutsche gegen den Zionistenkongreß in Wien (Sept. 1925)

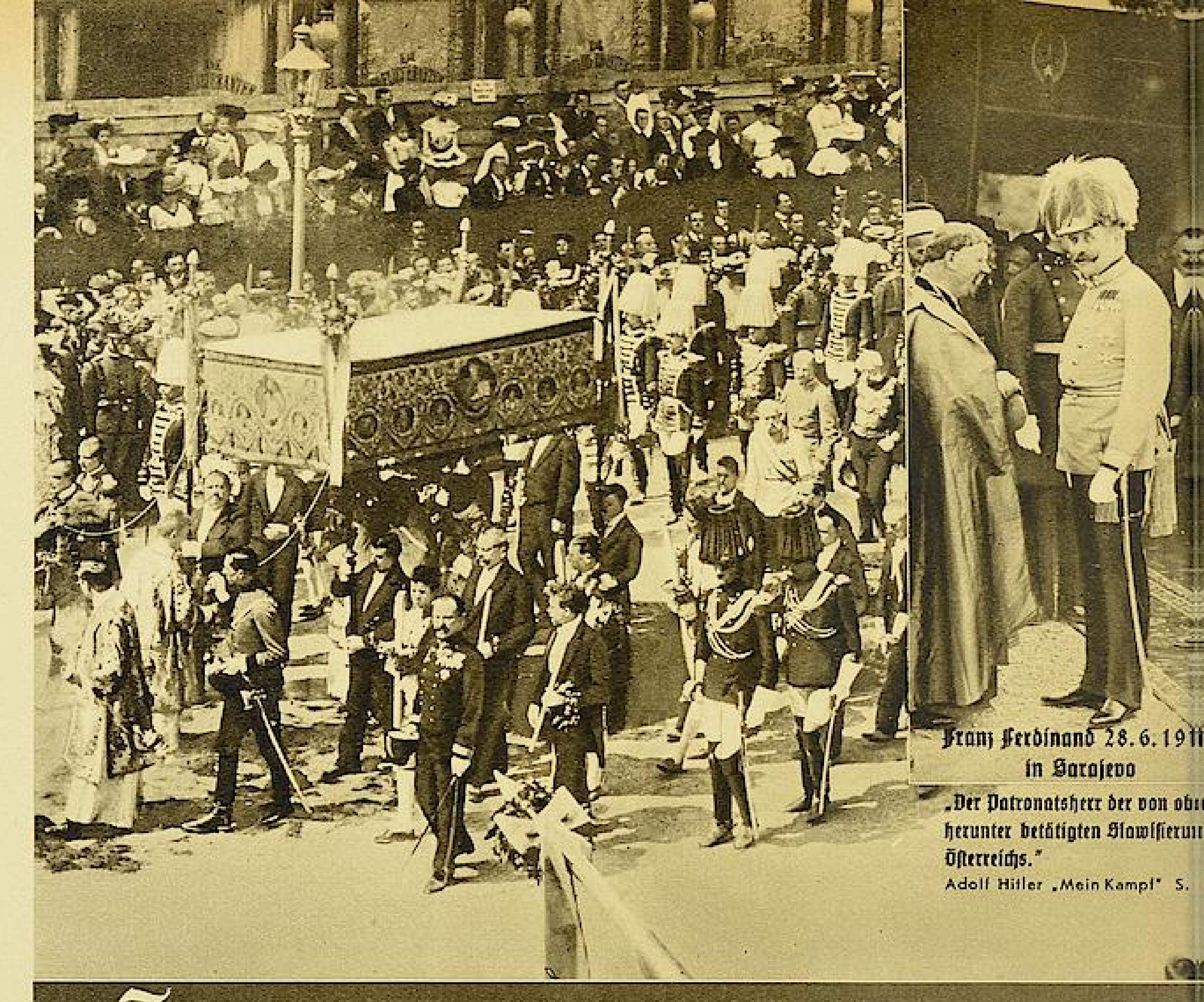


Moskaus Signal: Brandstiftung im Justizpalast in Wien am 15. Juli 1927



Heim zum Reich! Gewaltige Anschlußkundgebung auf dem Heldenplatz in Wien 1927

Eine Dynastie, die die Belange des deutschen Volkes immer wieder verriet



„Franz der Kaiser" im Gefolge der wahren Herrscher Österreichs (1830–1916)

Franz Ferdinand 28. 6. 191
in Sarajevo

„Der Patronatsherr der von obe
herunter betätigten Slawisierun
Österreichs."
Adolf Hitler „Mein Kampf" S.

Sobald das Haus Habsburg sich endgültig entschlossen hatte, Österreich zu einem slawischen Staat umzugestalten, griff man zu jedem Mittel, das in dieser Richtung als irgendwie geeignet erschien. Auch religiöse Institutionen wurden von diesem gewissenlosesten Herrscherhaus skrupellos in den Dienst der neuen Staatsidee gestellt.

Der Führer in „Mein Kampf" Seite 118

Ein habsburgischer Eid

Karl von Habsburgs Königskrönung 27. 12. 1916 in Budapest

Aufn.: Scherl (1) Hist. Bilderdienst (2)

litz, Dr. Bauer, Dr. Czech, Freundlich, Dr. Ingwer, Dr. Morgenstern, Pick, Schlesinger, Strasser, Taub, Dr. Karpeles und so fort in unendlicher Reihe. Viele dieser Führer deutscher Arbeiter kamen aus tschechischen, galizischen und ungarischen Judengemeinden daher und hatten für ein deutsches Empfinden natürlich kein Verständnis. Der jüdische Zynismus der marxistischen Hetzpresse verkörperte ein überlegtes System und gebrauchte eine genau berechnete Methode. Er förderte mit allen Mitteln die Entsittlichung der deutschen Arbeiterjugend in zuchtlosen Sportvereinen, wozu insbesondere Wien, die Stadt frivolster Rassenmischung und grüner Weide für 200000 jüdische Einwohner nebst 300000 jüdisch Verseuchten den geeigneten Boden bot. Von dieser Judenschaft waren 57,71 vom Hundert in polnischen, tschechischen, ungarischen und rumänischen Gemeinden geboren. Die internationale Menschenherde sollte geschaffen werden. Hätte man sich in der sozialdemokratischen Arbeiterwelt eines Tages auf folgerichtige völkische Grundsätze besonnen, wohin würden dann die unzählbaren jüdischen Führer, Anwärter und Literaten geraten sein? Daher mußte die marxistische Presse jedes völkische Empfinden und Denken verhöhnen. Täglich hatte der Deutschösterreicher Gelegenheit, die Bestrebungen der anderen Völkerschaften zu beobachten. Das Rassenproblem trat ihm wie kaum anderswo entgegen. Wenn das Erdreich, die Pflanzen- und Tierwelt gepflegt und bewußt veredelt werden konnten, war doch schwer einzusehen, warum gerade sein deutsches Volkstum mitten unter den eifersüchtig verteidigten Bekenntnissen der anderen Nationen leeres Vorurteil und ein Vergehen wider eine übersinnliche „Internationale" sein sollte. Der jüdische Pharisäer predigte zur Ablenkung seiner Opfer den Unsinn einer zwangsläufigen Rassenmischung im Laufe der Jahrhunderte, des Kommens einer Weltsprache und übernationalen Kultur. Dabei war er selbst die trefflichste Widerlegung jeder Verschmelzungstheorie.

Aus der Wiener Judenschaft gingen in zwei Menschenaltern die meisten Vollzugsorgane des internationalen Marxismus hervor. Nicht allein die 12 Völkerschaften Österreich-Ungarns, auch andere im Auslande erhielten aus der journalistischen Judenschule die Sendboten des „Weltproletariates" zugewiesen. Wer einmal aufmerksamer Zeuge eines überstaatlichen Kongresses der sozialdemokratischen Parteien gewesen, dem verblieb nebst anderen üblen Eindrücken jener einer überraschend großen Zahl maßgebender Wortführer verschiedener Sprache, die ausnahmslos Zöglinge und Verschwägerte weniger österreichischer Judenfamilien waren. Selbst in sozialdemokratischen Arbeiterkreisen kam die Abneigung gegen das Eindringen des fremden Juden verschiedentlich offen zum Durchbruch.

Erst nach dem Auszug der Tschechen, Polen, Südslawen, Ukrainer und Italiener aus der österreichischen Internationale im Jahre 1897 sah sich der deutsche Rest gezwungen, den Titel einer „deutschen" Partei, freilich ohne Änderung der Einstellung, anzulegen. Auch nicht ohne heftigsten Widerspruch aus dem eigenen Lager. Als Beweisstück für die Art und Weise jüdischer Einflußnahme auf deutsche Arbeiter sei eine Broschüre angeführt, die der Chef des Reichenberger sozialdemokratischen Tagblattes „Vorwärts", Josef Strasser, in den Parteikreisen massenhaft verbreiten durfte. Er bezeichnete jedes Nationalgefühl als Denkfaulheit, die Sprache bedeutungslos, den Heimatboden als Hindernis der Freizügigkeit, den Nationalcharakter als Rückständigkeit, die völkische Freiheit und Selbstverwaltung vor dem Eintritt des Kommunismus als ein Unding. „Wir Sozialdemokraten", erklärte dieser Jude, „wollen nicht nur die heutigen Nationalcharaktere nicht erhalten, wir arbeiten geradezu an ihrer Zerstörung. Und zwar nicht nur, indem wir ihre sozialen Voraussetzungen, den Kapitalismus und die Reste vorkapitalistischer Produktionsweisen, beseitigen wollen. Wir nehmen die Zerstörung des heutigen Nationalcharakters nicht etwa als zwar ungewollte, aber unvermeidliche Folge unserer revolutionären Aktion mit in den Kauf. Wir arbeiten bewußt und mit Absicht an ihr. Und wir arbeiten, wie gesagt, bewußt und mit Absicht an der Veränderung der Nation. Wir wollen aus dem Deutschen etwas Undeutsches oder meinetwegen Überdeutsches machen."[2])



Ein Blick in die Sozialstatistik des österreichischen Deutschtums vom Jahre 1900 zeigt die Gruppierung und den Machtbereich der Berufsschichten:

	Berufsangehörige	davon Arbeiter
Land- und Forstwirtschaft	3 068 000	753 000
Industrie, Handel, Verkehr	4 747 000	1 748 000
öff. Dienste, freie Berufe	1 356 000	327 000

Von 1000 Arbeitern standen 618 in der Industrie, 266 in der Landwirtschaft und 116 in öffentlichen Diensten. Überwog demnach auch die Industrialisierung, so entbehrte bei einer solchen Lagerung der Volkskräfte die sozialdemokratische Klassenkampflehre jeder Logik. Auch die breiteste und tiefste Industrialisierung erzeugte ebensowenig wirkliche „Klassen" mit international strebender Entwicklung, wie die verkehrsmäßig und vereinbarlich gewordene Zivilisation der modernen Völker den Bluts- und Kulturorganismus eines Volkes irgendwie zu ersetzen vermochte. Vollends mußte unter der Wucht des Völkerkampfes in Österreich, der über Sein oder Nichtsein in geschichtlich kurzer Zeitspanne entschied, die Selbstauflösung einer Volks- und Kulturgemeinschaft nach

[2]) Josef Strasser: „Der Arbeiter und die Nation", Reichenberg, 1912.

den marxistischen Erwartungen auch das selbstverständliche Ende jedes menschlichen Fortschrittes bedeuten. Man kann aus seiner Familie und aus seinem Volke nicht austreten.

Die internationale Kulturarbeit sozialdemokratischer Lesart, begönnert vom jüdischen Weltkapital, bot dem Arbeiter Steine statt Brot. Er selbst fand keinen vernünftigen Grund für eine Abkehr von jener Gemeinschaft, die seine Arbeit mit geschaffen, wünschte nicht gewaltsam herausgebrochen und für den Tempelbau jüdischer Weltmacht verwendet zu werden. Er wollte die Schicksalsgemeinschaft der Nation weder verlassen noch zerstören, sondern um den Preis eines höheren Inhaltes seines eigenen Lebens einen neuen Abschnitt der Entwicklung erobern.

Wenn auch viele Ansichten und Schlüsse der Marxisten wunderlich genug auseinandergingen, so einigte man sich unter dem Druck der aufbegehrenden Völker doch auf die Parteiforderung nach der allgemeinen **nationalen Autonomie** aller Völker, die sich übrigens innerhalb der österreichischen Internationale durch die Außerkraftsetzung der alten Einheitsorganisation von selbst durchgesetzt hatte. Schon 1891 waren auf einem Gesamtparteitage der noch „österreichischen" Sozialdemokratie die tschechischen Genossen mit einem Ultimatum nach einer national selbständigen politischen Organisation hervorgetreten. Bis dahin hatte sich die jüdische Parteiführung und -Presse ebenso widerwillig als oberflächlich mit dem „lästigen Nationalismus" befaßt, der nach rechtgläubiger materialistischer Auffassung eigentlich eine Angelegenheit der bürgerlichen Klassen hätte sein sollen. Doch mußte man sich 1897 zur sechsfachen nationalen Aufspaltung der Partei entschließen. Es verblieb nur der gähnend leere Rahmen einer Gesamtpartei, für welchen 1899 in Brünn ein

sozialdemokratisches Nationalitätenprogramm

wie folgt beschlossen wurde:

1. Österreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat.

2. An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, besorgt wird.

3. Sämtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.

4. Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt.

5. Wir erkennen kein nationales Vorrecht an, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wieweit eine Vermittlungssprache möglich ist, wird das Reichsparlament bestimmen. —

Die anscheinend harmlosen letzten zwei Punkte wurden das Grab der internationalen Verständigung innerhalb der Sozialdemokratie. Die Streitigkeiten um Sprachen-, Schul-, Wirtschafts- und Rechtsforderungen der Minderheiten verwickelten und mehrten sich ebenso wie die Schwierigkeiten einer gemeinsamen Politik der sechs Brüder der Phrase von Tag zu Tag. Die einzige Probe auf Wert oder Unwert der sozialdemokratischen Vorschläge unternahm die Regierung in den beiden Kronländern Mähren und der Bukowina, dann einigen gemischtsprachigen Städten mit dem Nationalkataster als Grundlage der Wahlberechtigung.

Kein noch so fein durchdachtes Verwaltungssystem und keine besänftigende blutleere Theorie des Internationalismus veranlaßten die nationalen Kampfgruppen, nur eine mögliche Eroberung aufzugeben. Dieser Einsicht mußte sich auf dem Innsbrucker Parteitage der deutschen Sozialdemokratie Österreichs 1911 auch der Berichterstatter, Abg. Leuthner, unterwerfen, indem er dem ratlosen Konzil erklärte: „Die größte Kunst, überleitende Vorstellungen, verhüllende Formeln zu schaffen, wird schwerlich zu einem Ziele führen. Nein, es gibt in politischen Fragen keine wissenschaftlichen Entscheidungen, denn im feinsten Geäder des abstrakten politischen Gedankens pulst noch warm das Gefühl. Sie mögen die Territorial-, die Personaltheorie wählen; wo Sie an die praktischen Fragen herantreten, wird die Frage zur Tatsache und zur Empfindungsfrage werden, die der Tscheche und der Deutsche verschieden beantwortet. Denn es gibt keine Rechtsfrage zwischen Völkern, weil es keinen Richter zwischen Völkern gibt und weil jeder in sich sein Ideal der Gerechtigkeit trägt, das für jeden, vor allem für jedes Volk ein anderes ist.[3])

Zu der Ergebnislosigkeit sozialdemokratischer „Wissenschaft" in völkischen Dingen gesellte sich

der Bankrott der internationalen Gewerkschaftspolitik.

War die 1897 erfolgte Organisation der sechs selbständigen Parteien noch einer praktischen Überlegung entsprungen, so gedachte man dagegen die wirtschaftliche Gemeinsamkeit im gewerkschaftlichen Klassenkampfe unbedingt zu erhalten. Würde selbst dieses Band zerreißen, erklärten die Wiener obersten

[3]) Protokoll des Parteitages, S. 245.



Hans Knirsch
(1877—1933)
Begründer der völkischen Arbeiterbewegung, Abgeordneter zum Wiener Parlamente 1911 bis 1918, Abgeordneter zum Prager Parlamente 1920—1933



Franko Stein
(geb. 1869)
Kampfredner der völkischen Arbeiterschaft, Abgeordneter der Schönerer-Partei zum Wiener Parlamente 1900—1907



Wilhelm Prediger
(1870—1934)
Erster Vorsitzender der Deutschen Arbeiterpartei in Alt-Österreich

Zeichng. f. d. Schbrf. v. I. Straub

Führer, dann wäre die sozialdemokratische Theorie und Partei in Schall und Rauch aufgegangen. Und der Tag solchen „Unheils" kam heran, keine Beschwörung hemmte seinen Schritt. Im Jahre 1906 begannen die Sprengungen in den nationalen Verbänden. Volkstum zeigte sich stärker als marxistische Doktrinen. Die Spaltung griff auf bisher gemeinsame Genossenschaften, Krankenkassenverbände und sonstige Einrichtungen über. Die nationalen sozialdemokratischen Gewerkschaften der Tschechen bezifferten ihre Mitgliederzahl Ende 1912 mit 102 000. An Fachblättern erschienen 42.

So dachten und handelten die selbstbewußten Tschechen. Um so widerwärtiger klammerte sich die jüdische Führerschaft der Wiener Internationale an die verbliebenen deutschen Bestände. Um diese zu täuschen und den trügerischen Schein einer Gesamtpartei nach außenhin festzustellen, gründete sie mit abhängigen tschechischen Sekretären im Mai 1911 zu Brünn eine zentralistische tschechische Sozialdemokratie, die bei den Reichsratswahlen im Juni desselben Jahres nur 19 367 gegenüber 357 623 Stimmen der tschechischen „Separatisten" aufzubringen vermochte. An der geschlossenen Macht des nationalen Willens der tschechischen Arbeiterwelt war also kein Zweifel zulässig. Während die deutschen Sozialdemokraten auf höheren Befehl jede Mitarbeit in völkischen parteilosen Schutzvereinen ablehnten, waren die Tschechen stolz darauf. Sie beanspruchten, die beste tschechische Partei zu sein, die ihrer Nation neue Arbeitsplätze erobere! „Alles unser Tun", heißt es in ihrem Wahlaufruf von 1907, „wird von der Überzeugung geleitet sein, daß nur ein wirtschaftlich starkes, politisch freies und kulturell reifes Volk ein gewichtiger Faktor werden kann und daß seine Macht um so mehr wächst, je höher das Existenz- und Bildungsniveau seiner breiten Schichten in allen Kategorien der körperlichen und geistigen Arbeit gehoben wird."

Der tschechische Austritt aus den Wiener Zentralverbänden fand bald Nachahmung: Polen, Ukrainer, Slowenen und Italiener folgten dem Beispiel. Zum Jahresschluß 1911 war der Zerfall der österreichischen Internationale politisch, gewerkschaftlich und genossenschaftlich vollendet. Zieht man nun die gekünstelten Gegengründe der österreichischen d. h. deutschredenden Sozialdemokratie wider den tschechischen „Separatismus" in Betracht, so bestanden dieselben aus talmudistischen Theorien, die sich selbstredend auch gegen die nationale Organisation der deutschen Arbeiter wendeten.

Auf dem Trümmerhaufen der internationalen Gewerkschaften erhob sich nun der nationalpolitische Kampf der sechs Sozialdemokratien untereinander. Aus den Reichsratswahlen im Juni 1911 waren 82 Sozialdemokraten hervorgegangen: 44 deutsche, 25 tschechische „Separatisten", 1 tschechischer Zentralist, 8 Polen, 3 Italiener und 1 Ukrainer. Aber jegliche Harmonie war dahin. Wiederholt stimmten Deutsche gegen Tschechen und umgekehrt, und es fehlte nicht an sonstigem Hader. Die tschechischen „Separatisten" rückten ihren bür-

gerlichen und bäuerlichen Volksgenossen in der Heimat und auf den Bänken des Parlaments immer näher. Auch die Polen und Italiener. Nur die Deutschen blieben ihrem jüdischen Kommando gehorsam.

Niemals haben die Arbeiter der nichtdeutschen Völker Österreichs um einer Partei willen ihr tiefes Nationalgefühl unterdrückt. Schon auf dem Kongresse, der 1897 die nationale Zerlegung der Gesamtpartei vollzog, erklärte der Sprecher der Polen: „Die Lage des polnischen Proletariats gestaltet sich um so schwieriger, als das Volk durch Grenzpfähle in drei Teile getrennt worden ist. Deshalb wirken die polnischen Sozialdemokraten unter dem gesamten polnischen Volke unermüdlich dahin, daß das schwere nationale Unrecht, das am polnischen Volke verübt wird, beseitigt werde und daß in Zukunft das polnische Volk national vereinigt und frei in der Völkerfamilie dastehe." Abg. Daszynski erklärte im Wiener Abgeordnetenhause: „Wenn die feigen, durch Unglück zerfressenen und geschichtlich entwaffneten Oberschichten der polnischen Nation der Bewegung zur Freiheit und Einheit Hindernisse bereiten sollten, nur um den schwachen Schimmer der zaristischen Gunst zu erhaschen, so wird das polnische arbeitende Volk allein den großen Kampf führen, bis es einmal vereint und unabhängig in der Familie der Völker aufleben kann." Der Ukrainer sprach: „Wir erstreben die nationale Freiheit unserer ganzen Nation." Eine Konferenz der slowenischen Sozialdemokraten zu Laibach (1909) verkündete: „Die Südslawen Österreich-Ungarns betrachten als letztes Ziel ihres nationalpolitischen Strebens die vollkommene nationale Vereinigung aller Südslawen. Als Glieder eines großen einheitlichen Volkes streben wir slowenischen Sozialdemokraten nach der Konstituierung als einheitliche Nation ohne Rücksicht auf alle künstlich geschaffenen staatsrechtlichen und politischen Schranken." Schließlich brauchen die heftigen irredentistischen Kundgebungen der italienischen Sozialdemokraten kaum besonders vermerkt zu werden.

Es war für die allgemeine Beurteilung der Arbeiterbewegung im Völkerstaate Österreich und den Kampf der deutschbewußten Arbeiter um die Seele ihrer Brüder wissenswert, den jähen Aufstieg und Zerfall des internationalen proletarischen Irrglaubens in seinen Beziehungen zum Volkstum zu verfolgen. Am Neujahrsmorgen 1889 begrüßte die eine „österreichische" Sozialdemokratie das Licht der Welt, neun Jahre später spaltete sie sich in ein halbes Dutzend Parteien und nach weiteren zehn Jahren lagen alle Weltverbesserer einander in nationalen Schützengräben gegenüber, hüben und drüben unter der gleichen roten Fahne.

Die zweite Reichsratswahl 1911.

Im Juni 1911 gab es die zweiten Wahlen in das Parlament des gleichen Wahlrechtes. Hans Knirsch, Ferdinand Seidl und Adam Fahrner siegten über die Marxisten und bildeten die erste parlamentarische Vereinigung der deutschen Arbeiterpartei. Sie trat als Gruppe in den 104 Abgeordnete umfassenden „Deutschen Nationalverband" ein.

Der Ausbruch des Weltkrieges

brachte den letzten Akt des österreichischen Dramas. Es gab im Juli und August 1914 keinen Deutschen in Österreich, der nicht den Schlag der großen Weltenuhr vernommen und begriffen hätte. Der Abschied von einer alten Zeit war gekommen, und wie immer das unfaßbare Ringen ausgehen sollte, der deutsche Gedanke mußte in Mitteleuropa endlich klare Wege finden. Alle Verbitterung und Klassenscheidung war in Tagen verschwunden, Zweifler und Nörgler hätte der Sturm hinweggeweht. Auch die stets gegen Wehrmacht und vaterländische Selbstbesinnung eingestellte Sozialdemokratie fand zum Leidwesen ihrer jüdischen Drahtzieher keinen anderen Ausweg als die einstimmige Bewilligung der Kriegskredite im Deutschen Reichstage. In der Wiener sozialdemokratischen „Arbeiter-Zeitung" vom 5. August 1914 wurde dieser Schritt überschwenglich gefeiert.

In den nationalfühlenden Arbeiterkreisen herrschte einmütige Begeisterung. Die Abgeordneten und führenden Vertrauensmänner meldeten sich sofort zum Waffendienst; in den Gewerkschaften stellten sich klaffende Lücken ein: 11000 Mitglieder rückten in den ersten Monaten ins Feld. Bei den in jüngeren Jahren stehenden Handlungsgehilfen erreichte der Ausfall 55,2 Prozent der gesamten Mitgliedschaft.

In den ersten drei Kriegsjahren blieb das Parlament ausgeschaltet. Die Partei- und Gewerkschaftsforderungen wurden hauptsächlich von den Eisenbahnern vertreten, die vom Kriegsdienst befreit waren.

Im Mai 1917 begann mit der Wiedereröffnung des Parlamentes ein regeres Leben in den Organisationen. Verwundet, frontdienstuntauglich und beurlaubt, kamen nach und nach Vertrauensmänner zur alten Arbeit zurück. In der Partei- und Gewerkschaftszentrale sowie in den Landesverbänden fanden Beratungen und Tagungen statt, wie die wirtschaftliche Verelendung des Volkes bis zum Abschluß des Krieges gemildert werden könnte.

Knirsch trat am 26. Juni im Abgeordnetenhause mit einer grundsätzlichen Rede für die Änderung der Staatsverfassung und die Autonomie der Völker ein. Eine Parteikonferenz in Aussig erließ einen Aufruf für die Erhaltung der Volkseintracht bis zum Friedensschluß.

Am 5. Mai 1918 wurde als letzter im alten Österreich der Reichsparteitag zu Wien abgehalten. Er beschloß auf Grund eines Antrages von Pg. Hans Krebs die Erweiterung des Programms und die Änderung des Namens der Partei in

„Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei."

Die weitere Aufgabe dieser Tagung bestand in einer Ergänzung des Parteiprogramms durch die Forderung schärferer Bekämpfung des arbeitslosen Einkommens und der Abhängigkeit des Staates von den zinsgierigen Geldmächten mittels einer Bodenrechts- und Geldreform.

Mit dem Reichsparteitag 1918 in Wien befand sich die Partei an einem geschichtlichen Abschlusse, denn ein halbes Jahr danach waren für die fernere Arbeit des sudetenländischen und des deutsch-österreichischen Zweiges völlig veränderte Voraussetzungen in zwei Kleinstaaten gegeben.

Österreichs Ende.

Im November 1916 starb Kaiser Franz Joseph, und sein Neffe Karl war ausersehen, die 630 Jahre währende Herrschaft der Habsburger über das Völkerreich zu beschließen. Der junge Kaiser, durch seine Frau in das deutschfeindliche Netz der Familie Parma-Bourbon eingesponnen, suchte alsbald auf geheimen Wegen, hinter dem Rücken seines reichsdeutschen Verbündeten, mit den Feindmächten in Verbindung zu kommen. Seine im belgischen und französischen Heere kämpfenden Schwäger (Sixtus-Brief) sollten vermitteln. Der eindeutige Verrat rettete das Haus Österreich nicht mehr.

Am 16. Oktober 1918, als sämtliche Völker Österreichs an den Fronten und in ihrer Heimat bereits zum Auszug aus dem alten Vaterlande ins neue Reich ihrer Zukunft rüsteten, erließ Karl der Letzte noch ein denkwürdiges Manifest an „seine" Völker, das sie einlud, einige selbständige Nationalstaaten auf dem Boden der österreichischen Reichshälfte zu begründen, indessen die ungarische Reichshälfte ungeteilt unter magyarischer Oberherrschaft verbleiben sollte. Die galizische, die südslawische und die Triester Frage blieben in dem Manifest des Hilflosen gleichfalls ungelöst. Der ganze Plan des „Umbaues" der Hausmacht war der Stunde angepaßt und bedeutete eine kindische Halbheit. In Wien, Budapest, Agram, Triest, Prag, Lemberg usf. kümmerte sich kein Mensch mehr um die Dynastie. Der Zerfall in unabhängige Völkerstaaten vollzog sich binnen Tagen ohne eine Träne für Habsburg und die lange Vergangenheit.

Deutsch-Österreichs Wille.

Das Erbe Österreich-Ungarns fiel sieben Nachfolgestaaten zu. Davon hat die Tschechoslowakei 3,5 Millionen Sudetendeutsche vom geschlossenen deutschen Lebensraum in Mitteleuropa künstlich abgetrennt, Südslawien Teile von Steiermark und Kärnten, Italien nahm Südtirol. Als rein deutscher Staat blieb das arg verkleinerte Österreich zurück. Sein Geburtstag war der 21. Oktober 1918. An diesem Tage versammelten sich in Wien 200 deutsche Abgeordnete des letzten österreichischen Reichsrates und beschlossen auf Grund des von den Weltverteilern verkündeten Selbstbestimmungsrechtes aller Völker die Bildung eines Staates Deutsch-Österreich, dem rund 6 Millionen Alpen- und gegen 4 Millionen Sudetendeutsche des aufgelösten Habsburgerreiches aus freiem Willen angehören wollten. Die deutschen Sudetenländer besaßen zwar mit dem Staate ihrer Wahl nur wenig unmittelbaren räumlichen Zusammenhang durch Südböhmen und durch Südmähren; von ihrem Muttervolke im Reiche trennten sie aber die niederen Höhenzüge des Erz- und Riesengebirges und der Sudeten nicht. In der Gründung der Republik Deutsch-Österreich lag geschichtlicher Sinn: sie sollte als Ganzes ein Glied des gesamtdeutschen Vaterlandes werden.

Leider beseelte die 200 deutschen Abgeordneten, sechs Parteien angehörend, nicht der leidenschaftliche Kampfeswille zur befreienden Tat. Die Sitzung dauerte nur eine Stunde. Alle Redner ließen die bedeutendste Grund- und Lebensfrage des neuen Staates offen. Da ergriff **der deutsche Nationalsozialist Knirsch** in dem schüchtern erwägenden Kreise das Wort zu der erlösenden Erklärung: „Wir nationalen Sozialisten lehnen den Gedanken an eine Vereinigung Deutsch-Österreichs zu einem Staatenbunde mit den aus dem alten Österreich erstehenden slawischen Staaten von vornherein ab. Im nationalen, sozialen und kulturellen Interesse fordern wir den staatsrechtlichen Anschluß Deutsch-Österreichs als Bundesstaat an das Deutsche Reich.

Nur im deutschen Einheitsstaat

können wir Ostmarkdeutsche die baldige Verwirklichung jener staatssozialistischen Grundsätze erhoffen, welche die Wunden dieses Krieges heilen und unser Achtzigmillionenvolk der Arbeit einer glücklichen Zu-



Rudolf Jung
(geb. 1882)
Der letzte Führer der NSDAP. in den Sudetenländern, Abgeordneter zum Prager Parlamente 1920—1933



Hans Krebs
(geb. 1888)
Organisationsleiter, Abgeordneter zum Prager Parlamente 1925—1933



Alois Ciller
(geb. 1883)
Verfasser des Parteiprogramms der „Deutschen Arbeiterpartei in Österreich"
Zeichng. f. d. Schbrf. v. I. Straub

kunft entgegenführen werden. Es lebe das freie, soziale Alldeutschland!" Der einstimmige Beschluß dieser provisorischen Nationalversammlung der Republik Deutsch-Österreich lautet dann: „Das deutsche Volk in Österreich ist entschlossen, seine künftige staatliche Ordnung selbst zu bestimmen, einen selbständigen deutsch-österreichischen Staat zu bilden und seine Beziehungen zu den anderen Nationen durch freie Vereinbarungen mit ihnen zu regeln. Der deutsch-österreichische Staat beansprucht die Gebietsgewalt über das ganze deutsche Siedlungsgebiet, insbesondere auch in den Sudetenländern. Jeder Annexion von Gebieten, die von deutschen Bauern, Arbeitern und Bürgern bewohnt werden, durch andere Nationen wird sich der deutsch-österreichische Staat widersetzen."

Nach allem, was sittliches Völkerrecht und Völkerfreiheit besagen, gehörten nun die sudetendeutschen Volksgebiete kraft des unanfechtbaren Willens ihrer gesamten Bevölkerung zur Republik Deutsch-Österreich. Da deren Volksvertretung am 12. November 1918 einstimmig im Staatsgrundgesetz den Artikel zum Beschluß erhob: „Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik", waren die deutschen Alpen- und Sudetenländer von diesem Tage an **bis zum 24. September 1919 auch Teile des Deutschen Reiches.** Erst durch die Unterwerfung Deutsch-Österreichs unter das Friedensdiktat von St. Germain, das der verstümmelte, hilflose Staat hinnehmen mußte, lösten sich die rechtlichen Bande, freilich, ohne die Stimme des Blutes und den Anschlußwillen im Herzen des ganzen Volkes zu ersticken. Nach Jahrhunderten gemeinsamer Kämpfe schieden Alpen- und Sudetendeutsche, erzwungener Staatszugehörigkeit folgend, es teilte sich auch die nationale Arbeiterbewegung in zwei Armeen, die aber beide unbeirrt in einer Richtung dem einen festen Ziele zustrebten.

Gewalt gegen Volkswille.

Es ist eine bewußte Fälschung der alljüdischen internationalen Propaganda, daß der reichsdeutsche Nationalsozialismus heute in Österreich und morgen in die Tschechei „einbrechen" wolle. Aus den voranstehend geschilderten geschichtlichen Tatsachen geht klar hervor, daß die nationalsozialistischen Gedanken seit Jahrzehnten sowohl im heutigen Österreich, wie in den Sudetenländern in verschiedenem Ausdruck bodenständig und lebendig waren. Als daher im natürlichen Widerhall der nationalsozialistischen Erhebung im Reiche auch das Grenzdeutschtum an der Donau und Elbe in mächtige Bewegung kam, handelte es sich

nicht um eine künstliche Einfuhr revolutionärer Propaganda für das neue Deutsche Reich,

sondern um die Durchsetzung alter Lebensforderungen der deutschen heimatliebenden Bevölkerung in den beiden Staaten. Beiderseitige Gefühle unter deutschen Menschen lassen sich freilich nicht unterdrücken und fallen vernunftmäßig nirgends in der Welt unter ein Strafgesetz. Alle politische Verantwortung für die in tausendjähriger Schicksalsgemeinschaft wurzelnden Einheitswünsche der geschlossen lebenden Deutschen

Mitteleuropas ruht einzig und allein auf deren Verkündern und nicht auf einer Regierungskanzlei.

Im verkleinerten, aber rein deutschen Österreich bestand nach dem Umsturz des Jahres 1918 die völkische Arbeiterbewegung in ihren alten politischen und beruflichen Verbänden und Gemeinschaften fort. Seit Mai 1926 hatten sich die Nationalsozialisten dieser Bewegung unmittelbar Adolf Hitler und seinen Münchener Dienststellen angegliedert. Eine verschwindend kleine Gruppe „selbständiger" österreichischer Nationalsozialisten ging im Strome der Begeisterung rasch unter. Die opferreichen Kämpfe des österreichischen Nationalsozialismus um die Macht bilden ein düsteres Kapitel der jüngsten gesamtdeutschen Geschichte. Ein Versuch, im Juli 1934 die Macht zu ergreifen und Österreich national zu retten, zeitigte zunächst schwere Verfolgungen der Partei, die ungeheuren Zustrom aus allen Kreisen der Bevölkerung erhalten hatte. Bis zum Herbst 1934 verfielen von 759 Angeklagten 31 einem Todesurteil, 42 wurden zu lebenslänglichem Kerker, die übrigen zu 2967 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Dreizehn Angeklagte starben am Galgen. Vom 15. März 1933 bis Ende 1934 nahm die Wiener Staatspolizei 19090 Verhaftungen und 46582 Hausdurchsuchungen von Nationalsozialisten vor. Die Zahl der Entlassungen, Einkerkerungen u. dgl. war kaum abzuschätzen. Am 19. Juni 1933 erfolgte das allgemeine Verbot der Partei, während die völkischen Gewerkschaften mit 54000 Mitgliedern nach mehr als dreißigjährigem Bestande der behördlichen Auflösung anheimfielen.

Im tschechischen Staate erfolgte die Auflösung der sudetendeutschen nationalsozialistischen Partei am 11. November 1933. Vorher schon wurden die Abg. Krebs, Jung, Schubert und Kasper verhaftet, alles Parteivermögen beschlagnahmt, die Presse eingestellt, die Führer und mehr als 2000 Vertrauensmänner eingekerkert, die völkischen Gewerkschaften mit 100000 Mitgliedern aufgelöst. Zuletzt erfolgte die Aberkennung der den Nationalsozialisten von hunderttausenden Wählern anvertrauten Mandate zum Senat, Abgeordnetenhause, in die Länder- und Gemeindeverwaltungen sowie sämtliche öffentliche Vertretungskörperschaften.

Die Saat des Nationalsozialismus im Sudetendeutschtum ging dennoch auf. Das politisch gequälte und wirtschaftlich verelendete Volk von 3,5 Millionen hat in seinem Hause den internationalen Marxismus und den politischen Klerikalismus vernichtet und sich zur kampfentschlossenen nationalpolitischen Einheit durchgerungen. Sein freies Lebensrecht ist ein Stück der großen deutschen Frage in Europa.

Lehren der Geschichte.

Um Habsburgs Staatsgedanken und seine „deutsche Sendung" haben sich in alter und neuer Zeit viele berufene und unberufene Federn bemüht. Läßt man die Tatsachen sprechen, um an den Früchten den Baum zu erkennen, so diente dieses Haus fast immer nur sich selbst. Als gefügiges Werkzeug der internationalen römischen Kirche, die durch Jahrhunderte seiner Politik Ziele und Wege gab, brachte es Habsburg-Lothringen-Bourbon-Parma bis zum Ende seiner Hausmacht weder in seinem völkerbunten Staate, noch in den großen Entscheidungen Europas (Reformation, deutsche Einigung, Völkerfragen) zu einem schöpferischen Programm. Zwar bemühen sich einige berufsmäßige Geschichtsschreiber unserer Tage, in die Habsburgerei nachträglich weitschauende und edle Absichten hineinzudichten. Solche mehr literarische Liebhaberei besteht jedoch vor dem strengen Richterstuhl der geschichtlichen Entwicklung niemals. In den geistig bedeutungslosen Zirkeln der Habsburgfreunde führt nach wie vor der ausgreifende politische Katholizismus das lauteste Wort und versucht, gegen den nationalsozialistischen Volksgedanken die besondere „nationale Ostsendung" der Dynastie in Vergangenheit und Zukunft auszuspielen. Ein dürftiges Wortspiel! Wenn das habsburgisch besetzte deutsche Kaisertum vor Jahrhunderten im Völkergewirr des Südostens germanisieren konnte, war es doch nur die damalige Kultur, der weite Bereich der Sprache und der Überschuß an kolonisationsfähigen Menschen, denen dieses bedeutende Werk gelang. Im Erwachen der slawischen und romanischen Kleinvölker des Donaureiches erwiesen sich die Habsburger, wie wir gesehen, völlig unfruchtbar und hilflos.

Zwölf Millionen Deutsche, davon zehn Millionen vom geschlossenen Lebensraum des mitteleuropäischen Deutschtums, waren bis 1918 im Bannkreis des Gewordenen gefangen. Schwer und drückend wurde den Deutschen unter Habsburg ihre völkische Selbstbehauptung gegen die Privatbedürfnisse des gesinnungslosen Herrscherhauses und den elementaren Ausdehnungsdrang der fremdvölkischen Hausgenossen. Jeder von diesen begehrte die Führung und womöglich den Raum des ganzen Hauses für sich. Für gemeinsame Arbeit unter der einzig denkbaren Anerkennung der höchsten, der deutschen Kultur wollten sich die kleinen Zweige und abgesplitterten Volksteile nicht entscheiden, und die beschränkte Weisheit der gekrönten Herrscher förderte unfähig und zitternd die allgemeine Zersetzung.

Der natürliche deutsche Einheitsglaube harrte in allen Teilen, Schichten und Lebensaltern des Grenzdeutschtums seit der widernatürlichen politischen Trennung wenigstens der kulturellen Erfüllung, wie sie mit dem Abkommen des Führers vom 11. Juli 1936 begonnen wurde.

Oesterreichs Heer

Ostmarkdeutsches Heldentum

Die Anfänge eines stehenden österreichischen Heeres reichen ins 17. Jahrhundert zurück, in dem Kaiser Ferdinand III. nach Beendigung des Dreißigjährigen Krieges anordnete, daß von den Landsknechten Wallensteins eine Kerntruppe zurückbehalten werde, um weiter zu dienen. Wohl finden sich auch schon bei Albrecht von Wallenstein, Herzog von Friedland (1583–1634), Ansätze zu einer ständigen Wehrmacht, die trotz der Aufbringung der Bestände durch Landsknechte durch die gesamtdeutsche Gesinnung ihres Oberbefehlshabers ein gewisses einheitliches deutsches Gepräge erhält, allein „auf dem Fuße stehen bleibende" Regimenter gab es erst seit 1649. Diese bestanden im wesentlichen aus deutscher Mannschaft und bildeten die Keimzelle der Wehrmacht, mit der später Raimund Graf von Montecuccoli (1609 bis 1680) seine Siege gegen die Franzosen und Türken errang. Prinz Eugen von Savoyen (1663 bis 1736) bildete dieses Heer weiter aus, indem er besonders auf straffe Manneszucht hielt und sein Augenmerk auf einen sauberen Offiziersstand richtete. Unter seinen Befehlshabern finden sich neben Italienern, Wallonen und Magyaren auch deutsche Kurfürsten. Die rund 170000 Mann seines Heeres setzen sich in erster Reihe aus Deutschen, dann auch aus Italienern, Wallonen, Magyaren, Serben und Kroaten zusammen. Neben diesem stehenden Heere gab es noch die sogenannten Grenzer, an der Militärgrenze im Südosten des Reiches, eine deutsch-romanisch-slawisch-mongolische Mischbevölkerung, die sozusagen als Freischärler den ersten Stoßtrupp gegen die vordringenden Türken bildeten. War diese Wehrmacht Prinz Eugens, die nur durch die einheitliche deutsche Befehlsgewalt und Dienstsprache zusammengehalten wurde und die glänzenden Siege gegen die Türken erfocht, schon farbig genug zusammengewürfelt, so wurde dieses Bild noch bunter, seit durch die Gewinnung Galiziens auch Polen und Ruthenen ins Heer kamen. Gideon Freiherr von Laudon (1717–1790) ist der vierte große General der österreichischen Armee. Ihm lag u. a. der Ausbau des Feldgesundheitsdienstes sehr am Herzen. Kaiser Joseph II. verfügte, daß die Dienstsprache der Wehrmacht, die sich auch aus reichsdeutschen „Werberayons" ergänzte, – der Amtssitz des „Reichswerbungsdirektors" war in Frankfurt a. M. – die deutsche sei.

Als Kaiser Franz 1806 seiner Würde als deutscher Kaiser entsagte, fand diese Ergänzung der österreichischen Wehrmacht aus reichsdeutschen Mannschaften ein Ende, und nun begann sich mehr und mehr ein eigentliches österreichisches Heer auszubilden; doch gehörte dieses mit drei deutschen Armeekorps auch weiterhin bis 1866 dem deutschen Bundesheere an. Unter ihrem Oberbefehlshaber Erzherzog Karl (1771–1847) erhält nun die österreichische Wehrmacht, die in den napoleonischen Kriegen auf 650000 Mann anwächst, ihr richtiges österreichisches Gepräge. Erst zeigt sich noch eine durchaus deutsche Haltung, doch tritt im Laufe des 19. Jahrhunderts mehr eine Rückbildung im Sinne habsburgischer Slawisierungsbestrebungen ein. Erzherzog Karl führt drei Neuerungen ein: die Übermacht des schwerfälligen Hofkriegsrates wird eingedämmt und damit dem Oberbefehlshaber mehr Bewegungsfreiheit eingeräumt; außerdem erlangt die Feldzeugmeisterei selbständige Bedeutung; schließlich wurde die sogenannte „Reserve" und die „Landwehr" als Ergänzung des Feldheeres eingerichtet.

Feldmarschall Josef Wenzel Graf Radetzky (1766–1858) hatte es bereits mit einem Heere zu tun, das in seiner Mehrheit aus Slawen, Magyaren und Romanen bestand, doch war das Offizierkorps noch zum größeren Teile aus Deutschen zusammengesetzt; die Bindung an das habsburgische Herrscherhaus wurde zu einer der grundlegenden Strömungen in diesem neuen Heere. Als

1868 die allgemeine Wehrpflicht

eingeführt wurde und sich nun zwangsläufig das österreichisch-ungarische Heer aus Deutschen, Magyaren, Romanen (Italienern, Ladinern und Rumänen) und Slawen (Tschechen, Polen, Slowaken, Ruthenen oder Ukrainern, Slowenen, Kroaten und Serben), also aus zwölf Völkerschaften ergänzte, machte sich das Übergewicht der Slawen immer mehr und mehr fühlbar. Die ursprüngliche einheitliche deutsche Dienstsprache mußte nach dem Ausgleiche mit Ungarn fallen, da Ungarn auf seine völkischen Rechte pochte. Wohl blieb die deutsche Dienstsprache in dem gemeinsamen k. u. k. Heere und in der k. k. österreichischen Landwehr bestehen, doch wurde in der königlich ungarischen Landwehr das Magyarische und in den aus Kroatien sich ergänzenden Truppenkörpern der ungarischen Landwehr das Kroatische als Dienstsprache eingeführt, womit die Einheit endgültig zerrissen war. Es gab auch nicht mehr nur einen Kriegsminister, sondern drei: einen für das gemeinsame k. u. k. Heer, einen für die k. k. österreichische und einen für die k. ungarische Landwehr.

Aber auch der Grundsatz der deutschen Heeressprache wurde in der Folgezeit mehr und mehr durchbrochen und der Abgeordnete Armand Frhr. v. Dumreicher führte vor der Delegation zu Ofen-Pest am 20. November 1886 herzbewegliche Klage über den Entdeutschungsvorgang im ganzen Reiche, vor allem in der Wehrmacht: „Wie haben die staatlichen Faktoren in Österreich diese Aufgabe, das unentbehrliche Verständigungsmittel im Dienste immer mehr zum Gemeingut der Dienenden werden zu lassen, zu lösen gesucht? Sie haben alle Veranstaltungen getroffen, daß, je größer der Kreis der Dienstpflichtigen im Volke wurde, desto mehr der Kreis derjenigen Bevölkerung sich verengerte, welche die Dienstsprache kann.... Ganze Bevölkerungsgruppen und ganze Schichten, in denen die Heeresleitung seit Menschenaltern gewohnt war, geeignetes Chargenmaterial vorzufinden, büßen nun ihre Qualifikation ein.... In keinem Staate Europas kommt es wieder vor, daß in ständigen inländischen Garnisonsorten keine einzige öffentliche Schuleinrichtung zur Verfügung steht, an der die Nachkommenschaft der Militärfamilien in der Dienstsprache des vaterländischen Heeres den Unterricht empfangen könnte. Denn wenn sie (die Kinder) bei den Eltern bleiben, so kann es bei mehrmaligem Garnisonswechsel derselben ihnen begegnen, daß sie einen in tschechischer Sprache begonnenen Bildungsgang polnisch fortsetzen und italienisch vollenden sollen, ... ganz davon zu schweigen, daß sie vielleicht an keiner der verschiedenen Schulen, an die sie das Geschick verschlägt, die entsprechende Ausbildung in der Dienstsprache des Heeres erlangen." Da den Vorstellungen der deutschen Abgeordneten nicht Gehör geschenkt wird und die slawischen Minister ihre Slawisierungsbestrebungen immer stärker betreiben, tritt auch im Offizierskorps ein starker Wandel in der volksweisen Zusammensetzung ein. In den neunziger Jahren waren noch drei Viertel des Offiziersstandes Deutsche, **bei Kriegsausbruch 1914 nur mehr ein Viertel.**



Kaiser Joseph II.
Zeichng. f. d. Schbrf. v. I. Straub
„Mit übermenschlicher Kraft stemmte sich der ‚Freund der Menschen' gegen die Fahrlässigkeit der Vorfahren und suchte in einem Jahrzehnt einzuholen, was Jahrhunderte vordem versäumten." (Der Führer „Mein Kampf" S. 79)

Mit dieser Wehrmacht trat Österreich-Ungarn an der Seite des Deutschen Reiches, der Türkei und Bulgariens in den Weltkrieg. Die Friedensstärke hatte 414000 Mann betragen, die nach der allgemeinen Aufrüstung auf einen Kriegsstand von 1400000 Mann gebracht wurde. Von den zwölf Völkerschaften waren unbedingt verläßlich nur die Deutschen, die in den Krieg zogen, weil sie an der Seite der deutschen Brüder aus dem Reiche kämpfen konnten, ferner die Magyaren, die allein in der Bundesgenossenschaft mit dem Deutschtum ihr Volkstum zu behaupten rechneten, die Kroaten aus alter Anhänglichkeit an das Haus Habsburg und aus dem Gegensatze gegen die Serben heraus, schließlich die Ladiner aus Haß gegen die Italiener. Die Italiener im österreichischen Heere konnten nicht verläßlich sein, weil sie auf die Vereini-

gung mit dem Mutterlande rechneten; die Slowenen und Serben standen mit ihrem Herzen auf Seite eines erhofften großserbischen Staates; die Tschechen waren die unversöhnlichsten Gegner des österreichischen Staates, dem sie ihr böhmisches Staatsrecht entgegenstellten, und neigten zu offenem Verrate, wie denn auch ganze Truppenkörper, z. B. das Infanterie-Regiment 28, zu den Russen übergingen und dann als Tschechische Legionäre gegen die Mittelmächte kämpften. Die Slowaken, an sich harmloser, wurden von den Tschechen ins Schlepptau genommen. Große Verrätereien begingen die Ukrainer, deren Popen mit den Russen gemeinsame Sache machten, während die Polen in dem österreichischen Staate wenig Anlaß zur Vaterlandsliebe sahen und auf die Wiederaufrichtung Großpolens hofften. Die Rumänen ließen sich von ihrem Haß gegen die sie vergewaltigenden Magyaren bestimmen, neigten aber im Verlauf des Krieges dem Plan eines großrumänischen Staates mehr und mehr zu.

Die Staatsleitung und Heeresführung sah sich unter diesen Umständen genötigt, die Truppenkörper so zusammenzustellen, daß in jedem Regiment die Verläßlichen die Unverläßlichen überwogen, was nicht leicht war. Denn in 60 von den 141 Infanterie-Regimentern erreichte die deutsche und magyarische Mannschaft 45 v. H., während in den übrigen Truppenkörpern die Slawen oder Romanen überwogen. Die Deutschen und Magyaren zusammen machten nur gut ein Drittel des gesamten Mannschaftsstandes aus. Es gab Regimenter, in denen fast alle Völkerschaften des Reiches vertreten waren, dafür waren die Ulanen-Regimenter fast rein, die Dragoner-Regimenter vorwiegend slawisch, die Husaren-Regimenter und die Honved durchaus magyarisch. Dabei durften natürlich nicht Österreichische gegen Reichsitaliener, Österreichische gegen Reichsserben, österreichische Ukrainer gegen Russen und russische Ukrainer usw. eingesetzt werden, weil es sonst erfahrungsgemäß glatt zu Verbrüderungen der beiden Fronten kam.

Zu diesen inneren Schwierigkeiten gesellten sich auch noch äußere. Die den Wehrsorgen des Reiches gegenüber verständnislosen, ja verständnisunwilligen Parlamentarier knüpften an die Bewilligung der Wehrmachtauslagen ständig neue nationale Forderungen, wobei insbesondere die Tschechen vorangingen. Außerdem machte sich eine gewisse Eifersucht und Furcht der habsburgischen Herrscher gegenüber den Oberbefehlshabern der Wehrmacht bemerkbar und wirkte hemmend auf deren Befehlsgewalt. Erzherzog Karl trat deswegen unter Kaiser Franz zurück. Feldmarschall Benedek hatte wegen der beim Heere anwesenden Erzherzöge keine Bewegungsfreiheit, der Chef des Generalstabes im Weltkriege, **Franz Conrad von Hötzendorf** (1852 bis 1925), hatte ständig Meinungsverschiedenheiten mit dem Herrscherhause und wurde unter Kaiser Karl einfach abgesetzt. Und Conrad war in der Schicksalsstunde Österreichs 1914 wohl der stärkste Mann des Reiches gewesen, Feldherr und Staatsmann zugleich, der ein treuer Verfechter des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche war und auf Modernisierung des österreichisch-ungarischen Generalstabes, bessere Ausbildung, Bewaffnung und Vergrößerung des Heeres und Ausgestaltung des Befestigungswesens — namentlich gegen Italien — sein Hauptaugenmerk legte. Seine Erinnerungen, „Aus meiner Dienstzeit 1906—1918", gewähren reiche Aufschlüsse zur Kenntnis der Zeitgeschichte.

Und trotzdem hielt die österreichisch-ungarische Wehrmacht im ganzen Weltkriege durch und bewährte sich als treuer Bundesgenosse des Deutschen Reiches, was nur durch die ständige Einsatzbereitschaft der deutschen Regimenter, die sich aus der deutschbewußten alpen- und sudetenländischen Bevölkerung ergänzten, ermöglicht wurde. Selten durften sich diese einmal in einer Reservestellung Ruhe und Erholung gönnen, immer gab es in der Front vorne neue, durch Verrätereien entstandene Lücken, die sofort durch eingesetzte deutsche Truppen ausgefüllt werden mußten. Schließlich hatten die österreichisch-ungarischen Heere gleich zu Kriegsbeginn durch den zu sehr ausgebildeten Angriffsgeist so ungeheure Verluste, daß die besten Kerntruppen schon bei der Offensive im Sommer 1914 gegen Rußland dahingerafft wurden. So kam es, daß zu Kriegsende ganze Dörfer im Egerlande oder in Tirol, Kärnten usw. ohne Männer dastanden, während die tschechischen Legionäre, aus Rußland „siegreich" zurückkehrend, die deutschen Gebiete in Böhmen und Mähren überschwemmten. Die amtliche Verlustliste spricht die deutlichste Sprache über die Kriegsleistung des Deutschen Wehrmannes in Österreich-Ungarn: Von den 12 Millionen Deutschen des Gesamtreiches waren 500 000 auf dem Felde der Ehre gefallen, etwa das Vierfache davon gab es an Verwundeten und Erkrankten, was einem Hundertsatz von 20 v. H. an Verlusten der deutschen Gesamtbevölkerung entspricht. Die Kärntnerischen Truppen hatten, um ein Beispiel herauszugreifen, auf tausend Mann 38 Tote!

Dem reichsdeutschen Kriegskameraden waren manche Vorgänge an den Fronten des österreichischen Bundesgenossen nicht immer verständlich, da er nicht den Einblick in die verwickelten Völkerverhältnisse des österreichisch-ungarischen Staates hatte. Erst seit Kriegsende ist eine Aufklärungsarbeit hierüber möglich geworden. Aber erst seit dem Aufbruch der Nation ist es helle geworden in der Brüder Sinn, und sie wissen, daß der deutsche Kamerad an der österreichischen Front litt und weiter leidet um des deutschen Volksgedankens und der deutschen Blutsgemeinschaft willen.

Deutscher – merk' Dir das!

Zölibat – volksschädigend

Eine Antwort auf Rückfragen

VON STAATSMINISTER A. D. DR. HARTNACKE

Der im „Schulungsbrief", Folge 7, Juli 1937 veröffentlichte Aufsatz „Zölibat — eine volksbiologische Schadenquelle" hat eine Reihe von Rückfragen ausgelöst, die in dem nachstehenden Beitrag ihre Beantwortung finden. Es geht uns dabei nicht um die konfessionellen Vergleiche, die der Verfasser lediglich zur Beweisführung benötigt, sondern ausschließlich um die Aufzeigung einer biologischen Schadenquelle. Im übrigen ist bekannt, daß die NSDAP. sich jeder Wertung der Konfessionen enthält, soweit nicht bewußte Verstöße gegen die Forderungen des Parteiprogramms vorliegen.

Hochbegabte Volksgenossen gibt es sowohl auf katholischer wie auf evangelischer Seite. Wenn in katholischen Volkskreisen durch den Zölibat ein wesentlicher Prozentsatz an Hochbegabtennachwuchs ausfällt, so ist damit nicht gesagt, daß der einzelne katholische Deutsche minder hochbegabt sei, weil er Katholik ist. Das wäre eine falsche Schlußfolgerung.

Es handelt sich vielmehr lediglich um die Feststellung, daß die unter den Geistlichen in einem hohen Prozentsatz vorhandenen Hochbegabten bei den Katholiken durch den Zölibat biologisch zur Ausmerzung verdammt sind, während die evangelischen Pfarrhäuser einen prozentual wesentlichen Hochbegabtennachwuchs liefern. Die vor der Reformation liegende Zeit kann bei der Untersuchung dieser Frage nicht berücksichtigt werden, da ja erst seit Bestehen des protestantischen Pfarrhauses die Möglichkeit zu statistischen Vergleichen gegeben ist.

Daß sich der Rückstand an Begabungen auf katholischer Seite „bemerkbar" gemacht hat, scheint in aller Klarheit aus den Tatsachen hervorzugehen, die der Katholik Dr. oec. publ. Hans Rost in seinem Buche: „Die wirtschaftliche und kulturelle Lage der deutschen Katholiken" (Köln, 1911, Verlag Bachem) in bitter ernsten Ausführungen und gewissenhafter Statistik schlagend nachgewiesen hat.

Nur einiges aus diesem Buche:

In den 90er Jahren zahlten die Protestanten:

im Bezirk Koblenz 50 v. H. der Einkommensteuer bei 1/3 der Bevölkerung;

im Bezirk Trier 33 v. H. der Einkommensteuer bei 1/6 der Bevölkerung;

im Bezirk Köln 25 v. H. der Einkommensteuer bei 1/7 der Bevölkerung;

im Bezirk Aachen fast 1/3 der Einkommensteuer bei 1/26 der Bevölkerung.

Überall in Deutschland waren die Katholiken weitaus im Rückstand im Steueranteil.

Auch im Auslande (Basel) standen die Protestanten weit über dem Mittel; die römischen Katholiken erreichten daselbst nicht einmal 54,5 v. H. des bei gedachter gleichmäßiger Verteilung auf sie entfallenden Mittels.

Auch die folgenden Zahlen sind aus den Angaben errechnet, die Rost wiedergibt. Damals betrug der katholische Volksteil 36,5 v. H. der Gesamtheit. Wäre die Beteiligung der Katholiken an den Ausleseberufen diesem Verhältnis entsprechend, müßte — abgesehen vom geistlichen Amte — in allen großen Berufsauslesegruppen die Beteiligung der Katholiken viel größer sein.

Es waren vorhanden:

5600 Geistliche mehr, als dem Bevölkerungsanteil entspräche.

Es waren vorhanden:

2850 katholische Ärzte weniger, als dem Bevölkerungsanteil entspräche;

6700 katholische Offiziere weniger, als dem Bevölkerungsanteil entspräche;

2550 katholische Richter und Rechtsanwälte weniger, als dem Bevölkerungsanteil entspräche;

9150 katholische Lehrer, Bibliothekare usw. weniger, als dem Bevölkerungsanteil entspräche;

1200 katholische Rechtsanwälte weniger, als dem Bevölkerungsanteil entspräche;

1200 katholische Privatgelehrte, Schriftsteller, Journalisten weniger, als dem Bevölkerungsanteil entspräche;

8300 katholische Musiker und Schauspieler weniger, als dem Bevölkerungsanteil entspräche;

1400 katholische selbständige Buch-, Kunst- und Musikalienhändler weniger, als dem Bevölkerungsanteil entspräche;

500 Reeder und Schiffsbefrachter weniger, als dem Bevölkerungsanteil entspräche.

Dasselbe zeigt sich übereinstimmend bei den Industriellen, Unternehmern, Bankiers.

Ist solcher Rückstand wirklich nur aus geographischen, geologischen, historischen, sozialen und politischen Verhältnissen zu erklären? Das wäre zu starke Befangenheit im Glauben an die Umwelt. Man hat oft behauptet, die Katholiken wären bei Besetzungen von Ämtern übergangen. Sicher ist es nicht selten vorgekommen, daß auch bei gleicher Eignung ein Katholik hatte zurückstehen müssen. Nicht selten ist das aber auch den Protestanten in katholischer Gegend geschehen. Aber wenn der Rückstand der Katholiken in absichtlicher „Inparität" begründet wäre, dann müßten doch die angeblich zu Unrecht Ferngehaltenen in Mengen anderswo aufgetaucht sein, etwa gerade in den freien Berufen. Aber auch bei diesen besteht der weite Rückstand.

Es gibt keine andere Deutung, als daß auf der katholischen Seite das Angebot an entsprechend Begabten und Hochbegabten gegenüber dem Angebot auf der protestantischen Seite zurückgeblieben ist. Dieses zahlenmäßige Minderangebot kann nur mit biologisch-anlagemäßigem Rückstande ausreichend begründet werden. Jede Deutung, die nicht stärkste Mitwirkung der biologischen Auslese annimmt (ständig wiederholter Ausfall gerade am ausgelesenen besten Erbgute), ist unzulänglich. Man muß sich nur immer wieder vor Augen halten, daß aus der Minderung des Bestandes an Hochbegabten durch den Zölibat der katholischen Geistlichen um 7,7 v. H. je Generation seit der Reformation ein Verlust auf der katholischen Begabtenseite von etwa 62 v. H. entstanden ist, der die evangelische Seite nicht getroffen hat. Im Gegenteil, die Fruchtbarkeit der protestantischen Pfarrerehen liegt weit über derjenigen der übrigen geistigen Berufsgruppen. Man hat festgestellt, daß über die Hälfte der Männer, die nach dem Dreißigjährigen Kriege als geistig Führende die deutsche Kultur wiederaufgebaut haben, Kinder aus protestantischen Pfarrhäusern waren. Und weil nicht nur die Pfarrer selbst eine weit überdurchschnittliche Begabtenauslese darstellen, sondern auch die Pfarrersfrauen durchweg nach geistigen Maßen ausgewählt werden (mit Rücksicht auf ihre Aufgaben in der Gemeinde), so ist es verständlich, wenn bei Ausleseaufgaben über das ganze Land weg in Sachsen die Pfarrerssöhne die höchste geistige Rangstufe darstellten.

	Rangstufe
Söhne von Geistlichen	74
„ „ Hochschuldozenten . .	70
„ „ höheren Lehrern . .	65
„ „ höheren Beamten . .	60
„ „ Volksschullehrern . .	58
„ „ leitenden Angestellten .	54

Also Gewinne an geistigem Erbgut aus den protestantischen Pfarrhäusern — und schwerer, immer wiederholter Verlust aus dem Zölibat! Das ist die Erklärung des Rückstandes des katholischen Volksteils in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung.

Man sage nicht: die paar Pfarrer! Sie sind wenige im Blick aufs Ganze, aber sie sind ein ungeheuer großer Teil der katholischen Begabtenauslese überhaupt.

Da der katholische Volksteil ein Teil des deutschen Volkes ist, bedeutet eine volksbiologische Schädigung dieses Volksteils gleichzeitig eine Schädigung des Ganzen. Insofern ist der Zölibat nicht nur eine innerkirchliche Frage.

Es wird in einer Zuschrift darauf hingewiesen, daß der Führer in „Mein Kampf" den katholischen Pfarrerstand als eine Auslese betrachtet habe, die für die innere und äußere Machtentfaltung der katholischen Kirche von höchster Bedeutung sei. Solche Bedeutung des Pfarrerstandes war von mir in meinem Aufsatz in den Reichsschulungsbriefen Folge 7/37 nicht im geringsten bestritten worden. Der Hinweis auf die Bedeutung des Pfarrerstandes widerspricht aber in keiner Weise der Tatsache, daß durch die ausgesprochene Konzentrierung der Auslese auf das geistliche Amt und durch das biologische Abschneiden gerade dieser Begabten-Erbketten auf die Dauer eine Minderung am besten Begabungserbgute eintreten muß. Wenn dem nicht so wäre, müßte die ganze Erbgutforschung unserer Tage, die doch gerade von katholischer Seite (Mendel) eingeleitet worden ist, ein Irrtum sein. Es müßte nicht wahr sein, daß von hundert begabten Männern mit hundert begabten Frauen mehr begabte Nachkommen kämen, als von hundert ehemaligen Hilfsschülern in Ehen mit hundert ehemaligen Hilfsschülerinnen.

Die Tatsache, daß auf der katholischen Seite die höheren Kinderzahlen etwas länger bestehen geblieben sind als auf der protestantischen, kann den generationenlangen Zölibatverlust nicht ausgleichen; höchstens könnte diese Tatsache den Unterschied zwischen der katholischen und evangelischen Gesamtleistung etwas mindern. Es mag sein, daß dem Verlust an Begabungen, der dem Zölibat zuzuschreiben ist, ein gewisses Gegengewicht insofern gegenübersteht, als der Geburtenverfall, der mit der Jahrhundertwende eingesetzt hat, zuerst die „gehobenen" Klassen und damit stärker die nichtkatholische Seite betroffen hat als die katholische. Aber der Verfall schritt doch sehr schnell fort, und heute ist in den ausgesprochenen Großstädten ein wesentlicher Unterschied in den Kinderzahlen der Katholischen und Nichtkatholischen kaum mehr vorhanden. Soweit Unterschiede noch bestehen, sind sie im wesentlichen in der nichtausgelesenen Bevölkerung auf dem Lande und in den Mittel- und Kleinstädten festzustellen. Wenn man auf katholischer Seite geltend

macht, daß der stärkere Geburtenverfall auf protestantischer Seite den Rückstand der Katholiken im Begabtennachwuchs aufwiege, so würde das doch bloß besagen, daß man sich einer Parität auf der unteren Ebene der gleichen Ungunst näherte. Gemeinsamkeit des Verfalls bei beiden Kirchen (durch Zölibat einerseits, allgemeinen Geburtenrückgang andererseits) ist also wirklich ein bedenklicher Trost.

Sollen die weißen Völker leben, dann müssen eben alle Quellen des Erbgutverfalls verstopft werden, dann muß alles daran gesetzt werden, daß der gesunde und begabte deutsche Mann Familienvater sein muß. Was frühere Zeiten vielleicht sich gestatten konnten, nämlich bei dem früher reich quellenden Nachwuchs auf Kindernachwuchs aus den katholischen Pfarrhäusern und den geistlichen Orden zu verzichten, das geht heute nicht mehr. Weit schlimmer als die Tatsache, daß der zahlenmäßige Bestand der weißen Kulturvölker bedroht ist, ist ja doch die Bedrohung des Bestandes an solchem Erbgute, das nach seiner Begabung und geistigen Schöpferkraft die Kultur zu halten und zu fördern imstande ist.

Kann die weiße Rasse den Leistungsvorsprung nicht halten, mit dem sie als Minderheit den Menschenüberdruck der Farbigen in der Zukunft standhalten kann, dann ist es aus mit der Herrschaft des weißen Mannes in Wissenschaft und Kultur, aus mit der Herrschaft über die Güter dieser Erde! Und mehr als das steht in Gefahr: Das Dasein der weißen Völker als solches ist bedroht. Sie wären ja nicht die ersten, die untergegangen sind.

Wenn Völker untergehen, dann kommt das zu allererst vom biologischen Verfall an Zahl und an Anlage zur Kulturkraft. Um diese größte aller Sorgen handelt es sich, und nicht um Liebe oder um Gegnerschaft zur katholischen Kirche. Wer eine Einrichtung der katholischen Kirche für schädlich hält, greift damit nicht die Kirche selbst an.

Das Problem des Zölibats ist nur ein Ausschnitt aus der großen Frage nach den „Ungeborenen"*), ein Ausschnitt aus der Schicksalsfrage der weißen Völker. Es handelt sich also bei einer Prüfung der volksbiologischen Auswirkungen des Zölibats nicht um eine Gegnerschaft gegen die katholische Kirche oder um eine religiöse Frage. Es handelt sich um eine Lebensfrage großer und wertvoller Volksteile, und darüber hinaus der weißen Völker überhaupt.

Mit jenem handgeschriebenen Brief Karls des Letzten von Habsburg, den er durch seinen Schwager Sixtus am 31. März 1917 dem Präsidenten der französischen Republik, Poincaré, überreichen ließ, hat der kaiserliche Verräter sein geschichtliches Verbrechen urkundlich besiegelt. In dem ersten „Sixtusbrief" heißt es u. a.:

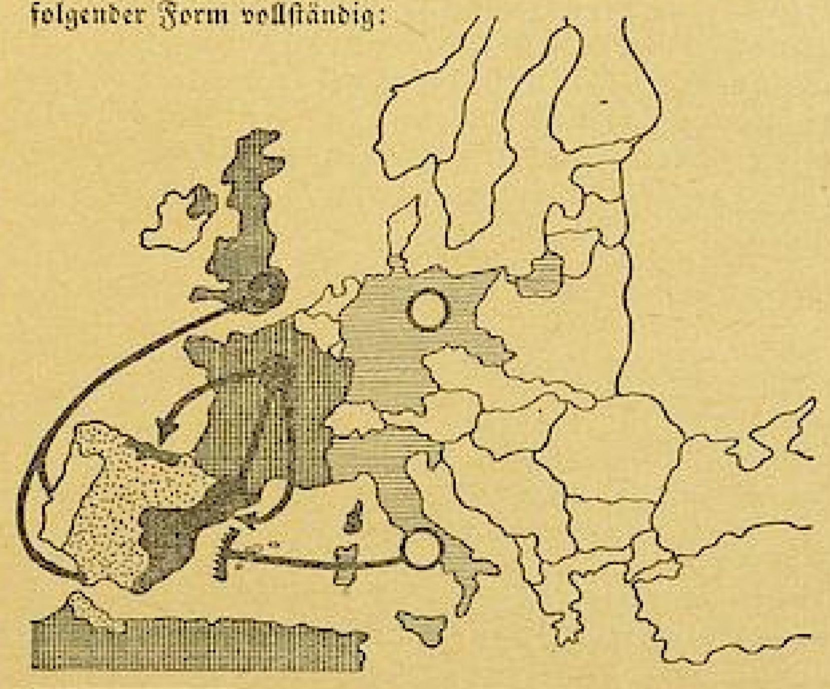
„Frankreich hat seinerseits eine große Widerstandskraft und einen prachtvollen Elan gezeigt. Wir alle bewundern rückhaltlos die herrliche, traditionelle Tapferkeit seiner Armee und den Geist der Aufopferung im ganzen französischen Volk. Daher ist es mir besonders angenehm, zu sehen, daß, obgleich wir derzeit Gegner sind, keine wirkliche Verschiedenheit in den Auffassungen und Bestrebungen mein Reich von Frankreich trennt, und daß ich berechtigt bin, zu hoffen, daß meine lebhaften Sympathien für Frankreich, vereinigt mit jenen, die in der ganzen Monarchie herrschen, für alle Zukunft die Wiederkehr des Kriegszustandes, für welchen mich keine Verantwortung treffen kann, verhüten werden.

Zu diesem Zweck, und um die Wirklichkeit dieser Gefühle genau auszudrücken, bitte ich Dich, geheim und inoffiziell Herrn Poincaré, dem Präsidenten der französischen Republik, zur Kenntnis zu bringen, daß ich mit allen Mitteln und unter Anwendung meines ganzen persönlichen Einflusses bei meinen Verbündeten die gerechten Rückforderungsansprüche Frankreichs mit Bezug auf Elsaß-Lothringen unterstützen werde." —

Schon kurze Zeit darauf konnte der kaiserliche Vertraute, Graf Erdödy, in Wien melden, daß die Entente Karl als Lohn für seine Dienste das „katholische" Land Bayern und die „katholische" Provinz Schlesien in Aussicht stellte.



Zu dem Springenschmid-Beitrag im Augustheft 1937 ist die auf Seite 322 rechts unten gebrachte Schwarz-weiß Skizze in folgender Form vollständig:



*) Vgl. des Verfassers Buch: Die Ungeborenen, ein Blick in die geistige Zukunft unseres Volkes; Lehmann, München.



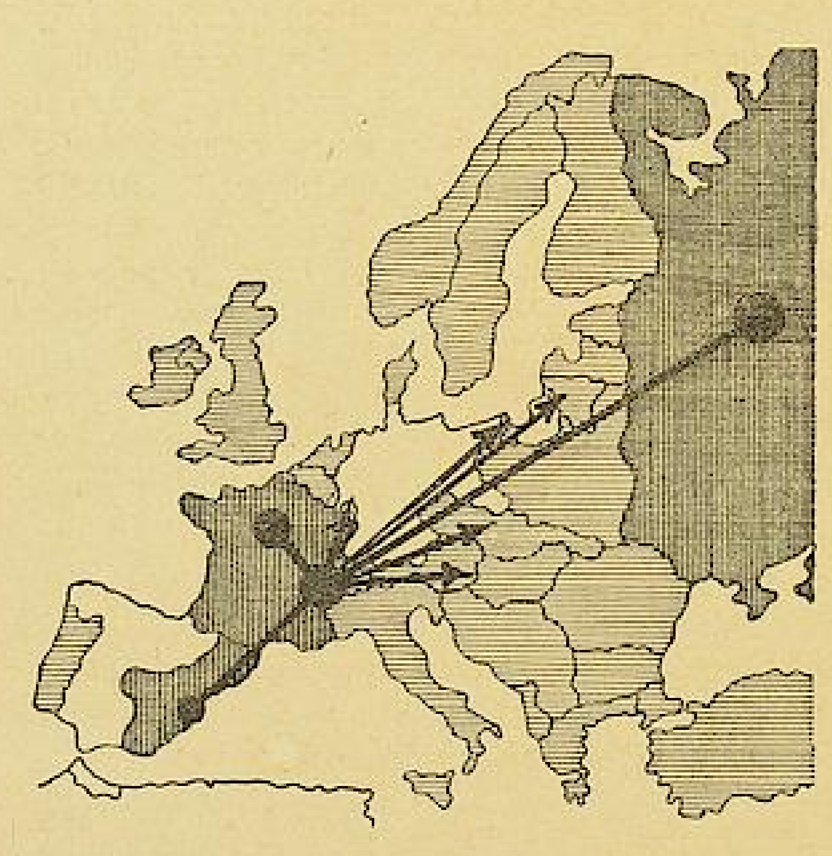
Frankreich benützt den „Völkerbund",

um die in den Gewaltverträgen des Jahres 1919 geschaffene Besitz- und Machtverteilung in Europa aufrecht zu erhalten, seine Pakte mit den Oststaaten, besonders mit der Tschechoslowakei und mit Sowjetrußland, fester zu verankern und das Deutsche Reich möglichst zu isolieren.

Darstellung unten:

Der „Völkerbund" macht Sanktionen für England,

um Italien zu zwingen, seine Pläne in Abessinien aufzugeben. Obwohl die englische Politik dabei den „Völkerbund" ganz als Werkzeug und Mittel für ihre Zwecke ausgenützt hat, führte der Genfer Sanktionskrieg zu einem kläglichen Mißerfolg. Führertum und völkischer Lebenswille einer Nation erwies sich als Überwinder auch der größten Paktsysteme.



Die Sowjets sehen im „Völkerbund"

ein Aktionszentrum für ihre weltrevolutionären Pläne. An der Saar, in Danzig, im Memelgebiet, in der Tschechoslowakei, in Österreich suchten sie über Genf deutsche Volksinteressen zu schädigen. In Verbindung mit Frankreich bereiteten sie von Genf aus ihr Eingreifen in Spanien vor.

Darstellung rechts:

Ein wirklicher „Bund der Völker" in Europa

kann niemals ohne das deutsche Volk geschaffen werden, das durch seine Mittellage 12 Völkern Nachbar zu Lande, 6 Völkern Nachbar zur See ist, also fast ganz Europa in unmittelbarer Zusammenarbeit erreichen kann. Allen europäischen Nationen kommt der gewaltige Aufschwung des modernen Verkehrswesens im Dritten Reich mit zugute.





Deutschland kämpft für Europa!

Geopolitische Tatsachen in Einzeldarstellungen von Karl Springenschmid*)

8. DER „VÖLKERBUND" — SCHEIN UND WIRKLICHKEIT!

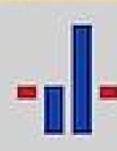
Der letzte der 14 Punkte Wilsons

Im letzten jener 14 Punkte, mit denen Präsident Wilson am 8. Januar 1918 die Grundsätze für einen allgemeinen Weltfrieden aufstellte, hieß es: „Ein allgemeiner Verband der Nationen muß gebildet werden auf Grund besonderer Abkommen zwecks Gewährung gegenseitiger Garantien für die politische Unabhängigkeit und die territoriale Unverletzbarkeit der kleinen wie der großen Staaten." Dieser Vorschlag wurde von den Politikern der Entente sogleich begierig aufgegriffen; denn er gab ihnen die Möglichkeit, eine überstaatliche Einrichtung zu schaffen, die ihnen den Besitz aller jener Gebiete garantierte, die sie sich in den „Friedens"-Verträgen widerrechtlich anzueignen gedachten. Auf diese Weise konnten sie am besten den Rechtsbruch, den sie vorhatten, verschleiern und ihrer eigenen schrankenlosen Gewaltpolitik internationalen Rechtscharakter verleihen. Die Forderung Wilsons wurde also lautlos und unmerklich so „gedreht", daß sich die Siegerstaaten nun selbst durch einen allgemeinen Verband der Nationen die territoriale Unverletzbarkeit der als Kriegsbeute gewonnenen Länder gegenseitig garantierten. Wer von den kleinen und besiegten Nationen sich dann gegen diese Auffassung wenden wollte, konnte ohne weiteres des Friedensbruches bezichtigt und durch die Strafbestimmungen dieses Verbandes zur Räson gebracht werden. So entstand jene **„Sociétés des Nations"** der Franzosen, jene **„League of nations"** der Engländer, die der biedere Deutsche jener Zeit ahnungslos mit „Völkerbund" übersetzte, eine ganz unrichtige Bezeichnung, die sehr viel dazu beigetragen hat, den wahren Charakter dieser Einrichtung zu tarnen. In Genf waren nicht die Völker selbst vertreten, sondern lediglich bestimmte Mächtegruppen, politische Organisationen und Interessenten und einflußreiche internationale Cliquen. Der „Völkerbund" war ein Bund der Regierungen gegen die Völker. Doch durch eine geschickte Propaganda verstanden es die maßgebenden Männer, den Völkern der Welt den Frieden, den sie sehnlichst wünschten, als die Erhaltung der 1919 geschaffenen Macht- und Besitzverteilung hinzustellen. Durch diese künstlich erzeugte „Völkerbund"-Ideologie fiel tatsächlich fast die ganze Welt auf den Betrug von Genf herein. Lediglich die Vereinigten Staaten von Nordamerika lehnten es ab, dieser Einrichtung beizutreten, die nichts mehr mit den Vorschlägen Wilsons zu tun hatte.

Von Mißerfolg zu Mißerfolg!

Die Satzung dieses sogenannten „Völkerbundes" wurde als Teil I den Verträgen von Versailles (Deutsches Reich), Saint-Germain (Österreich), Neuilly (Bulgarien) und Trianon (Ungarn) beigefügt. Damit wurde der Gedanke der internationalen Friedenssicherung mit dem größten Rechtsbruch aller Zeiten verbunden, und es war von vornherein klar, daß diese Einrichtung nur so lange bestehen würde, als diese Gewaltverträge bestünden, d. h. als die Siegerstaaten die Macht besitzen würden, diese Verträge aufrechtzuerhalten. In allen Fällen, wo es wirklich darum ging, nicht nur englische oder französische Interessen zu vertreten, sondern tatsächlich Recht zu schaffen, hat denn auch der „Völkerbund" kläglich versagt. Das geschah nicht nur überall, wo es sich, wie in Danzig, an der Saar, im Memelgebiet und bei der Verwaltung der Kolonialmandate, um deutsche Interessen handelte. Der „Völkerbund" war auch unfähig, den Streit um das Gran Chacogebiet, der von 1928 bis 1934 zwischen Bolivien und Paraguay tobte, zu schlichten. Ebensowenig konnte er 1932 den Ein-

*) Vgl. die Darstellungen auf Seite 410.



marsch der Japaner in die chinesische Mandschurei verhindern. Er versagte in der zwischen Litauen und Polen strittigen Wilnafrage, im Streit Finnlands um Ostkarelien, im Kampf um das Mossulgebiet und in soundso viel anderen Fällen bis zu den jüngsten Kampfhandlungen zwischen Japan und China. Der Völkerbund war unfähig, die Rechte der Minderheiten zu schützen. Besonders dieser Kampf für das Lebensrecht all der zahlreichen Minderheiten Europas wäre seine vornehmste Aufgabe gewesen. Das Ansehen des „Völkerbundes" nahm in dem Maße ab, als die Welt das Genfer Spiel durchschaute. 1928 meldete Brasilien seinen Austritt, im März 1933 Japan, am 14. Oktober 1933 das Deutsche Reich, das sich lange genug hatte in Genf übertölpeln und übervorteilen lassen.

Aber erfolgreich als Tarnung!

Frankreich sah in der Genfer „Sociétés" ein vorzügliches Mittel, um seine politische Vorherrschaft über Europa, die durch die Gewaltverträge eingeleitet worden war, ideologisch zu verbrämen. Briand suchte außerdem in den Jahren, da die Macht Frankreichs auf dem Höhepunkt stand, England durch die jüdisch-pazifistische Paneuropa-Idee, die einen Zusammenschluß der europäischen Staaten ohne England und Rußland vorsah, in Genf zu überspielen und den gesamten Apparat des „Völkerbundes" für französische Zwecke auszunützen. Später begnügte sich Frankreich damit, durch den „Völkerbund" seine Bündnisse mit den Oststaaten, besonders mit der „Kleinen Entente", noch stärker zu verankern. Benesch, der Vertreter der Tschechoslowakei, wurde als Leiter der französischen Ostpolitik zu diesem Zwecke in Genf stark nach vorne geschoben. Den Engländern bot die „League" eine einzigartige Gelegenheit, ihre verschiedenen, einander oft widersprechenden Interessen in allen Erdteilen von einer gemeinsamen Stelle aus behandeln und leiten zu können. Die englische Politik konnte nun immer, wenn es sich auch bloß um rein englische Angelegenheiten handelte, die Genfer Liga vorschieben und dadurch selbst im Hintergrund bleiben. Auf die Dauer war London stärker an der Erhaltung des Völkerbundes interessiert als Frankreich. Freilich, je kräftiger England die Liga für seine eigenen Zwecke ausnützte, desto früher war das Spiel in Genf zu Ende. Der fehlgeschlagene Sanktionskrieg gegen Italien, in dem England die einzelnen, vielfach ganz uninteressierten Mitgliedstaaten des „Völkerbundes" zwang, seine eigene, harte Machtpolitik mitzumachen und sich an der Wirtschaftsblockade gegen Italien zu beteiligen, hat die Genfer Einrichtung hart an den Abgrund gebracht. Italien stellte sich abseits. Der „Völkerbund" wäre noch stärker abgesackt, wenn ihm nicht Moskau inzwischen eine neue Aufgabe und ein neues Gesicht gegeben hätte.

Die Genfer Filiale der „Komintern"

Frankreich und England hatten den „Völkerbund" für ihre eigenen nationalen Ziele mißbraucht und waren dabei schließlich mit dem Sinn und Zweck einer überstaatlichen Einrichtung in Widerspruch geraten. Moskau dachte nicht daran, diesen Fehler zu wiederholen und in Genf nur die politischen Interessen Sowjetrußlands zu verteidigen. Es war vielmehr entschlossen, den überstaatlichen Charakter des „Völkerbundes" zu wahren und noch zu verstärken, indem es ihn restlos für die Durchsetzung seiner weltrevolutionären Pläne auszunützen begann. Gegenüber einem arglosen, ewig zögernden und unentschlossenen England, das sich auf seiner Insel vor kommunistischer „Infektion" sicher wähnt, und einem Frankreich, das selbst immer stärker in kommunistische Hände gerät, vermochte sich Moskau in Genf rasch durchzusetzen. Geschickt nützte es die Niederlage der englischen Sanktionspolitik aus, um seine eigene Stellung zu verstärken. Immer mehr geriet der „Völkerbund" unter den Einfluß jüdisch-marxistischer Politiker, hinter denen die „Komintern" stand. Wo Moskau von Genf aus deutsche Interessen schädigen konnte, griff es zu. An der Saar kam es zu spät. Doch mit Danzig hoffte es, das Deutsche Reich und Polen zu entzweien. Im Memelgebiet bestärkte es Litauen in seiner deutschfeindlichen Haltung. Es unterstützte die brutale Machtpolitik der Tschechen gegen die Sudetendeutschen und ging sogar so weit, dem deutschen Österreich eine Garantie für seine Unabhängigkeit anzubieten, während es gleichzeitig alles tat, um dieses Land kommunistisch zu unterwühlen. Neben dieser beständigen Beunruhigung aller deutschen Grenzgebiete, die dem Einfluß des „Völkerbundes" zugänglich sind, ging die sowjetrussische Außenpolitik in Genf daran, planmäßig ihr Unternehmen in Spanien vorzubereiten und die Wühlarbeit der „Komintern" im Inneren durch die entsprechenden außenpolitischen Maßnahmen zu decken und zu unterstützen. In ähnlicher Weise versucht Moskau, die verschiedenen, noch „demokratischen" Mitgliedstaaten von zwei Seiten her anzugreifen und für die Politik der „Volksfront" sturmreif zu machen. Damit wird der „Völkerbund", der bisher ein Machtinstrument der Siegerstaaten war, ein Aktionszentrum der bolschewistischen Weltrevolution. Das Deutsche Reich hat Genf rechtzeitig verlassen und damit die Freiheit seines Handelns zurückgewonnen. Es setzt der zerstörenden, auflösenden weltrevolutionären Politik der Sowjets im „Völkerbund" seine aufbauende, friedenschaffende Politik der europäischen Zusammenarbeit entgegen. Kein Staat hat schlechtere Grenzen, kein Volk hat rings um seinen Raum so viel offene, ungelöste Fragen. Trotzdem hat der Führer der Welt den Weg gezeigt, der zu einem dauerhaften Frieden und zu einem wirklichen Bund freier, gleichberechtigter Völker führen kann.





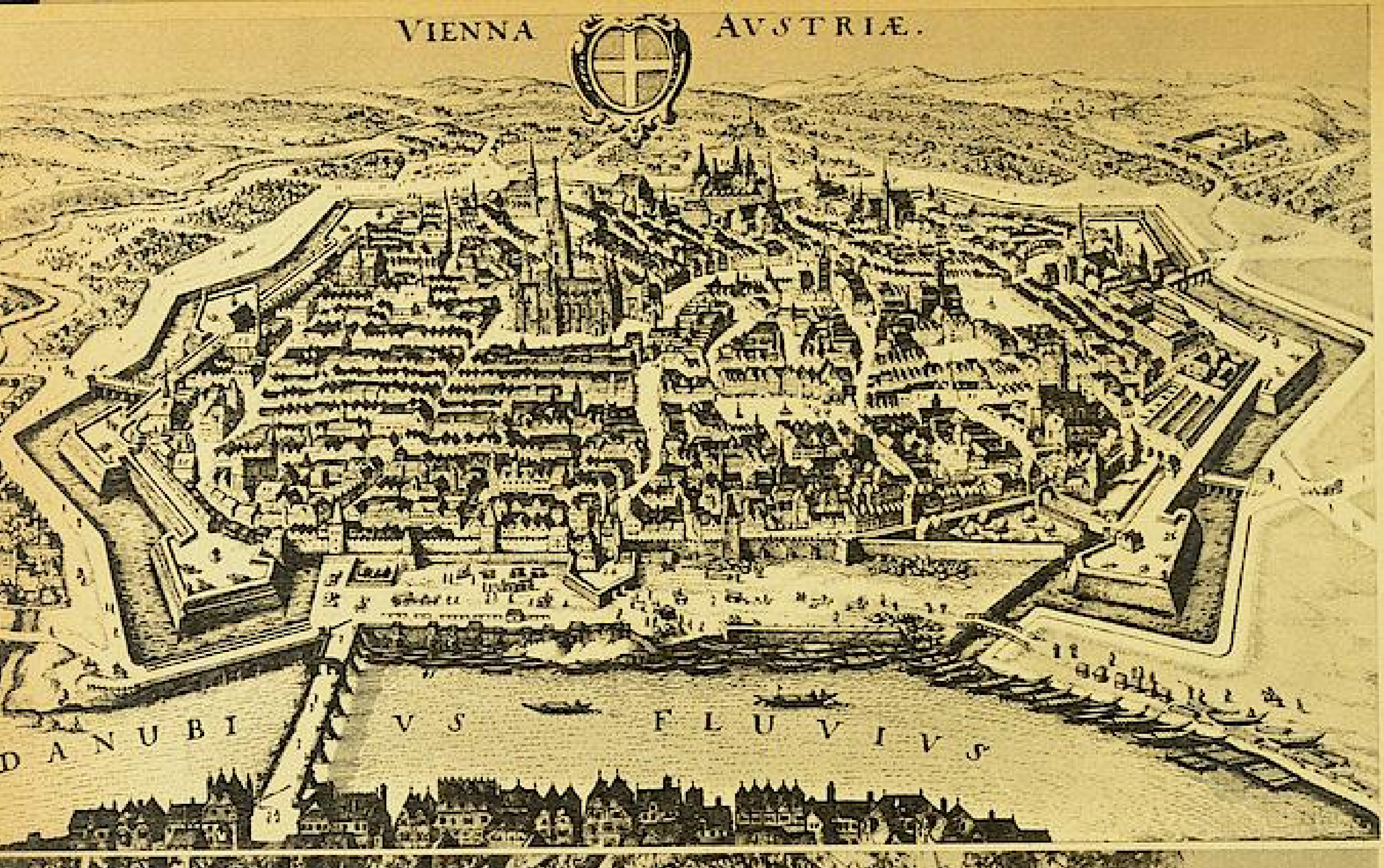
dben:
Deutsche Schulen in
Steiermark 1935

rahlender
ichtum
d abstoßende
rmut –

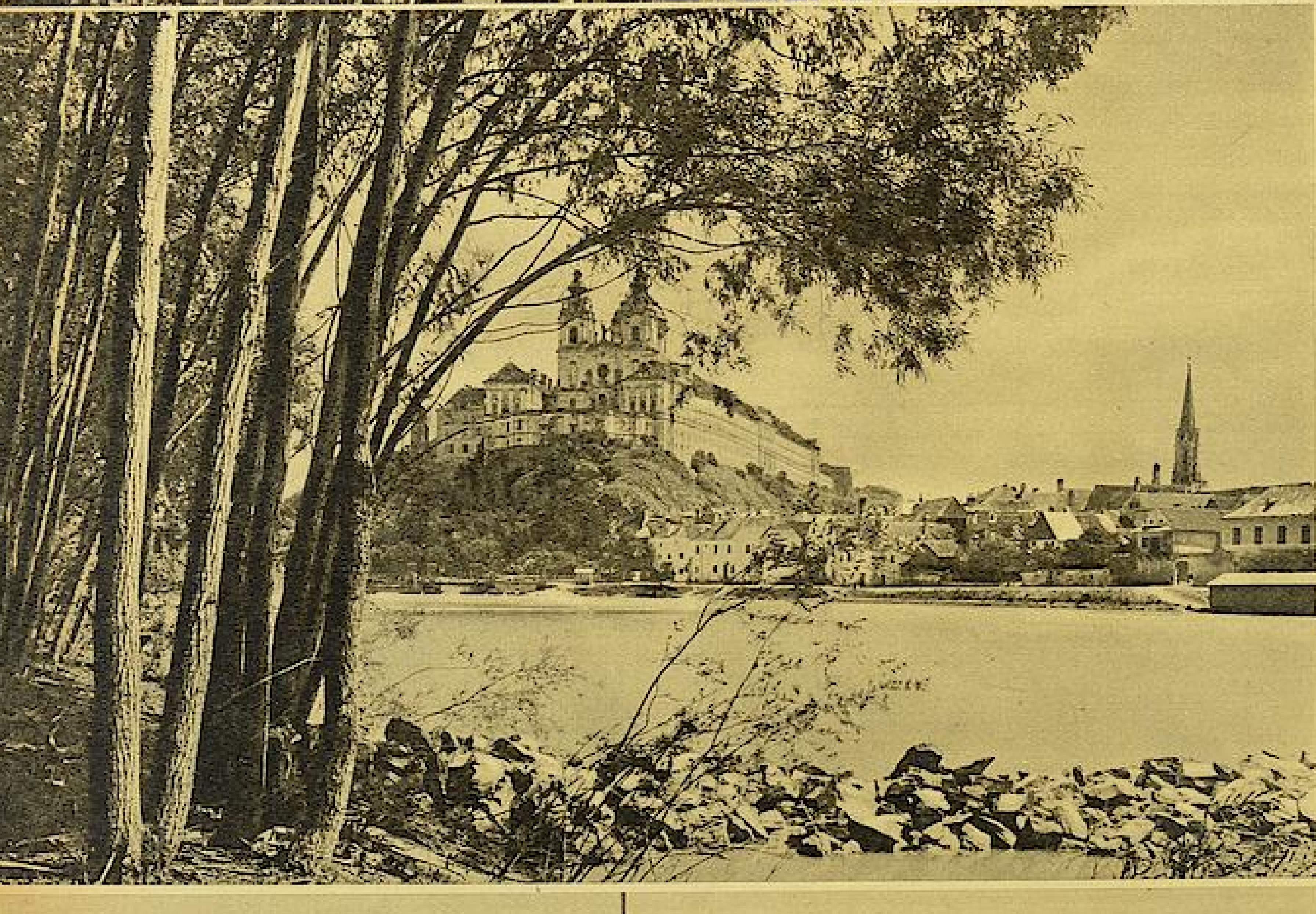
lm das Kind
ird der
olkstums-
mpf geführt

dabenstehend:
Bibliothek
d des Klosters Melk

Aufn.:
ennig (2), Scherl (1)



Wien im 17. Jahrh.
Kupferstich von Merian



Melk (Donau) mit dem Benediktinerstift
Ein charakteristisches Bild

Das Parlament in Wien

„Der nationale Selbsterhaltungstrieb ließ mic schon damals .... ein Volksvertretung weni lieben, in der das Deutschtum immer statt vertreten verraten wurde."

Der Führer „Mein Kampf" Seite 82

Aufn.: Dr. Stoedtner

Das deutsche Buch

Alfred Rosenberg:

„Protestantische Rompilger"

88 Seiten, brosch. Preis: 0,70 RM. Hoheneichen-Verlag, München, 1937.

Das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit hat ein Recht, von der protestantischen Kirche Rechenschaft zu fordern über die Verwaltung seiner Frömmigkeitswerte und seiner Glaubenswelt, deren Hut und Pflege es dereinst in ebenso bewußter wie eindeutiger Protestansage an Rom und an die päpstliche Internationale dem „Erzketzer" Dr. Martin Luther anvertraut hat, in der Hoffnung auf die Gestaltung einer wahren Volkskirche. Rosenberg weist an einer Fülle von Zitaten aus protestantischen Streitschriften nach, daß Luthers germanischer Charakterprotest gegen die Überwucherung durch eine fremde Geistesmacht der protestantischen Kirche nichts mehr bedeutet, daß sie sich vielmehr anschickt, durch ein heimliches Bündnis mit dem Jesuitismus das Werk Martin Luthers zu vernichten. Nicht irgendwelche Außenseiter, sondern maßgebende und amtliche Stellen der protestantischen Kirche betätigen sich heute in einer systematischen Sündigsprechung der deutschen Geschichte und ihrer Großen und wagen es allen Ernstes, den Glauben an die bestimmenden Höchstwerte unseres Daseins, an Blut, Rasse, Volkstum und Ehre als wesensfremde, volkszersetzende Sittlichkeit zu bezeichnen. Alfred Rosenberg stellt dieser systematischen dogmatischen Minderwertigkeitserklärung des deutschen Volkes vor aller Welt den Glaubenssatz entgegen, daß „das deutsche Volk nicht erbsündig, sondern erbadlig ist".

Es muß traurig bestellt sein um eine Lehre, welche die Menschen erst zerbrechen und ihnen das natürliche Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen nehmen muß, „um dann einer großen Armee zerbrochener Existenzen die gepriesene ‚Gnade' zu predigen".

Aufgabe der Schrift ist es, gesunde Abwehrinstinkte gegen diese Zersetzungsversuche zu wecken. Trotz aller gebotenen Schärfe ist die neue Kampfschrift Seite für Seite von der überlegenen Sachlichkeit, ritterlichen Großzügigkeit und tiefen Verantwortung bestimmt, die Alfred Rosenberg als Voraussetzungen für eine würdige Behandlung solcher Fragen fordert. Die nationalsozialistische Bücherei ist um ein neues Werk des mit dem Nationalpreis ausgezeichneten Nationalsozialisten Alfred Rosenberg wesentlich bereichert worden.

Karl Richard Ganzer:

„9. November 1923"

72 Seiten. Preis karton. 0,50 RM.

Verlag: Albert Langen/Georg Müller, München, 1936.

Partikularistische Bestrebungen in Bayern, — der Gedanke einer Donaumonarchie unter dem Protektorat Frankreichs und — der Tschechoslowakei, — bayerische Truppen ihres Eides auf das Reich entbunden, — im Hintergrund der politische Katholizismus, der auf den Zerfall des Reiches lauert. — —

Dieses Bild einer mit Riesenschritten im Jahre 1923 herannahenden Gefahr zeichnet uns das kleine, sehr inhaltreiche Buch von Ganzer mit größter Eindringlichkeit und Klarheit, dann aber zeigt es auf, wie des Führers Kraft das drohende Verhängnis bezwang — durch die entscheidende Tat des 9. November 1923.

Das Buch, das nur 50 Pf. kostet, gehört in die Hausbücherei jedes Nationalsozialisten und in das Redner-Material derer, die am 9. November zu sprechen haben.

Walter Flex:

„Gesammelte Werke"

Mit einem Vorwort von seinem Bruder Dr. Konrad Flex. Vierte, erweiterte Auflage. Zwei Bände mit rund 1500 Seiten. Preis: geh. 12,— RM.; in Leinen geb. 15,— RM.; in Halbleder handgeh. 28,— RM.

„Briefe"

7.—13. Tausend. 333 Seiten mit 8 Bildern. Preis: geh. 5,— RM.; in Leinen geb. 6,30 RM.; in Halbleder handgeb. 12,— RM.

Verlag: C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München.

Dr. Konrad Flex:

„Walter Flex. Ein Lebensbild"

152 Seiten mit 7 Bildtafeln, geb. 3,— RM.

Verlag: Quell-Verlag, Stuttgart.

Walter Flex, der Seher einer deutschen Volksgemeinschaft, ist „der Sprecher der deutschen Kriegsjugend, die das wichtigste Bindeglied zwischen dem alten und dem neuen Reich darstellt". Sein dichterisches Werk ist uns eines der köstlichsten, zukunftweisenden, völkischen Vermächtnisse des Weltkrieges. In einem seiner Briefe sagt er darüber: „Was ich von der welterlösenden Sendung des Deutschtums geschrieben habe, hat nichts mit nationalem Egoismus zu tun, sondern ist ein sittlicher Glaube, der sich selbst im Heldentode verwirklichen kann!"

Die von den beiden Verlagen herausgebrachten Werke sind eine wertvolle Gabe zum 20. Todestage Walter Flex' am 15. Oktober.

Dr. Adolf Dreßler:

„Das Braune Haus"

und die Verwaltungsgebäude der Reichsleitung der NSDAP. in München.

Zweite vermehrte und verbesserte Auflage mit zahlreichen Bildern der obersten Parteigebäude.

Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf. GmbH., München-Berlin, 1937. 32 Seiten; Preis kart. 0,90 RM.

Eine Geschichte der Gebäude der Bewegung von der ersten Geschäftsstelle im Sterneckerbräu bis zu den gewaltigen Verwaltungsgebäuden, die durch den Gestaltungswillen des Führers dem architektonischen Bild der Hauptstadt der Bewegung neue Züge verliehen haben.

Karl-Heinz Hederich:

„Die Parteiamtliche Prüfungskommission zum Schutze des NS.-Schrifttums, ihre Aufgabe und ihre Stellung in Partei und Staat"

Verlag: Ferdinand Hirt, Breslau. Preis geh. 0,40 RM. 16 Seiten.

Der Parteiamtlichen Prüfungskommission fällt die Aufgabe zu, das nationalsozialistische Schrifttum vor Verfälschung, Mißbrauch und dem Versuch der Zersetzung zu schützen. Was gehört zum nationalsozialistischen Schrifttum? In welcher Weise und nach welchen Gesichtspunkten erfolgt die Wertung und Sichtung? Die kleine Broschüre beantwortet auf engen Raum kurz und klar alle wesentlichen Fragen, die hier zu stellen wären.

Zu unserm Aufsatz:

„Volkstum gegen Habsburg"

Wir verweisen auf das im Schulungsbrief (Sonder-) Folge 5, Mai 1931, besprochene Buch von E. V. v. Rudolf: „Georg Ritter von Schönerer. — Der Vater des politischen Antisemitismus," das im Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München, erschienen ist.

Richard Suchenwirth:

„Das Tausendjährige Österreich"

294 Seiten, 16 Bildtafeln, 2 Karten. Preis geb. 6,50 RM. Verlag F. Bruckmann, München, 1936.

Das neue Werk Suchenwirths dient vor allem dazu, Verständnis für den österreichischen Volksstamm im Sinne

(Fortsetzung auf Seite 415)

Ergänzungen zur 1. und 2. Auflage des Organisationsbuches der NSDAP.

Fortsetzung der Ergänzungen aus dem August-Heft der Reichsschulungsbriefe.

Nr. 59, Nachtrag (Seite 213 beginnend, 3. Auflage) betr. Werkscharen der DAF.

3. Kreiswaltung
Abteilung Kreiswerkscharführung.
Der Kreisobmann erläßt die für den Einsatz und die Verwendung der Werkscharen notwendigen Anordnungen. Der Kreisobmann ist der Kreiswerkscharstammführer.
a) Der Leiter der Abteilung Kreiswerkscharführung ist der Kreiswerkscharführer (Werkscharbannführer);
b) die Kreiswerkscharführung besitzt folgende Unterabteilungen:
Ausbildung,
Führung und Einsatz;
c) der Kreiswerkscharführer ist Abteilungsleiter der Kreiswaltung. Der Kreiswerkscharführer wird auf Vorschlag des Gauwerkscharführers mit Einverständnis des Kreisobmannes vom Oberstwerkscharführer ernannt. Seine Einsetzung als Abteilungsleiter in die Kreiswaltung erfolgt durch den Kreisobmann;
d) die haupt- und ehrenamtliche Besetzung der einzelnen Unterabteilungen erfolgt nach Arbeitsanfall durch den Werkscharbannführer im Einvernehmen mit dem Kreisobmann.

4. Ortswaltung
Hauptwerkscharführung.
Der Ortsobmann erläßt die für den Einsatz und Verwendung der Werkscharen notwendigen Anordnungen. Der Ortsobmann ist Ortswerkscharstammführer.
a) Der Hauptwerkscharführer (der Ortswerkscharführer) ist Abteilungsleiter der Ortswaltung. Der Ortswerkscharführer bzw. Hauptwerkscharführer wird vom Oberwerkscharführer auf Vorschlag des Kreiswerkscharbannführers im Einvernehmen mit dem Ortsobmann ernannt. Seine Einsetzung als Abteilungsleiter erfolgt durch den Ortsobmann;
b) der Hauptwerkscharführer kann zu seiner Unterstützung Werkscharführer und -männer heranziehen. Die Besetzung ist ehrenamtlich und bedarf der Genehmigung des Werkscharbannführers.

5. Betrieb
Werkschar.
a) Der Werkscharführer im Betrieb gehört zum Stab des Betriebsobmannes der Deutschen Arbeitsfront;
b) der Werkscharführer wird von dem Gauwerkscharführer auf Vorschlag des Kreiswerkscharführers im Einvernehmen mit dem Betriebsobmann ernannt.
Soweit mehrere Werkscharen vorhanden sind, werden sie einem Hauptwerkscharführer innerhalb des Betriebes unterstellt.

VII. Einsatz und Verwendung.

1. Der Reichswerkscharführer bestimmt:
a) Aufbau und Organisation der Werkscharen;
b) Verwendung und Einsatz der Werkscharen.
2. In seinem Auftrag erläßt die Reichswerkscharführung die hierfür notwendigen Anordnungen, Befehle und Weisungen. Sie gibt die Richtlinien für die Ausbildung und Vorbereitung zum Einsatz der Werkscharen.
Sie inspiziert den Dienstbetrieb der Werkscharen und der Werkschardienststellen und kontrolliert die Durchführung der Einsatzaufgaben.
3. Die aktiven Werkscharführer leiten den Aufbau der Werkscharen und die Vorbereitungen für die Durchführung des Einsatzes allein nach den von der Reichswerkscharführung erlassenen Bestimmungen. Sie machen den Obmännern der Deutschen Arbeitsfront Vorschläge über Einsatz und Verwendungsmöglichkeiten der Werkscharen und führen den Einsatz nach den erhaltenen Weisungen durch.
4. Die Obmänner der Deutschen Arbeitsfront setzen die Werkscharen gemäß den vom Reichsorganisationsleiter und Reichswerkscharführer erhaltenen Anordnungen und Weisungen ein.

VIII. Werkscharführerkorps.

1. Die Werkschar als die Stoßtruppe der Deutschen Arbeitsfront ist auf soldatischen Grundsätzen und unbedingter Manneszucht aufgebaut. Hierfür ist die erste Voraussetzung ein einheitlich erzogenes und geschultes Führerkorps. Um dies zu erreichen, wird der Reichswerkscharführung das Ernennungsrecht der in der Werkschar verwendeten Führer gegeben.
2. Die Werkschardienststellen können deshalb nur mit Werkscharführern besetzt werden, die von den zuständigen Werkschardienststellen beauftragt bzw. ernannt sind.
3. Die Werkscharführer sind bezüglich des Einsatzes und der Verwendung der Werkscharen dem zuständigen Obmann der Deutschen Arbeitsfront disziplinär unterstellt.
4. Das Werkscharführerkorps wird eingeteilt in:
a) aktive Werkscharführer;
b) Werkscharstammführer.
Zu a) Aktive Werkscharführer sind:
Der Reichswerkscharführer sowie alle sich in einer planmäßigen Werkschardienststelle befindlichen Werkscharführer. Die aktiven Werkscharführer führen die Werkscharen.
Zu b) Zu Werkscharstammführern können sich um die Werkschararbeit verdient gemachte Amtsträger und Walter der Deutschen Arbeitsfront ernannt werden, die ein politisches Amt in der Deutschen Arbeitsfront einschließlich der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ bekleiden. Sie werden in der Werkscharstammabteilung zusammengefaßt. Während im Betrieb die Stamm-Mannschaft besteht, gibt es in der Gauwaltung und im Zentralbüro der DAF. selbst eine Stamm-Abteilung. Diese besteht aus den DAF.-Waltern, denen die Werkscharuniform verliehen wurde.
Zu jeder Werkschardienststelle gehört eine Stammabteilung.
Werkscharstammführer ernennt der zuständige gebietliche Obmann auf Vorschlag des zuständigen aktiven Werkscharführers. Die Obmänner der Deutschen Arbeitsfront werden zu Gau-, Kreis- usw. Werkscharstammführern ernannt.

IX. Führerauswahl.

1. Als Werkscharführer werden von den zuständigen SA.-Einheiten geeignete SA.-Führer der Werkscharführung vorgeschlagen. Die Entscheidung über ihre Verwendung liegt bei der zuständigen Werkscharführung.
2. Die Zuständigkeit wird nachstehend festgelegt:

Zu ernennender Werkscharführer:	Vorschlagende SA.-Dienststelle:	Ernennende Werkschardienststelle:
Oberstwerkscharführer	Oberste SA.-Führung	Reichswerkscharführer
Oberwerkscharführer	Gruppe	Reichswerkscharführer
Werkscharbannführer	Standarte	Oberstwerkscharführer
Hauptwerkscharführer	Sturmbann	Oberwerkscharführer
Werkscharführer	Sturmbann	Oberwerkscharführer

3. Bewährte Werkscharführer können innerhalb der Werkscharorganisation aufrücken, wenn sie gleichzeitig den von der Reichswerkscharführung erlassenen Bedingungen, die denen der SA. entsprechen, genügen.
4. Die Werkscharführer erhalten die für ihre Aufgaben notwendige Schulung und Einweisung durch:
a) Führerappelle;
b) Wochenend-Einweisungen;
c) Werkscharübungslager.
5. SA.-Führer, die eine aktive Einheit führen, können nicht zugleich Werkscharführer sein. Dies gilt auch für den umgekehrten Fall.
6. Der für den Dienst in der Werkschar abgestellte SA.-Führer wird zu keinem weiteren SA.-Dienst herangezogen.

X. Einsetzung der aktiven Werkscharführer.

1. Die Ernennung der Werkscharführer erfolgt stets im Einvernehmen mit dem zuständigen Obmann der Deutschen Arbeitsfront.
2. Die Ernennung zu Werkscharführern wird nachstehend geregelt:
a) Der Reichswerkscharführer ernennt den Oberstwerkscharführer und auf dessen Vorschlag die Oberwerkscharführer;
b) der Oberstwerkscharführer ernennt die Werkscharbannführer auf Vorschlag des Oberwerkscharführers;
c) der Oberwerkscharführer ernennt die Hauptwerkscharführer und Werkscharführer auf Vorschlag des zuständigen Werkscharbannführers.
3. Jeder Ernennung geht eine Beauftragung voraus. Die Beauftragung erfolgt durch den jeweils nächsthöheren Werkscharführer.
4. Die Gau- und Kreiswerkscharführer werden vom Reichswerkscharführer ernannt.
Der Gauobmann der Deutschen Arbeitsfront ernennt die Orts- und Betriebswerkscharstammführer.

(Fortsetzung siehe Seite 40)

des gesamtdeutschen Kulturbewußtseins des Dritten Reiches zu wecken und auf die großen Leistungen der Österreicher als Flankenschutz des Reiches im Osten und auf die besondere Sendung der Österreicher auf künstlerischem und wissenschaftlichem Gebiete hinzuweisen. Meisterhaft versteht das der Verfasser in einer edlen, gepflegten Sprache. Eine vorzügliche Quelle, um zur richtigen Kenntnis und Erkenntnis österreichischen Wesens zu gelangen.

Kunz Iring:

„Nie wieder Habsburg!"

Die Habsburger in der Geschichte der Deutschen

Ludendorff-Verlag, München, 1937; 52 Seiten; Preis 65 Pf.

Das Buch ist eine Fundgrube für alle, die sich über die Geisteshaltung der Habsburger und ihre Lakaien in Gegenwart und Vergangenheit kurz unterrichten wollen. Wie die Habsburger in der Gegenwart unter dem Deckmantel der christlichen Sendung eine Politik der römisch-jüdisch-dynastischen und der persönlichen Interessen betreiben, das wird u. a. durch zahlreiche Zitate aus legitimistischen Kreisen belegt, von denen eins aus dem „christlichen Ständestaat" wiedergegeben sei, in dem es heißt: „Daß es heute darum geht, zu bilden das heilige völkerumspannende Reich nicht deutscher Nation, sondern römischer Prägung!"

Konrad Kurt Brieger:

„Deutsch-Österreich", Land und Leute

2. Auflage; 20. Tausend. Herausgegeben vom Hilfsbund der Deutsch-Österreicher, Berlin, 1936. 32 Seiten, Preis 25 Pf.

Die kleine Schrift gibt eine gute Einführung in Geschichte und Geistesleben des österreichischen Volksstammes und stellt das gesamte Bundesgebiet mit seinen neun Bundesländern in erdkundlicher und wirtschaftlicher Hinsicht dar. Bilder der Hauptstädte und mehrere Karten vervollständigen den Überblick, der dem Leser durch die Broschüre vermittelt wird.

Heinrich von Srbik:

„Österreich in der deutschen Geschichte"

80 Seiten; Preis geb. 2,85 RM. Verlag F. Bruckmann, München, 1936.

Der große Wiener Geschichtslehrer legt in dieser zu Berlin gehaltenen Vortragsreihe die ein Jahrtausend alte geschichtliche Wesensverbundenheit des südöstlichen Deutschtums und des Deutschtums im Reiche dar, um dem gesamtdeutschen Bewußtsein neuen Antrieb zu verleihen. In anschaulicher Weise schildert Srbik in zu Herzen gehender Sprache, wie der deutsche Reichsgedanke vom Staatsgedanken abgelöst wird und in der neuesten Entwicklungsstufe die Wandlung zum gesamtdeutschen Gemeinschaftsbewußtsein erfährt.

Viktor Bibl:

„Die Tragödie Österreichs"

579 Seiten. Verlag Joh. Günther, Leipzig, 1937. Preis 8,— RM.

Bibl gibt in dem in Österreich verbotenen Buch eine Neubearbeitung seines nach dem Umsturze geschriebenen Werkes „Der Zerfall Österreichs" und setzt dieses bis zur Gegenwart fort. Der Verfasser stellt seine Schrift in den Dienst der Zukunft, „wenn die Frage Mitteleuropa endlich zur Lösung kommen soll, wenn es gilt, ... Österreich eine ... würdigere Lebensform zu geben". Stellenweise liest sich das von großdeutschem Denken getragene Werk etwas schwer, aber der mehrmalige Knick in der Staatskunst der habsburgischen Selbstherrscher wird ausgezeichnet herausgearbeitet.

Heinrich von Srbik:

„Mitteleuropa"

Das Problem und die Versuche seiner Lösung in der deutschen Geschichte.

39 Seiten; Preis brosch. 1,50 RM. Verlag H. Böhlau, Weimar, 1937.

Die Broschüre stellt die vier Stufen der Entwicklung Mitteleuropas klar dar: Vorerst war es das Heilige Römische Reich, das den Träger Mitteleuropas bildete. Dann trat der Deutsche Bund als Lebensform der mitteleuropäischen Anschauung in Erscheinung, der in der Folge vom zweiten Kaiserreiche abgelöst wurde. Aber erst das Begreifen des gesamtdeutschen Volkes als einer ganz großen lebensvollen Einheit zwischen Ost und West, wie es die Kriegs- und Nachkriegsereignisse erschlossen haben, läßt die Grundpfeiler der „neuen Ordnung Mitteleuropas" erstehen.

Bruno Brehm:

„Weder Kaiser noch König"

Der Untergang der habsburgischen Monarchie.

595 Seiten. Preis geb. 5,80 RM.

Verlag R. Pieper, München, 1933.

Wie ein spannender Roman werden die Ereignisse in Österreich von der Thronbesteigung des letzten Kaisers bis zu seiner Abdankung und seinen Versuchen, wieder in Ungarn Boden zu gewinnen, geschildert. Ausgezeichnet ist die ganze unmännliche, haltlose, eines gekrönten Hauptes unwürdige Art des letzten Habsburg-Lothringers festgehalten, dem es in den entscheidendsten Augenblicken wichtiger ist, mit seiner ihn völlig beherrschenden Gattin eine Messe zu hören, als mannhaft zu handeln. Es sei betont, daß dieses Werk des zu Laibach in Krain geborenen Verfassers, eines bewährten deutschen Frontoffiziers, der letzte Band einer wertvollen Trilogie über den Weltkrieg und die Struktur des Südostraumes ist. Die beiden vorangestellten Bände „Apis und Este" (so fing es an) und „Das war das Ende" (von Brest-Litowsk bis Versailles) behandeln den Aufbruch des südslawischen Nationalismus und den ungeheuren Endkampf der Mittelmächte bis zum bitteren Ende. Die drei Werke haben in der deutschen Literatur eine hervorragende Stellung errungen. Jeder Band kostet kart. 4,40 RM., in Leinen 5,80 RM.

Gina Gräfin Conrad von Hötzendorf:

„Mein Leben mit Conrad von Hötzendorf"

218 Seiten, 8 Abbild. Preis geb. 5,80 RM.

Verlag Grethlein & Co., Leipzig, 1935.

Wenn Feldmarschall Conrad in seinen Erinnerungen „Aus meiner Dienstzeit" ein Stück österreichischer Staatsgeschichte gegeben hatte, so bieten die Lebenserinnerungen seiner Gattin einen Blick hinter dem Vorhang der Weltgeschichte. Manches bezeichnende Schlaglicht fällt da insbesondere auf Conrads Stellung zum Herrscherhause. Der aufrechte, bündnistreue Mann scheint dem Herzoge verdächtig, beim alten Kaiser ist er keineswegs beliebt und vom jungen Kaiser Karl wieder wegen seiner Ehe mit einer geschiedenen Frau geradezu als gefährlich angesehen, weshalb er ihn auch gleich als Generalstabschef absetzte. Einzelne in dem Buch zitierte Aussprüche des Kaisers Karl zeigen klar, wie dieser unfähige Selbstherrscher nur den letzten Ast eines absterbenden, unfähigen Stammes darstellt. Diese Wahrheiten über den letzten Kaiser sind es wohl auch, die zu einem Verbot des Buches in Österreich führten.

Berichtigung: Der Preis für Bosinger: „Sanitätsschule" ist 3,80 RM., nicht —,80 RM. wie in Folge 9/37 angegeben.

Auflage über 2075000

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlages und der Schriftleitung. Herausgeber: Der Reichsorganisationsleiter — Hauptschulungsamt. Hauptschriftleiter und verantwortlich für den Gesamtinhalt: Reichsamtsleiter Franz H. Woweries, MdR., Berlin W 35, Großadmiral-Prinz-Heinrich-Straße 12, Fernruf: 22 55 65; verantwortlich für die amtlichen Bekanntmachungen: Hauptorganisationsamt der NSDAP., München. Verlag Franz Eher Nachf. GmbH., Zweigniederlassung Berlin SW 68, Zimmerstraße 87—91 (Zentralverlag der NSDAP.), Fernruf: 11 00 22; Druck: M. Müller & Sohn K.G., Berlin SW 19.

XI. **Abberufung des aktiven Werkscharführers.**

1. Die Abberufung eines Werkscharführers erfolgt durch die für die Einsetzung zuständige Werkschardienststelle. Nach Abberufung wird der betreffende Werkscharführer durch den zuständigen Obmann der Deutschen Arbeitsfront seiner Dienststelle enthoben.
2. Die Abberufung eines Werkscharführers erfolgt:
   a) nach entsprechender Entscheidung eines Ehren- und Disziplinarverfahrens;
   b) bei begründeter politischer Unzuverlässigkeit;
   c) nach erwiesener Unfähigkeit zu Führung und Aufbau der Werkscharen.

Zu a) Den Antrag auf Eröffnung eines Ehrenverfahrens kann der zuständige Obmann stellen. Auf Antrag der vorgesetzten Werkschardienststelle muß er den Antrag stellen. Er beurlaubt den betreffenden Führer vor Eröffnung des Ehrenverfahrens unter gleichzeitiger Mitteilung an die übergeordnete Werkschardienststelle.

Zu b) Bei politischer Unzuverlässigkeit stellt der Obmann der Deutschen Arbeitsfront bei der übergeordneten Werkschardienststelle den Antrag auf Abberufung, die nach Prüfung der Gründe die Abberufung einleitet.

Zu c) Nach erwiesener Unfähigkeit in Führung und Aufbau der Werkscharen teilt die übergeordnete Werkschardienststelle ihre Ansicht und ihren Entschluß dem zuständigen Obmann mit. Die Abberufung erfolgt, nachdem der Obmann der Deutschen Arbeitsfront hierzu Stellung genommen hat.

Nr. 60, Nachtrag (Seite 470 beginnend, 4. Auflage).

Das Nationalsozialistische Fliegerkorps NSFK.

Um den fliegerischen Gedanken im deutschen Volk wachzuhalten und zu vertiefen, eine vor der militärischen Dienstzeit liegende fliegerische Ausbildung durchzuführen und die vielseitigen luftsportlichen Betätigungen in Deutschland einheitlich zusammenzufassen, hat der Führer das Nationalsozialistische Fliegerkorps gegründet.

Die Ausübung von Luftsport jeglicher Art hat nach den Richtlinien des Korpsführers des NSFK. zu erfolgen.

Das Nationalsozialistische Fliegerkorps ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Mitgliedschaft zum NSFK.:

Die Mitgliedschaft zum NSFK. ist freiwillig.

Die Angehörigen des NSFK. können nicht gleichzeitig der SA., dem NSKK. oder der ᛋᛋ angehören.

Als Mitglieder können aufgenommen werden:
a) Angehörige des Beurlaubtenstandes der Luftwaffe, die als fliegendes Personal gedient haben;
b) Reichsdeutsche, die eine Ausbildung als Flugzeugführer, Beobachter, Ballonführer oder Segelflieger erhalten haben;
c) die aus den Jungfliegerscharen der HJ. hervorgegangenen Jungmannen nach Vollendung des 18. Lebensjahres;
d) die Angehörigen der Flieger- und Segelfliegerstürme des bisherigen DLV., soweit sie vor dem 1. 4. 1937 diesen Stürmen angehört haben.

Führung:

An der Spitze des Nationalsozialistischen Fliegerkorps steht der vom Führer ernannte Korpsführer des NSFK.

Wesen und Aufgaben:

Das Tätigkeitsfeld des NSFK. umfaßt alle Gebiete des Luftsportes, Modellflug, Segelflug, Motorflug, Muskelkraftflug und Ballonflug. Dem Flugdienst gleichgeordnet ist die handwerkliche, wehrsportliche, sportliche Ausbildung und die nationalpolitische Schulung, um den Nachwuchs aus der HJ. für seine spätere Verwendung in der Luftwaffe umfassend vorzubereiten.

Die Ausbildung erfolgt in den Stürmen und an den Schulen des NSFK.

Die luftsportliche Betätigung der Angehörigen des NSFK. vollzieht sich nach den Weisungen des Reichsministers der Luftfahrt.

Die Ausbildung der Jungfliegerscharen in der HJ. erfolgt nach den Richtlinien für die Zusammenarbeit zwischen dem Reichsjugendführer und dem Reichsluftsportführer vom 14. 9. 1935.

Gliederung:

Das NSFK. erstreckt sich über das ganze Reichsgebiet und über den Bereich der Freien Stadt Danzig.

In Angleichung an die Grenzen der Gaue der NSDAP. ist das NSFK. in Gruppen gegliedert. Jede Gruppe umfaßt mehrere Standarten mit je 10 bis 12 Stürmen.

Die Standarten im Korps und die Stürme in den Standarten tragen fortlaufende Nummern. Sturm- und Standartennummern werden auf den Spiegeln, die Gruppennummern auf den Schulterstücken getragen.

Der Sturm gliedert sich in drei Trupps, die Trupps in je drei Scharen.

Dienstgrade:

Die Dienstgradbezeichnung ist der SA. angeglichen.

Anzugsordnung:

1. Dienstanzug:

Dienstmütze: Graublau (weiche, schirmlose, nahtlose Flachmütze).
Bei Führerdienstgraden um den oberen Rand aluminiumfarbiger Paspel, in der Mitte aluminiumgesticktes Hoheitsabzeichen.
Bei Unterführerdienstgraden und Mannschaften um den oberen Rand goldgelber Paspel, in der Mitte baumwollgesticktes Hoheitsabzeichen.

Diensthemd: Braun mit festem Kragen, schwarzer Binder (bei Parteigenossen mit Parteiabzeichen); Kampfbinde am linken Oberarm.

Kragen und graublaue Spiegel:
Bei Führerdienstgraden mit Aluminiumschnur eingefaßt.
Bei Unterführerdienstgraden und Mannschaften mit goldgelber Schnur eingefaßt.

Schulterklappe:
Bei Führerdienstgraden auf der rechten Schulter aluminiumgeflochtenes Schulterstück, goldgelb unterlegt.
Bei Unterführerdienstgraden und Mannschaften Schulterklappe auf der rechten Schulter, mit goldgelbem Vorstoß versehen.

NSFK.-Abzeichen:
Bei Führerdienstgraden aluminiumgestickt.
Bei Unterführerdienstgraden und Mannschaften baumwollgestickt; über der rechten Brusttasche.

Fliegerhose: Graublau.
Fliegerschnürschuhe: Schwarz.
Leibriemen mit Schulterriemen:
Bei Führerdienstgraden braun.
Bei Unterführerdienstgraden und Mannschaften schwarz.
Fliegermesser.

2. Straßenanzug:

Schirmmütze: Graublau in Kappenform.
Bei Führerdienstgraden mit aluminiumfarbiger Mützenkordel, Hoheitsabzeichen und Einfassung wie bei der Dienstmütze.
Bei Unterführerdienstgraden und Mannschaften Sturmriemen aus schwarzem Leder, Hoheitsabzeichen und Einfassung wie bei der Dienstmütze.

Tuchrock: Graublau mit Kragen und Spiegeleinfassung, NSFK.-Abzeichen und Kampfbinde wie beim Diensthemd.
Oberhemd: Braun ohne Abzeichen und Kragenschnur usw. mit schwarzem Binder.
Fliegerhose: Graublau, lang.
Fliegerschnürschuhe oder schwarze Halbschuhe.
Leibriemen mit Schulterriemen:
Bei Führerdienstgraden braun.
Bei Unterführerdienstgraden und Mannschaften schwarz.
Fliegermesser.
Handschuhe: Grau.

3. Gesellschaftsanzug:

Bei gesellschaftlichen Veranstaltungen außerhalb des NSFK., der Parteidienststellen oder Parteigliederungen kann weißes Hemd mit weißem Kragen und schwarzem Binder getragen werden.

Schulungseinrichtungen:

Zur vormilitärischen Ausbildung des NSFK. dienen folgende Schulen und Sonderlehrgänge:

1. Reichsführerschule für Führerausbildung.
2. Reichssegelflugschulen für segelfliegerische Ausbildung (B- und C-Prüfung).
3. Segelflugschulen für gleit- und segelfliegerische Ausbildung (A- und B-Prüfung).
4. Reichs-Segelflugschlepp- und Leistungsflugschule für Segelflugschleppausbildung und Leistungsflug.
5. Reichssegelflugschulen für handwerkliche Ausbildung.
6. Reichswerkstattleiterschulen zur technischen und handwerklichen Ausbildung von technischem Personal.
7. Reichsmodellbauschulen zur Ausbildung von Modellbaulehrern und -lehrgehilfen für die Modellbau-Arbeitsgemeinschaften des Deutschen Jungvolks und die Jungfliegereinheiten der Hitler-Jugend.
8. Bauprüferlehrgänge zur technischen Ausbildung von Prüf- und Überwachungspersonal.
9. Wehrsportlehrgänge zur Grundausbildung, Führer- und Unterführerausbildung im Wehrsport.
10. Sportlehrgänge an der Gausportschule des Deutschen Reichsbundes für Leibesübungen zur Ausbildung der Sportwarte des NSFK.

Außerhalb der vormilitärischen Ausbildung dienen — auch für Nichtmitglieder des NSFK. — der fliegerischen Schulung Reichsschulen für Segelflugsport und Reichsschulen für Motorflugsport.

XI. Abberufung des aktiven Werkscharführers.

1. Die Abberufung eines Werkscharführers erfolgt durch die für die Einsetzung zuständige Werkschardienststelle. Nach Abberufung wird der betreffende Werkscharführer durch den zuständigen Obmann der Deutschen Arbeitsfront seiner Dienststelle enthoben.
2. Die Abberufung eines Werkscharführers erfolgt:
   a) nach entsprechender Entscheidung eines Ehren- und Disziplinarverfahrens;
   b) bei begründeter politischer Unzuverlässigkeit;
   c) nach erwiesener Unfähigkeit zu Führung und Aufbau der Werkscharen.

Zu a) Den Antrag auf Eröffnung eines Ehrenverfahrens kann der zuständige Obmann stellen. Auf Antrag der vorgesetzten Werkschardienststelle muß er den Antrag stellen. Er beurlaubt den betreffenden Führer vor Eröffnung des Ehrenverfahrens unter gleichzeitiger Mitteilung an die übergeordnete Werkschardienststelle.

Zu b) Bei politischer Unzuverlässigkeit stellt der Obmann der Deutschen Arbeitsfront bei der übergeordneten Werkschardienststelle den Antrag auf Abberufung, die nach Prüfung der Gründe die Abberufung einleitet.

Zu c) Nach erwiesener Unfähigkeit in Führung und Aufbau der Werkscharen teilt die übergeordnete Werkschardienststelle ihre Ansicht und ihren Entschluß dem zuständigen Obmann mit. Die Abberufung erfolgt, nachdem der Obmann der Deutschen Arbeitsfront hierzu Stellung genommen hat.

Nr. 60, Nachtrag (Seite 470 beginnend, 4. Auflage).

Das Nationalsozialistische Fliegerkorps NSFK.

Um den fliegerischen Gedanken im deutschen Volk wachzuhalten und zu vertiefen, eine vor der militärischen Dienstzeit liegende fliegerische Ausbildung durchzuführen und die vielseitigen luftsportlichen Betätigungen in Deutschland einheitlich zusammenzufassen, hat der Führer das Nationalsozialistische Fliegerkorps gegründet.

Die Ausübung von Luftsport jeglicher Art hat nach den Richtlinien des Korpsführers des NSFK. zu erfolgen.

Das Nationalsozialistische Fliegerkorps ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Mitgliedschaft zum NSFK.:

Die Mitgliedschaft zum NSFK. ist freiwillig.

Die Angehörigen des NSFK. können nicht gleichzeitig der SA., dem NSKK. oder der ℌ angehören.

Als Mitglieder können aufgenommen werden:

a) Angehörige des Beurlaubtenstandes der Luftwaffe, die als fliegendes Personal gedient haben;
b) Reichsdeutsche, die eine Ausbildung als Flugzeugführer, Beobachter, Ballonführer oder Segelflieger erhalten haben;
c) die aus den Jungfliegerscharen der HJ. hervorgegangenen Jungmannen nach Vollendung des 18. Lebensjahres;
d) die Angehörigen der Flieger- und Segelfliegerstürme des bisherigen DLV., soweit sie vor dem 1. 4. 1937 diesen Stürmen angehört haben.

Führung:

An der Spitze des Nationalsozialistischen Fliegerkorps steht der vom Führer ernannte Korpsführer des NSFK.

Wesen …

Das … Motorflug … wehrsport … der HJ. f… Die … Die … des Reich… Die … sammenar…

Glied…

Das … Danzig. In … Jede … Die … Stur… Schulterst… Der …

Dienstgrade:

Die Dienstgradbezeichnung ist der SA. angeglichen.

Anzugsordnung:

1. Dienstanzug:

Dienstmütze: Graublau (weiche, schirmlose, nahtlose Flachmütze).
Bei Führerdienstgraden um den oberen Rand aluminiumfarbiger Paspel, in der Mitte aluminiumgesticktes Hoheitsabzeichen.
Bei Unterführerdienstgraden und Mannschaften um den oberen Rand goldgelber Paspel, in der Mitte baumwollgesticktes Hoheitsabzeichen.

Diensthemd: Braun mit festem Kragen, schwarzer Binder (bei Parteigenossen mit Parteiabzeichen); Kampfbinde am linken Oberarm.

Kragen und graublaue Spiegel:
Bei Führerdienstgraden mit Aluminiumschnur eingefaßt.
Bei Unterführerdienstgraden und Mannschaften mit goldgelber Schnur eingefaßt.

Schulterklappe:
Bei Führerdienstgraden auf der rechten Schulter aluminiumgeflochtenes Schulterstück, goldgelb unterlegt.
Bei Unterführerdienstgraden und Mannschaften Schulterklappe auf der rechten Schulter, mit goldgelbem Vorstoß versehen.

NSFK.-Abzeichen:
Bei Führerdienstgraden aluminiumgestickt.
Bei Unterführerdienstgraden und Mannschaften baumwollgestickt; über der rechten Brusttasche.

Fliegerhose: Graublau.

Fliegerschnürschuhe: Schwarz.

Leibriemen mit Schulterriemen:
Bei Führerdienstgraden braun.
Bei Unterführerdienstgraden und Mannschaften schwarz.

Fliegermesser.

2. Straßenanzug:

Schirmmütze: Graublau in Kappenform.
Bei Führerdienstgraden mit aluminiumfarbiger Mützenkordel, Hoheitsabzeichen und Einfassung wie bei der Dienstmütze.
Bei Unterführerdienstgraden und Mannschaften Sturmriemen aus schwarzem Leder, Hoheitsabzeichen und Einfassung wie bei der Dienstmütze.

Tuchrock: Graublau mit Kragen und Spiegeleinfassung, NSFK.-Abzeichen und Kampfbinde wie beim Diensthemd.

Oberhemd: Braun ohne Abzeichen und Kragenschnur usw. mit schwarzem Binder.

Fliegerhose: Graublau, lang.

Fliegerschnürschuhe oder schwarze Halbschuhe.

Leibriemen mit Schulterriemen:
Bei Führerdienstgraden braun.
Bei Unterführerdienstgraden und Mannschaften schwarz.

Fliegermesser.

Handschuhe: Grau.

3. Gesellschaftsanzug:

Bei gesellschaftlichen Veranstaltungen außerhalb des NSFK., der Parteidienststellen oder Parteigliederungen kann weißes Hemd mit weißem Kragen und schwarzem Binder getragen werden.

Schulungseinrichtungen:

Zur vormilitärischen Ausbildung des NSFK. dienen folgende Schulen und Sonderlehrgänge:

… ung). … üfung). … elflugschlepp- … bildung von … -lehrgehilfen … egereinheiten … ungspersonal. … sbildung im … eibesübungen … SFK. — der … sport.